

# Forum Umwelt & Entwicklung



## **HIGH-NOON FÜR DEN KLIMASCHUTZ DAS KYOTO-PROTOKOLL VOR DER ENTSCHEIDUNG**

### AUS DEM INHALT

- ❑ EU, the world is watching you! –  
*Karla Schoeters*
- ❑ US-Alternative zum Kyoto-Protokoll? –  
*Katherine Silverthorne/ Nathalie Eddie*
- ❑ Welchen Weg wählt Japan? –  
*Kimiko Hirata*
- ❑ 'Verkehrte Welt' in Russland –  
*Alexey Kokorin*
- ❑ „e-mission 55“ – *Christoph Bals*
- ❑ Rettungsversuch für das sinkende Schiff –  
*Gerald Knauf*
- ❑ Buchpreis „Lesen für die Umwelt“  
2001/2002



# HIGH-NOON FÜR DEN KLIMA- SCHUTZ

## DAS KYOTO-PROTOKOLL VOR DER ENTSCHEIDUNG

### Impressum:

Herausgeber:  
Projektstelle Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn  
Telefon: 0228-35 97 04  
Fax: 0228-35 90 96  
E-mail: info@forumue.de  
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier  
Redaktion: Monika Brinkmüller  
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2001.

# INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

## Schwerpunktthema: Klimaschutz

- EU, the world is watching you! – *Karla Schoeters* 3
- US-Alternative zum Kyoto-Protokoll? –  
*Katherine Silverthorne/ Nathalie Eddie* 5
- Welchen Weg wählt Japan? – *Kimiko Hirata* 6
- 'Verkehrte Welt' in Russland – *Alexey Kokorin* 8
- „e-mission 55“ – *Christoph Bals* 9
- Rettungsversuch für das sinkende Schiff – *Gerald Knaut* 10
- Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ 2001/2002 10

## Rio +10

- Neue Weltkonferenzen – Neue Chancen für die globale Umwelt-  
und Entwicklungsfinanzierung? – *Barbara Unmüßig* 11

## Aus den Arbeitsgruppen

- GATS – Zu wessen Diensten – *Uli Müller* 13
- Zugang zu genetischen Ressourcen – *Hartmut Meyer* 14
- Die Agrarverhandlungen in der WTO – *Tobias Reichert* 17
- Welternährung – ein alter Hut? – *Nicole Podlinski* 18
- Internationale Wasserkonferenz – *Birgit Zimmerle* 19
- Nationales Waldprogramm Deutschland – *László Maráz* 20

## Weitere Berichte:

- Kommissionsmitteilung zur  
EU-Nachhaltigkeitsstrategie – *Anja Köhne* 25
- Rat für nachhaltige Entwicklung – *Jochen Flasbarth* 25
- Hermes-Reform – eine Farce? – *Barbara Unmüßig* 26
- Festgefahrene Fronten bei der CSD-9 – *Jürgen Maier* 28
- Der NGO Sustainable Transport Caucus  
und die CSD-9 – *Deike Peters* 29
- Themenlos in New York... – *Jürgen Maier* 31
- Veranstaltungen / Publikationen 33



## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

Nach dem Ausstieg der USA aus dem internationalen Klimaschutzprozess steht der Rest der Welt nun vor der Frage, ob allen Ernstes 10 Jahre internationale Verhandlungen von einem US-Präsidenten in einem Brief an einige Senatoren für »tot« erklärt werden können, oder ob es dann eben mit einem Staat weniger weitergeht.

Die ausserordentliche Klimakonferenz Ende Juli in Bonn wird diese Frage zu klären haben, die nicht nur für den Rio-Prozess, sondern für die gesamte internationale Politik von eminenter Bedeutung sein wird. Wie bei anderen Verträgen z.B. der Biodiversitätskonvention, dem Landminen-Verbotsabkommen oder dem Vertrag über die Errichtung des internationalen Strafgerichtshofes, darf es aber auch im Klimaschutz kein Veto der USA gegen den Rest der Welt geben.

Der vorliegende Rundbrief hat - einmal mehr - den Schwerpunkt Klimaverhandlungen. Diesmal kommen auch ausführlich NRO-Vertreter aus anderen Industriestaaten zu Wort: nur wenn die ganze EU, Japan und Russland mitziehen, kann das Kyoto-Protokoll ohne die Amerikaner in Kraft treten. Der Stillstand bei den Klimaverhandlungen hatte bereits entscheidenden Anteil an der lähmenden Blockade der CSD-Energieverhandlungen im April, und er hat auch durchaus das Potential, den ganzen Vorbereitungsprozess auf die Rio+10-Konferenz im September 2002 in Johannesburg zu paralysieren. Das Ziel, das Kyoto-Protokoll bis Johannesburg in Kraft treten zu lassen, dürfte jedenfalls kaum noch zu schaffen sein.

Die Klimaverhandlungen sind jedoch nicht die einzige Klippe, die zu umschiffen ist, um wieder neuen Schwung in die Umwelt- und Entwicklungsverhandlungen zu bringen. Im November steht die nächste WTO-Ministerkonferenz an: Nach dem Fiasko von Seattle wird man sich ins vermeintlich demonstrenzenfreie Ölemirat Qatar am Persischen Golf begeben. Wie sehr sich auch dort die Fronten zwischen Nord und Süd verhärtet haben, zeigen jedoch die bereits laufenden Agrarverhandlungen sowie die sich zuspitzenden Konflikte bei den Dienstleistungs-Verhandlungen sowie den intellektuellen Eigentumsrech-

ten (TRIPS). Auch hierzu finden Sie in diesem Heft einige Berichte über Konferenzen und Tagungen der letzten Zeit.

Nicht minder brisant sind die Fragen der Entwicklungsfinanzierung. Während die Industrieländer in Rio noch mehr Entwicklungshilfeleistungen versprochen hatten, haben sie seitdem die Entwicklungshilfeausgaben auf historische Tiefststände zurückgefahren. Bei den derzeit laufenden Wiederauffüllungsverhandlungen für die Global Environment Facility (GEF), das in Rio geschaffene Finanzierungsinstrument für die Rio-Konventionen, zeigt sich Deutschland als besonderer Bremsen. Auch die im Frühjahr anstehende Financing for Development-Konferenz der UN in Mexiko hat durchaus das Potential, zu einem erheblichen Sprengsatz für die Glaubwürdigkeit der Industrieländer zu werden. Siehe hierzu den Beitrag von Barbara Unmüssig in diesem Heft.

Positive Impulse könnten dagegen von der im Dezember in Bonn anstehenden Internationalen Süßwasserkonferenz ausgehen, die die Bundesregierung als inhaltlichen Beitrag für Rio+10 ausrichtet. In welchem Umfang sich die deutschen und internationalen NRO daran beteiligen (können), ist noch offen. Die Gründung der AG Wasser im Forum Umwelt & Entwicklung, die sich in diesem Heft ebenfalls vorstellt, ist jedoch ein guter Ausgangspunkt dafür, diesen immer wichtiger werdenden Themenkomplex an der Schnittstelle von Umwelt und Entwicklung künftig durch die deutschen NRO besser abzudecken.

Im nächsten Heft (erscheint im September) können wir über die langsam anlaufende Kampagne zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (Rio+10) in Johannesburg 2002 ausführlicher berichten. NRO, die sich daran noch beteiligen wollen, können sich selbstverständlich auch schon vorher mit der Projektstelle in Verbindung setzen.

Jürgen Maier



**Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Klimaverhandlungen an einem wichtigen Scheideweg angelangt. Der eine Weg erlaubt uns kleine aber dafür wichtige Schritte für die Integration von Klima-Lösungen in unsere wirtschaftliche und soziale Agenda und kann so auf lange Sicht eine nachhaltige Welt garantieren. Der andere Weg ist voll von Wirtschafts- und Eigeninteressen und wird in eine Welt voll Selbstzerstörung führen. Welcher Weg wird wohl gewählt?**

Im November 2000 sollte die COP6 dem Kyoto-Protokoll den letzten Schliff verleihen – ein internationales Abkommen zu Umweltfragen, das als eine der größten Errungenschaften der modernen Umweltdiplomatie angesehen wird. COP6 sollte Regeln für Senken, Emissionshandel, 'Joint Implementation', 'Clean Development Mechanism' und 'Compliance' aufstellen. Unglücklicherweise gab es bei keinem dieser Themen eine Einigung und der Präsident konnte nur den Vorschlag machen, die Gespräche zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen. Zu jener Zeit war die deutliche Reaktion der Weltöffentlichkeit, dass es besser sei, erstmal kein Abkommen zu haben als eines, das die ökologische Integrität und damit den ganzen Sinn des Kyoto-Protokolls zerstören würde.

#### **Der Ausstieg Bushs**

Präsident Bush hatte offensichtlich andere Ansichten bezüglich des Themas Klimawandel und der ökologischen Integrität als er seine ablehnende Haltung gegenüber dem Kyoto-Protokoll im März bekannt gab, und als wichtigste Argumente hierfür einerseits die ökonomischen Konsequenzen des Kyoto-Protokolls für die amerikanische Gesellschaft und andererseits den Mangel an wissenschaftlichen Beweisen für den Klimawandel nannte. Zur selben Zeit präsentierte eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern, das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), den Dritten Sachstandsbericht und sagte einen Anstieg der Welttemperatur von 6°C in den nächsten 100 Jahren voraus – verheerende Folgen ein-

geschlossen. Die selbe Gruppe war sich darüber einig, dass dies durch den vom Menschen ausgelösten Klimawandel verursacht wird und dass Abhilfemaßnahmen nötig sind. Das Statement von Bush kommt zudem in einer Zeit, in der mehr

geschlossenen Türen ausgefochten werden. Viele Industriezweige die Klimaschutzmaßnahmen nicht gerade wohlwollend gegenüberstehen, bemühen sich sehr stark, ihre Regierungen dazu zu bewegen, dem Beispiel Bushs zu folgen. Wirtschafts- und Außenministerien sehen eine weitere Chance ihre Interessen durchzusetzen und Regierungschefs haben Schwierigkeiten das eigentliche Ziel – das Kyoto-Protokoll – nicht aus den Augen zu verlieren.

Seit Bushs Eröffnung hat die Europäische Union die Führung übernommen. Dass die EU Brücken zu anderen Verhandlungspartnern baut und feststellt, dass der Prozess auch ohne die USA funktionieren kann, zeigt klaren Führungscharakter. Trotzdem muss die EU noch weiter gehen, muss noch stärkere Verpflichtungen eingehen um letztendlich für den Rest der Welt vertrauenswürdig zu sein. Wenn die EU-Staatschefs sich verpflichten Klimaschutzpolitik und -maßnahmen umzusetzen und gleichzeitig beim EU-Gipfel in Göteborg eine politische Erklärung abgeben, das Kyoto-Protokoll beim Erdgipfel 2002 – mit oder ohne die USA – zu ratifizieren, wird so das richtige Signal gegeben. Auf diese Weise kann die EU ihren politischen Willen und wird ihre Führungsrolle unter Beweis stellen.

So ein politisches Statement könnte die EU bei den diplomatischen Bemühungen mit Japan, Russland, Mittel- und Osteuropa und den Entwicklungsländern stärken. Wenn die EU, Japan, die Russische Föderation und der größte Teil der Mittel- und Osteuropäischen Länder ratifiziert, dann kann die benötigte Schwelle von '55% der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer Auf der Basis von 1990' erreicht werden. Zusammen mit den bereits bestehenden Ratifizierungen von Entwicklungsländern kann so auch die zweite Ratifikationschwelle von mindestens 55 Ländern erfüllt werden und das Kyoto-Protokoll kann in Kraft treten.

Wenn das alles so einfach wäre, gäbe es natürlich keinen Grund zur Sorge. Aber was passiert, wenn es bis zur COP6bis keine klare politische Aussage



## **EU, the world is watching you!**

*Die Rolle der EU bei den Klimaverhandlungen*

und mehr Unternehmen bereit sind, mit Regierungen – für den Klimaschutz - an einem Strang zu ziehen und im Kyoto-Protokoll ökonomische Chancen sehen.

Was G.W. Bush wahrscheinlich nie erwartet hat, waren die ungeheuren Reaktionen in der ganzen Welt. Anstatt das Kyoto-Protokoll komplett zu zerstören hat er es wieder zum Leben erweckt. Mit seinem Auftritt sorgte er dafür, das Klima wieder auf jeder politischen Agenda erscheint – kein diplomatisches Treffen findet statt, bei dem nicht über Klimapolitik diskutiert wird. Bush stellte sicher, dass die Öffentlichkeit sich des Problems bewusst wurde und alle mit großem Interesse die Maßnahmen beobachten, die die verschiedenen Regierungen bis zur COP6bis einleiten und durchführen werden.

#### **Chancen und Risiken**

Aber natürlich ist nicht alles Sonnenschein. Obwohl in der Öffentlichkeit ein Mordskrach geschlagen wird, wissen wir genau, dass viele Kämpfe hinter ge-



zur Ratifizierung auch ohne die USA gibt? Die Chancen, Allianzen wie die „grüne gruppe“ bei der COP1 in Berlin zu bilden, und damit die USA zu umgehen stehen sehr schlecht. Darüber hinaus wird die USA einen neuen Vorschlag als Alternative zum Kyoto Protokoll machen. Wie wird der aussehen? Wird es ein komplett neues Dokument sein, das das Kyoto-Protokoll ersetzen soll? Die USA muss auch wissen, dass es schwierig sein wird, Verhandlungspartner zu finden, die etwas komplett Neues unterschreiben. Also werden die Chancen, dass es sich um eine Modifizierung des Protokolls handelt, größer. Es würde die Idee eines multilateralen Abkommens zum Klimawandel beibehalten und mehr Gruppen hätten offene Ohren dafür weil viele immer noch glauben, dass es besser ist, die USA an Bord zu haben. Die Konsequenzen dieser letzten Möglichkeit wäre eine Verzögerung

des Prozesses um mindestens 5-10 Jahre. Es würde niemals möglich sein, die Reduktionsziele, die in Kyoto für die erste Verpflichtungsperiode aufgestellt wurden zu erreichen. Aber das Ziel, das die USA von Anfang des ganzen Prozesses an hatte würde erreicht: Die Reduktion von Treibhausgasen auf den Stand von 1990 bis 2008-2012 und erst danach weitere Reduktionen – also 0% anstatt -7%. Die USA hätten alles, wonach sie in Kyoto gefragt hätten: keine weiteren Reduktionsziele, flexible Mechanismen und eine größere Beteiligung von Entwicklungsländern durch den ‚Clean Development Mechanism‘.

#### Fazit

Wir können nicht ein einzelnes Land eine ganze multilaterale Verhandlung bestimmen lassen. Andere Verhandlungsparteien müssen zeigen, dass sie in den

folgenden Jahren ihre Bemühungen fortsetzen werden und die USA zwar einladen jederzeit mitzumachen aber ihnen nicht erlauben, die Regeln zu bestimmen. Wie schon gesagt, um dies zu erreichen brauchen wir eine Gruppe, die in diesem Prozess eine klare Führung übernimmt, die Andere anstößt und sicherstellt das die Welt dem Beispiel ihrer Initiative folgt. Zu diesem Zeitpunkt ist die Europäische Union in der besten Position um dies zu tun. Darum fordern wir die Staatschefs der EU-Länder auf, die EU-Politik zu einer Erfolgsgeschichte für den Klimaschutz zu machen.

Karla Schoeters

Die Autorin ist Koordinatorin des Climate Network Europe

+ JULY 21ST 2001 +++ ACTION ALERT +++ STOP CLIMATE CHANGE +++ SAVE THE PROTOCOL

# THE LIFEBOAT

JULY 21ST 2001, WORLD CLIMATE TALKS  
-- COME TO BONN -- BUILD THE BOAT

WHILE THE US PLAN TO WRECK THE CLIMATE TREATY --  
AND OTHERS AIM TO WATER IT DOWN TO AVOID CO2-REDUCTIONS AT HOME  
THOUSANDS OF PEOPLE CONCERNED ABOUT CLIMATE CHANGE  
WILL CONSTRUCT A 30M LONG LIFEBOAT  
WITH THEIR MESSAGE TO WORLD LEADERS:  
DON'T SINK THE CLIMATE TREATY!

JULY 21ST 2001: COME TO BONN  
[HTTP://WWW.FOEEUROPE.ORG/LIFEBOAT](http://www.foeeurope.org/lifeboat)

Friends of the Earth  
Les Amis de la Terre  
Amigos de la Tierra



# US-Alternative zum Kyoto-Protokoll?

*Amerikanische NGOs bleiben dem Protokoll treu*

**Die Nachricht, dass G.W. Bush die US-Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, war eindeutig auch für die Klimaschützer in den USA eine schlechte Nachricht. Gerade nach Bushs Absage an das Kyoto-Protokoll treten die NGOs für ein Inkrafttreten des Protokolls ein.**

Seit dem Beginn seiner Präsidentschaftskampagne, hat George W. Bush nie eine klare Position zum Klimawandel gehabt. Sein erstes Statement während der Kampagne machte deutlich, dass er nicht an die Wissenschaft vom Klimawandel glaubt. Später änderte er seine Meinung und sagte, „Ich glaube daran, dass es Klimawandel gibt.“ Seit neuestem gibt er zu, dass Klimawandel ein ernsthaftes Problem ist, das angegangen werden muss. Leider hat er bisher nicht gesagt, welche tatsächlichen Aktivitäten, wenn überhaupt, er vorschlägt um das Problem des Klimawandels anzugehen.

Als der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl zugunsten Bushs bekannt gegeben wurde, war das eindeutig eine schlechte Nachricht für die US-Position in den Klimaverhandlungen. Nicht nur, dass George Bush und Vizepräsident Dick Cheney selber aus der Ölindustrie kommen, ihre Kampagne wurde von eben diesem Industriezweig finanziert, der für einen großen Teil der Emission von Treibhausgasen in Amerika verantwortlich ist. Daher überrascht es nicht, dass Bushs Kommentare zum Kyoto-Protokoll während des Wahlkampfes dem sehr nahe kamen, was die Fossile-Brennstoffe-Industrie über das Protokoll sagt.

Als Staatschef hat Bush natürlich eine viel größere Verantwortung für seine Aussagen als er sie noch als Kandidat hatte. Es gab wichtige Gründe für George Bush seine negative Einstellung gegenüber dem Protokoll zu überdenken bevor er als Präsident hierzu eine offizielle Stellungnahme abgab. Erstens war da die Tatsache, dass von Umfrage zu Umfrage deutlicher wurde, dass die amerikanische Öffentlichkeit die Ratifizierung des Protokolls immer mehr unterstützt. Der sehr kleine Vorsprung, mit dem Bush die Wahl gewonnen hat, zeigt, dass er die öffentliche Meinung nicht einfach ignorieren kann. Zweites hat am gleichen Tag, an dem Bush vereidigt wurde das Intergovern-

mental Panel on Climate Change (IPCC) den wissenschaftlichen Teil des Dritten Sachstandsberichts verabschiedet. Dieser zeigt deutlicher als je zuvor auf, dass das Klima sich verändert und dass dies eine Folge von menschlichen Aktivitäten ist. Er projiziert jetzt sogar noch stärkere Auswirkungen des Klimawandels. Dass Bush seine Position überdacht hat, ist auch diesen neuen Beweisen zu verdanken.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft gab es Anzeichen dafür, dass das Weiße Haus tatsächlich seine Position ändern könnte. Als die Leiterin der Environmental Protection Agency, Christine Todd Whitman, am G8 Treffen der Umweltminister teilnahm, deutete sie an, dass die Bush-Regierung sich nicht von den Klimaverhandlungen zurückziehen würde und sie stimmte einem Statement zu, dessen Sprache sehr stark für das Inkrafttreten des Protokolls war. Dies war erstmal ein Grund zum Feiern für die Unterstützer des Protokolls in den USA und überall auf der Welt. Sie sahen es als Hinweis darauf, dass der Präsident einen moderateren Kurs einschlagen würde als seine Wahlkampfpозиtion hatte vermuten lassen.

Nur ein paar Wochen nach Whitmans Aussagen, erschütterte Präsident Bush die Welt als er einen Brief an den Senat schickte der unverblümt diese Position grundlegend revidierte und deutlich machte, dass er immer noch der Lenkung der fossilen Industrie folgte. Der Brief hat zwei Kernaussagen. Erstens, zog er ein Wahlversprechen zurück, nämlich die CO<sub>2</sub> Emissionen durch Kraftwerke zu reduzieren. Zweitens wies der Präsident darauf hin, dass er das Kyoto-Protokoll nicht unterstützen werde. In den folgenden Tagen wurde diese Position noch deutlicher, als ein Mitglied des Kabinetts erklärte, das Kyoto-Protokoll sei „tot“.

Diese Erklärung erzeugte große Bestürzung in den USA und auf der ganzen Welt. Umweltorganisationen hielten eine Pressekonferenz vor dem Weißen Haus ab und riefen die Regierung dazu auf, ihre Position zu ändern. Viele Mitglieder des US-Kongresses kritisierten die Entscheidung des Präsidenten ebenfalls. Staatschefs aus der ganzen Welt waren nicht nur wegen der Unverantwortlichkeit der amerikanischen Position schockiert sondern auch wegen der undiplomatischen Art wie diese bekannt gegeben

worden war. Die Position der Bush-Regierung zu diesem Thema ist, zusammen mit anderen Umweltthemen, zu einem ihrer größten politischen Probleme geworden.

## Der nationale Energieplan

Man sollte meinen, dass die negative Reaktion auf ihre Erklärung zum Klimawandel die Bush Regierung dazu gebracht hätte, mit der langerwarteten Veröffentlichung ihrer Energiepolitik vorsichtiger zu sein. Sie scheint gelernt zu haben, dass sie mit dem was sie sagen umsichtiger sein muss, aber sie hat keine Schritte unternommen damit die Politik die Notwendigkeit von Emissionsreduktionen widerspiegelt. Das unverfrorenste Beispiel hierfür ist, dass laut Energieplan die USA bereits sehr viel tut, um ihre Emissionen zu reduzieren. Obwohl die Emissionen in den USA seit 1990 um mehr als 13% gestiegen sind heißt es in dem Plan, dass sie sinken da – so die Begründung – in den letzten Jahren die Wirtschaft stärker gewachsen sei als die Emissionen. Statt auf verwirrende Botschaft zu hören muss man nur die Substanz von Bushs Energieplan anschauen um zu wissen, dass die Regierung keineswegs vor hat die Emissionen zu reduzieren. Der Plan projiziert die Steigerung der Kohlendioxidemissionen des Energiesektors um mindestens 35% in den nächsten 20 Jahren.

## Alternative zum Kyoto-Protokoll

Basierend auf den Erfahrungen mit Bushs nationalem Energieplan, wird die US-Alternative zum Kyoto Protokoll vermutlich so hingestellt, als sei sie eine grüne Alternative zum Kyoto Protokoll, die besser die Prioritäten der USA berücksichtigt. In Wirklichkeit kann man davon ausgehen, dass Bushs Klimastrategie nur sehr wenig für die nationale Reduktion von Treibhausgasemissionen tun wird und dass sie vermutlich den Positionen und Prioritäten der US-Industrie folgt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Klimaplan von Bush sich nach dem nationalen Energieplan richten muss. Dieser wiederum vermeidet es komplett, die Verbindung zwischen Energie und Klimapolitik darzustellen sowie den direkten Einfluss, den eine auf fossile Brennstoffe fokussierte Energiepolitik auf den Treibhauseffekt haben würde.



Ausgehend von den wiederholten Aussagen der US-Regierung erwarten amerikanische NGOs einige der folgenden Elemente in Bushs Klimaplan wiederzufinden:

- Den Ruf nach neuen und verbindlichen Verpflichtungen für Entwicklungsländer, oder freiwillige Verpflichtungen für alle Gruppen.
- Ökonomische Gründe als Berechtigung für die US-Position, wobei die Tatsache ignoriert wird, dass einige der Ansprüche der USA bereits im Kyoto-Protokoll angesprochen werden
- Fortgesetzte Bevorzugung von nicht-regulativen, freiwilligen Maßnahmen.

Als Antwort auf die gegenwärtige US-Position und in Vorbereitung auf den Klimaplan von Bush, der bald herauskom-

men soll, priorisieren die amerikanischen NGOs die nationale Reduktion von Treibhausgasemissionen zu pushen. Gleichzeitig wird daran gearbeitet zu verhindern, dass die US-Regierung den Fortschritt des Kyoto-Protokolls auf internationalem Level behindert. An diesem Punkt haben US NGOs beschlossen, dass es keinen Sinn mehr macht, Bush unter Druck zu setzen damit er das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Deshalb konzentrieren sie sich auf Kampagnen zur nationalen Energie- und Klimapolitik. Sie bekämpfen den Nationalen Energieplan durch eine gemeinsame "Verteidigungs"-Kampagne und die Unterstützung der derzeitigen Gesetzgebung im Kongress. Durch direkte Lobbyarbeit, intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sollen die Treibhausgasemissionen aus dem Energie- und Verkehrsbereich reduziert werden.

US amerikanische NGOs setzen sich für starke Regeln und ein schnelles Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ein. Sie werden dafür sorgen, dass Bush zu Hause einen hohen Preis zahlen müssen, wenn die USA bei der Cop6bis eine behindernde Rolle spielt. US-NGOs haben erkannt, dass strenge Regeln und das Ratifikationsziel zu Rio+10 – mit oder ohne die USA – zurzeit der effektivste Weg weiter zu kommen. Sind die Regeln einmal in Kraft, werden die US-NGOs eine Ratifizierungscampagne starten.

*Katherine Silverthorne/Nathalie Eddie*

Katherine Silverthorne ist Senior Programme Officer beim World Wildlife Fund, USA

Nathalie Eddie ist Mitarbeiterin bei der Climate Campaign von Greenpeace, US

## Welchen Weg wählt Japan?

### *Reaktionen auf die Bush-Regierung*

**Den Japanern kommt bei der nächsten Klimakonferenz eine wichtige Rolle zu. Damit das Protokoll in Kraft treten kann ist es wichtig, dass Japan das Protokoll ratifiziert. Doch die Loyalität gegenüber den USA ist groß. In dieser Situation hat Japan den 'Schwarzen Peter' in der Hand. Wie wird es sich entscheiden?**

Die japanische Reaktion gegenüber der Bush Regierung beim Rückzug vom Kyoto-Protokoll war stärker als erwartet. Manche Medien vertraten die Ansicht, dass es sich um eine Beleidigung für Japan handelt, das 1993 Gastgeber für die dritte Klimakonferenz in Kyoto (COP3) gewesen war und immer eine gemeinsame Position mit den USA gehabt hatte. Der frühere Premierminister Mori schrieb einen Brief an Bush um sein Bedauern auszudrücken und kaum später besuchte eine Mission von hochrangigen Regierungsmitgliedern und Parlamentariern die USA um sie zu umzustimmen. Durch Bushs Bemerkungen wurde auch der Ja-

panische Nationalismus stimuliert und dies wiederum bewirkte ironischerweise, dass das Kyoto Protokoll in Japan zu neuem Leben erweckt wurde und die stärkste Beachtung seit der COP3 fand.

Verschiedene Parlamentarier und Bürger wurden aktiv und hielten am 4. April eine spontane Versammlung ab. Mehr als 140 Teilnehmer zeigten ihre Beunruhigung und forderten die japanische Regierung auf, eine Führungsrolle zu übernehmen. Diese Versammlung rüttelte die Mitglieder des Parlaments (jap. = diet) auf und führte zu der sogenannten „Diet - Resolution“, die Mitte April sowohl vom Oberhaus als auch vom Unterhaus einstimmig angenommen wurde. Die Resolution drängt die Regierung dazu eine Initiative zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu starten. Die Resolution war deswegen so erfolgreich weil sie genau zum richtigen Zeitpunkt kam. In Wirklichkeit war die Regierung über das Ratifizierungsthema in der Resolution beunruhigt, weil die Position deutlich über die derzeitige Regierungsposition hinausgeht. Es ist leicht sich

vorzustellen, das Umweltministerin Kawaguchi zögerte, diese Resolution zum Ministertreffen in NY mitzubringen. Sie vermied das Wort „Ratifizierung“ und benutzte bei der Erklärung in der Versammlung nur eine „Inkrafttreten im Jahre 2002“-Sprache.

Die Tatsache, dass die Resolution angenommen wurde wird die Regierungspolitik sicherlich in den kommenden Jahren binden.

#### **Unklare politische Position**

Die EU Troika, die inzwischen auch in Washington war, schätzt dass die US ihre Entscheidung nicht mehr zurücknehmen wird und erklärt, dass sie das Protokoll auch ohne die USA ratifizieren würden. Japan auf der anderen Seite vertritt immer noch die Position, dass es seine Bemühungen, die USA zu überzeugen fortsetzen sollte. Bisher ist Japan damit allerdings nicht erfolgreich. Ausgehend von der kurzen verbleibenden Zeit und der Halsstarrigkeit von Bush, scheinen diese Bemühungen auch völlig umsonst zu sein. Trotzdem ist das Drängen auf eine Teil-



nahme der USA die einzige Strategie Japans in Richtung COP6bis und die Regierung zögert irgend eine andere Herangehensweise zu wählen. Ein ziemlich einfacher Grund hierfür ist, dass Japan in seiner Außenpolitik keine Position gegen die USA einnehmen sollte. Deswegen gibt die Regierung sogar zu verstehen, sie würde den neuen Vorschlag der USA bedenken, von dem viele voraussagen, dass er den ganzen Verhandlungsprozess zerstört. Es scheint als ob Japan versucht, Verhandlungen mit der EU zu vermeiden bis der amerikanische Vorschlag fertig gestellt ist. Japan schlägt damit einen sehr sehr riskanten Weg ein.

Die Regierung erkennt natürlich, wie wichtig und risikoreich seine eigene Ratifizierung ist. Auch möchte Japan die Kritik vermeiden, Mitschuld an der Zerstörung des Protokolls zu haben, das nach der alten japanischen Hauptstadt „Kyoto“ benannt wurde. Das heißt, Japan muss an irgendeinem Punkt die entgeltliche Entscheidung treffen ohne die USA weiterzumachen, wenn es das Protokoll wirklich retten will.

Es wird gemunkelt, dass der COP6 Präsident bereits die Möglichkeit vorgeschlagen habe, dass die EU gegenüber Japan einen Kompromiss bezüglich 'Senken' – die Verwendung der CO<sub>2</sub> Absorption durch Wälder – eingehen soll. Diese besondere und freundliche Rücksichtnahme gegenüber Japan soll die Regierung dazu bringen auch ohne die USA zu ratifizieren. Trotzdem – wie schon erwähnt – ist die gegenwärtige Japanische Position mehr durch politische Entscheidungen geprägt als durch spezifische Probleme in den Verhandlungsunterlagen wie 'Senken' oder 'Compliance'. In anderen Worten: selbst wenn Pronk vorschlägt mehr Kompromisse zugunsten von Japan zu schließen, wird das nicht helfen Japans Position zu verändern und das Ergebnis wird nur sein, dass die ökologische Integrität des Protokoll in Details verloren geht. Japan ist kein Land, das spezielle Rücksichtnahme benötigt. Japan macht häufig geltend, dass das Kyoto-Ziel zu hoch gesteckt und unfair sei, weil Japan sich schon vor 1990 um Energieeffizienz bemüht hat. Aber wenn man die Effizienz nach Kaufkraftverteilung anschaut, ist Japan nicht immer die Nummer Eins. Andere Industrieländer haben nach der Ölkri-

se ähnliche Bemühungen angestrebt. Japan ist in dieser Hinsicht nicht im mindesten speziell. Es wäre also ein sehr spezielles Geschenk, wenn Japan die Flexibilität erhalten würde 'Senken' zu benutzen - es wäre nicht nur unnötig sondern würde ein Ausbleiben von nationalen Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger zur Folge haben. Aus der Forschung des Kiko Network wird deutlich, dass Japans Anstieg von Treibhausgasen durch politische Trägheit verursacht wird. Japan könnte das nationale Reduktionsziel von 6% erreichen ohne der Wirtschaft zu schaden wenn es die angemessenen Politiken und Maßnahmen einführen würde.

#### Um das Protokoll zu retten

Eine Änderung der Japanische Position bezüglich der Ratifizierung auch ohne die USA ist immer noch möglich solange Japan das Protokoll öffentlich nicht aufgibt. Das Problem der Regierung ist das Fehlen einer Strategie für den schlimmsten Fall: wenn die USA nicht an Bord ist, wenn die Vorbereitungszeit für die Ratifizierung zu kurz wird und bei der Suche nach Rückfallpositionen für die entgeltliche Entscheidung. Was in dieser Situation gebraucht wird, um weiter zu kommen ist starker Druck der Öffentlichkeit. Der neue Premierminister Koizumi schenkt dem Protokoll bisher keine spezielle Beachtung, es besteht jedoch Hoffnung, dass er dieses Thema übernehmen würde, wenn er den Ernst der Situation – durch öffentlichen Druck – erkennt. Zur Zeit betreiben 180 Japanische NGOs übers Land verteilt eine Kampagne, die Japans Ratifizierung zum Ziel hat. Wenn diese Botschaften weiter verbreiten werden, im Inland oder international, wird Japan merken, dass es keine andere Möglichkeit hat als vorwärts zu gehen. Die Regierung soll durch diesen Druck lernen, die Verantwortung für das Klima und die Internationale Gemeinschaft zu übernehmen bevor es zu spät ist.

*Kimiko Hirata*

Die Autorin ist Koordinatorin von Kiko Network, Japan

## Dritter Sachstandsbericht des IPCC verabschiedet

Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) als die weltweite höchste Autorität in Klimafragen äußert sich zum dritten Mal seit 1990 in aller Ausführlichkeit zum Stand der die Klimaänderung betreffenden Wissenschaften. Im April 2001 hat das IPCC auf seiner 17. Vollversammlung in Nairobi den Dritten Sachstandsbericht (Third Assessment Report - TAR) formal verabschiedet - die Berichtsteile der drei Arbeitsgruppen (die AG I zur Klimawissenschaft, die AG II zu den Auswirkungen der Klimaänderung und die AG III über die Möglichkeiten, Treibhausgasemissionen zu vermindern) waren zuvor im Januar 2001 (AG I in Schanghai), Februar (AG II in Genf) und März (AG III in Accra) von den einzelnen AGs verabschiedet worden, die Vollversammlung im April übernahm sie ohne jede Änderung.<sup>1</sup>

In Nairobi begann auch die Diskussion über das Ob und das Wie eines Vierten Berichts. Entscheidungen darüber sollen auf der 18. Vollversammlung im September 2001 in London gefasst werden.

Weiterhin wird in London der Synthesebericht des IPCC zum TAR verabschiedet werden. Der Synthesebericht ist ein Novum. Angestoßen vom jetzigen IPCC-Vorsitzenden Robert Watson, gibt er umfassend Antwort auf zwei Handvoll von der Politik oft gestellter Fragen.

*Manfred Treber*

Der Autor ist Mitarbeiter bei GERMANWATCH und einer der Koordinatoren der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung

<sup>1</sup> Die Zusammenfassungen für Entscheidungsträger der einzelnen Arbeitsgruppen und, sobald sie vorliegen, die ausführlichen Berichte können über [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch) abgerufen werden.





## 'Verkehrte Welt' in Russland

### *Wirtschaft ist für Klimaschutz - Regierung leugnet Klimawandel*

**Wenn man die russischen Zeitungen liest, unseren Politikern, Journalisten und der Öffentlichkeit zuhört, ist es sehr schwer, eine vernünftige und übereinstimmende russische Sicht über Klimawandel und das Kyoto-Protokoll zu erkennen. Es gibt ein weites Spektrum widersprüchlicher Meinungen, Klatsch, Verwirrung und Missverständnisse. Trotzdem versucht der vorliegende Artikel eine Systematisierung der Lage.**

Zwei 'Klimathemen' beunruhigen die Russen besonders. Das erste sind die außergewöhnlichen Hochwasser von mehreren sibirischen Flüssen. Die Katastrophe von Lensk an der Lena war in den letzten zwei Wochen die Hauptnachricht in Russland. In der südsibirischen Region Tuva kann sich niemand an ein so extremes und zerstörerisches Hochwasser des Yenisei erinnern.

Folglich betrachten die Russen die Überflutungen nicht nur als abstraktes europäisches Problem, sondern sehen auch die direkte Gefahr des Klimawandels für ihr Land und sie stellten sofort die Verbindung zwischen diesem und einem ganz anderem Problem dar: G. W. Bush. „Mr. Bush will der Stadt Lensk nicht helfen und erklärt seinen Rückzug vom Kyoto-Prozess“ war die Schlagzeile des populären „Moskau-Echo“ vor drei Tagen.

Das zweite beunruhigende Thema ist die Position der USA zum Kyoto-Protokoll, die von den Massenmedien normalerweise direkt mit der Absicht der USA verbunden wird, Russland zu demütigen, die globale Position unseres Landes zu schwächen und „Russland der Gewinne seines Emissionshandels mit Treibhausgasemission zu berauben“.

In diesem Zusammenhang kann man sogar noch „exotischere“ Aussagen beobachten. Während die Öffentlichkeit und die NGOs sicher sind, dass der Klimawandel existiert und anthropogene Ursachen hat, bestehen die höchsten Verwaltungsbeamten der Russischen Akademie der Wissenschaften (so genannte „Akademiker“) weiterhin auf die „unbekannte Art der Veränderungen und natürliche Variationen“. Sie versuchen sogar Geld, das für Energiesparmaßnahmen

vorgesehen ist in das Vermögen der Akademie umzuleiten.

Darüber hinaus versuchte der russische Umweltminister Yatskevich bei einem Treffen den UNEP Generalsekretär Töpfer „freundlich zu überzeugen, das das Phantom des Klimawandels ein Versuch des Westens ist, die Russische Wirtschaft zu unterminieren“.

Der Leiter des Russischen Hydrometeorologischen Dienstes, Bedritsky (UN FCCC Russian Focal Point) trat nie für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls ein, er informiert Leute über den „überkomplizierten Text des Protokolls, die Menge von extrem verwickelten Problemen“ und er befürwortet die Verzögerung jeglicher Entscheidungsfindung.

Auf der anderen Seite werden Unternehmerkreise, „Energieriesen“ und russische Beamte/ Funktionäre, die direkt in Projekte eingebunden sind und sich mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen befassen durch das Kyoto-Protokoll sehr ermutigt.

Das Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel, das Energieministerium, wichtige Teile der Regierung, GAZPROM und der Energieriese von Herrn Chubais „RAO Vereinigte Energie Systeme Russlands“ sind hundertprozentige Unterstützer des Protokolls und seiner baldmöglichsten Ratifizierung. Aber sie sehen dabei nicht den Zusammenhang zwischen dem Protokoll und Klimawandel(!). Das Thema Klima ist so weit entfernt von ihrem egoistischen Geschäftsdenken, dass niemand von ihnen an diesen „green dream“ denkt. Sie denken nur in kurzfristigen wirtschaftlichen und finanziellen Kategorien und sehen im Kyoto-Protokoll lediglich ein „zusätzliches und profitables Instrument um die russische Energie-Strategie umzusetzen und es gibt keine weiteren Gründe es zu komplizieren“.

Also ergibt sich ein paradox: Offizielle Umweltexperten der Regierung wollen das Problem Klimawandel und die Notwendigkeit des Kyoto-Protokolls nicht erkennen während Wirtschaft und Energie das Protokoll unterstützen, aber ohne die Verbindung zum Klima selbst herzustellen.

Nichtsdestotrotz muss das Russische Programm Büro des World Wide Fund for Nature (WWF) sein Bestes tun um den Einfluss von Bush zu schmälern und um

Russland darin zu bestärken, Europa und Japan bei den Verhandlungen zu unterstützen.

Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es in den nächsten acht Wochen vor der COP-6bis? Es scheint uns durchaus machbar, die positive und klare Unterstützung des russischen Präsidenten beim G8 Gipfel in Genua zu bekommen. Dafür müssen allerdings alle russischen Gruppen und Kräfte zusammenhalten, die in den nächsten zwei Wochen unsere Verbündeten sind.

Letzte Woche hat der WWF verschiedene Aktivitäten durchgeführt, die im Zusammenhang mit dem Besuch einer Delegation und Experten der Europäischen Kommission, des OECD Teams für 'GHG inventory', sowie dem Besuch von Prof. Michael Grubb vom 'Royal Institute of International Affairs (London)' standen.

#### **Was WURDE erreicht?**

- Die Medien und die öffentliche Meinung sind fast hundertprozentig für eine russische Beteiligung am Protokoll unabhängig von der Position der USA
  - 90% der russischen Beamten sind sicher, dass Russland sich am Protokoll beteiligt.
  - Die Kriterien für die russische Beteiligung am Protokoll sind mehr oder weniger „grün“:
    - 1) Früher Start mit JI Projekten und eine große Anzahl von JI-Projekten von Europäischer Seite (und soweit wie möglich von Japan); JI sollte nicht erst viele Jahre nach CDM eingeführt werden.
    - 2) „Ökologische Re-investitionen“ von Gewinnen aus dem Emissionshandel als qualitatives Kriterium des Handels, EU-Unterstützung für den Aufbau von Grünen Fond(s) in Russland.
    - 3) Geringe oder keine Gebühren auf JI und/ oder Emissionshandel als Zahlung in einen Anpassungsfond. Die Bezahlung in Abhängigkeit von den gesamten THG Emissionen in Nicht-OECD Ländern ist absolut unmöglich.
- 90% der Russischen Beamten und der Wirtschaft sind sicher, dass das maximale Potential verkaufbarer Anteile nichtgenutzter CO<sup>2</sup> Einheiten (heiße Luft) könnte 10-12% ausmachen. Dies ist eine psychologisch wichtige Errungenschaft gegen viel 'heiße Luft', muß aber noch deutlich reduziert werden



## Was WURDE NICHT erreicht?

- Kyoto-freundliche Positionen werden meist durch die Erwartung von zusätzlichen Investitionen im Energiesektor, höheren Handelseinkünften, und eine 'Anti-Amerikanische-Grundeinstellung' gestützt. Sie beruhen nicht auf dem Verständnis für das globale Problem Klimawandel. Die russische Wirtschaft ist noch nicht allzu lange im Geschäft, das ist unglücklicherweise der Hauptgrund für eine so kurzfristige Denkweise.
- Das Potential aus Einkünften aus dem Emissionshandel wird von Journalisten und Mitgliedern der Duma bei weitem überschätzt. 'Luft verkaufen' ist immer noch der populärste Slogan in Artikeln über das Kyoto Protokoll. Wir konnten diese Leute nicht davon überzeugen, dass es nicht richtig ist, den maximalen potentiellen Preis (5-20\$ pro Tonne C) mit dem maximalen potenziellen Handel (1-1,5 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>) zu multiplizieren. Darüber hinaus waren wir nicht in der Lage ihnen klarzumachen, dass eine Tonne C nicht das gleiche ist wie 1 Tonne CO<sub>2</sub> sondern 3,67 Tonnen CO<sub>2</sub>. Dieser Unterschied brachte in manchen Zeitungen unglaubliche Zahlen an handelbaren Emissionen (10-20-40 Mrd. \$) hervor. Zudem gab es Verwirrung und Missverständnisse über

die Formulierung 'Frühe JI'. Wir müssen also viel mehr tun in Punkto Aufklärung und Bewusstseinsbildung.

- Einige Russische Funktionäre/ Beamte, vor allem der Russische Bundesdienst für Hydrometeorologie, (UN FCCC Focal Point), sind weiterhin gegen das Kyoto-Protokoll. Nun können sie nicht öffentlich dagegen sprechen, aber sie tun ihr Möglichstes dafür, dass Russland sich heraushält. Sie versuchen jede Unterstützung für das Kyoto-Protokoll und auch die europäische Position aus offiziellen russischen Dokumenten herauszuhalten.

Es scheint möglich, dass Russland und Europa auf der COP6bis sehr wohl gemeinsam agieren können. Trotzdem wäre es naiv zu erwarten, dass Russland Europa automatisch wegen des offensichtlichen Profits unterstützt. Das Problem ist das unterschiedliche Verständnis des Wortes Profit. Mittlerweile gibt eine Menge guter wirtschaftlicher Möglichkeiten in Russland, darunter viele gute Energiespar-Projekte, die offensichtlich auch in der EU profitabel wären. Aber Risiko, Rechtsunsicherheit und Besteuerung reduzieren die Anreize maßgeblich und das Ergebnis ist, dass gar nichts passiert

- Darum müssen in den nächsten zwei Monaten die EU-Länder klare positive

Signale an die Russische Regierung und an die Wirtschaft senden, dass bi- und multilaterale Kooperation unter dem Kyoto-Protokoll Risiken und Unsicherheiten überwinden wird.

- Darum müssen russische und internationale NGOs, der WWF eingeschlossen, ihre Kräfte vereinen und Öffentlichkeit und Medien mobilisieren damit diese die progressiveren russischen Vertreter und Beteiligten unterstützen.

Sicher, NGOs unterstützen 'Handel von heißer Luft' genauso wenig wie 'anderen Emissionshandel' ohne dass es mindestens auf lokaler Ebene vernünftige ökologische Ergebnisse gibt. Wir haben die erste Runde der 'Schlacht um die Heiße Luft' gewonnen und 90% der russischen Beteiligten und der Wirtschaft sind jetzt wieder auf projektorientierte Zusammenarbeit fokussiert anstatt auf großmaßstäbigen Verkauf von russischen 'freien CO<sub>2</sub> Kontingenten'. Aber nach Ansicht des WWF ist die Situation nicht stabil und wir müssen darauf vorbereitet sein eine schwere zweite Runde zu kämpfen wenn das Kyoto-Protokoll bei der COP6bis im Juli überleben soll.

Alexey Kokorin

Der Autor ist Koordinator des Russian Climate Programme des World Wide Fund for Nature

## "e-mission 55" – eine pro-Kyoto-Initiative der Wirtschaft

### KYOTO zum Durchbruch verhelfen

"Wir fordern die Regierungen dieser Welt auf, das Kyoto-Protokoll möglichst schnell, das heißt bis 2002, in Kraft zu setzen. Zu diesem Zweck müssen 55 Länder, die 55% der Industrieländeremissionen repräsentieren, das Protokoll ratifizieren" – unter diesen Aufruf sollen in den nächsten Wochen möglichst viele Unternehmen ihren Namen setzen. Mindestens 55 sollten es sein (was zusätzlich die Symbolkraft des Namens unterstreicht). Vor allem von der EU, Japan und Russland wird erwartet, dass sie mutig vorangehen – trotz des Gegenwindes aus den USA. Die am 28.5. in Bonn der Öffentlichkeit erstmals vorgestellte Initiati-

ve "e-mission 55 – Business for Climate" nimmt inzwischen Fahrt auf: die Deutsche Telekom, Gerling, Solarworld, Deutsche Bahn, die Bank Sarasin und nahezu alle Mitgliedsfirmen des European Business Council machen bereits mit und wollen so die Politik ermutigen nach vorne zu gehen.

Zusammen mit dem WWF, der Beratungsgesellschaft Kothes Klewes und dem US-Brokerunternehmen Evolution Markets ist Germanwatch beratend in den Prozess eingebunden.

Höhepunkte werden eine internationale Pressekonferenz am 5. Juli mit einem Top-Business-Roundtable in Berlin und ver-

schiedene öffentliche Veranstaltungen im Rahmen des Bonner Klimagipfels (16.-27. Juli) sein.

Für diese Business-Kampagne ist für den Zeitraum vom 15. Mai bis Ende Juli 2001 ein eigenes Kampagnenbüro in Bonn eingerichtet worden: Susanne Saha, e-mission 55, Kaiserstraße 201, 53113 Bonn, Tel: 0228-2094-694, Fax: 0228-2094-695, email: emission55@web.de

Hinweise auf weitere zu interessierende Firmen sind willkommen.

Christoph Bals

Der Autor ist Mitarbeiter bei GERMANWATCH



## Rettungsversuch für das sinkende Schiff

### Aktivitäten zur Fortsetzung der sechsten Klimakonferenz

Eigentlich sollte alles dort weitergehen, wo es in Den Haag aufgehört hatte: Minister sollten weiter verhandeln wo sie aufgehört hatten, Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) ihre Lobbyarbeit fortsetzen und zusätzlich ein paar Bilder für die Presse liefern und die fossile und nukleare Lobby sollte weiter versuchen, ihr Image von Ruß und Radioaktivität zu befreien. Alles deutete auch darauf hin – und was soll sich schon nach nur acht Monaten am globalen Zirkus ändern? Doch da sollte die Welt nun eines Besseren belehrt werden! Nur einige „Kleinigkeiten“ änderten sich (ein paar hundert Wählerstimmen), und schon kann Kohle wieder Glänzen und Kernkraft wieder strahlen. Aber noch ist dieser Kampf nicht verloren, noch ist die Zahl der Klimaschützer groß und noch haben wir Zeit zum Handeln, mit oder ohne...

Mit den Kommunen für Klimaschutz heißt deshalb auch der Staffellauf, der quer durch das ganze Ruhrgebiet und bis nach Bonn 27 Städte des Klima-Bündnisses durchläuft. Am 16. Juni werden Menschen loslaufen, um ein Bekenntnis zum Klimaschutz am 29. Juni in Bonn an das UN-Klimasekretariat zu übergeben. Unterschrieben wird diese Urkunde von allen OberbürgermeisterInnen und BürgermeisterInnen dieser Städte ([www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)).

Sehr wahrscheinlich wird die Klimakonferenz am 18. Juli eröffnet und sehr wahrscheinlich auch vom deutschen

Kanzler. Sicher ist, dass zur gleichen Zeit die Klimapiraten ein Schiff auf dem Rhein entern werden, um dort ihren zweiten Kinderklimagipfel zu eröffnen. Eine Resolution soll erarbeitet werden, die den Delegierten die Bedeutung von Klimaschutz für die Zukunft unseres Planeten vor Augen führen soll, denn Kinder werden in Zukunft unseren Klimawandel auslöffeln müssen ([www.kindergipfel.de](http://www.kindergipfel.de)).

Ein weiteres Boot wird am 21. Juli von BUND/FoE mit Unterstützung der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung vom Stapel gelassen. 3.000 – 4.000 Menschen werden versuchen zu retten, was zu retten geht: das Kyoto Protokoll, erst beschlossen, dann verwässert, schließlich mit riesigen Löchern versehen und letztendlich freigegeben zum versenken. Mit Wünschen und Forderungen aller Teilnehmer wird der Rumpf des Schiffes zusammengesetzt und hoffentlich unsinkbar werden. Es muss doch einen Weg geben klar zu machen, dass wir Klimaschutz brauchen! ([www.dasrettungsboot.de](http://www.dasrettungsboot.de)).

Auch lokale Gruppen werden ihren Forderungen nach mehr Klimaschutz Ausdruck verleihen. Eine Fahrraddemo am Montag den 16. Juli als Auftakt, einen globalen Aktionstag am 19. als Höhepunkt, eine Abschlussveranstaltung am 27. und verschiedene kulturelle Veranstaltungen werden die zwei Wochen Verhandlungen begleiten ([www.risingtide.de](http://www.risingtide.de)).

Das Climate Action Network und sein

„The Fossil of the Day“ ist inzwischen schon ein fester Bestandteil der Klimakonferenzen und wird dieses Jahr wieder die schlimmsten und scheinheiligsten Länder ausfindig machen und ihnen die Auszeichnung als Fossil des Tages verleihen. Sehr wahrscheinlich wird „ein“ Land nicht in den Genuss kommen ausgezeichnet zu werden, denn es hat sich schon jetzt vom Kyoto Protokoll verabschiedet und ist damit völlig uninteressant für den „Award“. Nach derzeitigem Trend könnten die in diesem Land verantwortlichen Politiker zum „Fossil des Jahrhunderts“ ernannt werden ([www.fossil-of-the-day.org](http://www.fossil-of-the-day.org)).

Ein Klimacafé, eingerichtet von der Deutschen Umwelthilfe, soll innerhalb der hektischen Konferenz für Ruhe sorgen. Ein Platz zum besprechen, aber auch zum diskutieren und um Neues zu erfahren soll es werden. Hoffentlich ein erfolgreiches und interessantes Konzept, denn Bedarf besteht allemal.

Also so schlecht sieht es doch gar nicht aus?! Bleibt zu hoffen, dass die, die eine Zukunft für Kinder wollen, sich durchsetzen werden, andere hoffentlich auf den Pfad der erneuerbaren Energien kommen und wieder andere, unverbesserliche, sich in die Ecke der Verlierer verziehen und dort zwanghaft weiterrußen, bzw. -strahlen.

Gerald Knauf

Der Autor ist Referent der AG Klima in der Projektstelle des Forum Umwelt & Entwicklung

## Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ 2001/2002

Die Deutsche Umweltstiftung vergibt seit 1989 jährlich den Buchpreis „Lesen für die Umwelt“. Der Preis ist mit DM 5.000,— dotiert und wird in diesem Jahr zum dreizehnten Mal ausgeschrieben. Es werden Autorinnen und Autoren gewürdigt, die durch ein literarisches Werk, ein populäres Sachbuch oder eine wissenschaftliche Arbeit einen besonderen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, der Tier- und Pflanzenwelt geleistet oder zur Diskussion umweltrelevanter Themen maßgeblich und innovativ beigetragen haben. Die Prämierung soll dem Publikum eine Orientierung im schnelllebigen Buchmarkt geben und öffentliche Wahrnehmung des

herausgestellten Titels fördern. Der Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ 2001/2002 ist dem Thema „Klimaveränderung - globales Chaos oder harmloses Phänomen?“ gewidmet. So vielfältig wie die Facetten des Themas können auch die Ansatzpunkte der zu prämierenden Bücher sein. Gewünscht werden ungewöhnliche Texte, packende Berichte, brillante Analysen oder innovative, praxisnahe Lösungsansätze. Für den Buchpreis 2001/2002 wird aber auch das Buch gesucht, das seine Leserinnen und Leser motiviert, ihre Verhaltensweisen zu überdenken und ihr Leben so einzurichten, dass unseren Nachkommen die Existenzgrundlagen auf dem Planeten Erde garantiert.

Vorschläge, die von jedem gemacht werden können, mit einer Begründung an die Deutsche Umweltstiftung, Postfach 1355, 76713 Germersheim senden. Berücksichtigt werden nur Neuerscheinungen als Erstausgaben der Jahre 1999, 2000 und 2001 aus dem deutschsprachigen Raum. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2001!

Informationen:  
Deutsche Umweltstiftung  
Postfach 1355  
76713 Germersheim  
Tel.: 07274-4767  
Fax: 07274/77302  
E-Mail: [info@deutschemweltstiftung.de](mailto:info@deutschemweltstiftung.de)  
Internet: <http://www.deutschemweltstiftung.de>



## Neue Weltkonferenzen - Neue Chancen für die globale Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung?

**Die Vorbereitungen auf zwei große UN-Weltkonferenzen im Jahr 2002 haben begonnen: Im April 2002 wird in Mexiko zum ersten mal in der Geschichte der Vereinten Nationen eine Internationale Konferenz über Finanzierung von Entwicklung (Financing for Development) stattfinden. Nur fünf Monate später, im September 2002 in Johannesburg, will die UNO Bilanz auf einem „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ über Fort- und Rückschritte im nunmehr zehnjährigen Rio-Folgeprozess ziehen. Ob diese enge zeitliche Verknüpfung ein Fluch oder Segen sein wird, müssen die zahlreichen Vorbereitungskonferenzen der kommenden Monate zeigen.**

Einige Regierungsvertreter im Norden fürchten, dass die Entwicklungsländer den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung mehr oder weniger boykottieren werden, wenn zuvor in Mexiko die reichen Industrieländer keine substanziellen Finanzmittel auf den Tisch legen. Die internationale Umwelt- und Entwicklungsdiplomatie aus dieser Sackgasse herauszuführen ist die zentrale Herausforderung der Regierungsvertreter in Nord und Süd, wenn nachhaltige ökologische und soziale Entwicklung eine Chance erhalten soll. Das Festhalten am „alten“ Ritual – der Forderung nach Aufstockung der Entwicklungshilfe (ODA) – ist hier nicht wegweisend. Die scharfe Kritik an den Industrieländern ist allerdings mehr als berechtigt, weil sie mehrheitlich ihre Entwicklungshilfe gekürzt haben. Für die Vielzahl zu bewältigender sozialer und ökologischer Probleme werden die Entwicklungsländer auch in Zukunft externe Finanzmittel benötigen.

### Entwicklungsländer enttäuscht

Finanzierungsfragen gehören zum harten Kern der Politik und entsprechend prägen sie seit den 60er Jahren die Nord-Süd-Debatte. Die Finanzierung politischer Aufgaben ist ein untrüglicher In-

dikator für die Bedeutung von Politikfeldern. Wie viel Geld wofür eingesetzt wird, sagt mehr über politische Reichweiten und Prioritäten aus als deren rhetorische Manifestationen.

Erinnern wir uns: Bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 wurde die Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel als eine Kernbedingung für den Erfolg der Beschlüsse von Rio angesehen. Die Entwicklung in den 90er Jahren ist vor diesem Hintergrund niederschmetternd. Die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit stagnierten auf niedrigem Niveau und erreichten 1999 gerade einmal 56,4 Mrd. \$.

In dieser Summe enthalten sind auch die Finanzmittel der Global Environment Facility (GEF). Sie wurde 1991 gegründet und finanziert Projekte in den vier Kernbereichen Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, Schutz der Ozonschicht und der internationalen Gewässer. 1992 wurde die GEF als Finanzierungsmechanismus für die Klimarahmenkonvention und für die Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt anerkannt. Die vier Arbeitsfelder reflektieren einmal mehr, welche Prioritäten die nördlichen Geber im globalen Umweltschutz setzen. Die Wüstenkonvention, die von den Entwicklungsländern initiiert wurde, verfügt bis heute über keinen vergleichbaren Finanzmechanismus.

Grundsätzlich hat der Norden zugestimmt, zusätzliche Kosten für den globalen Umweltschutz zu übernehmen, wenn der globale den nationalen umweltpolitischen Nutzen übersteigt. Solche Kosten-Nutzen Berechnungen methodisch in den Griff zu bekommen, ist den politischen Entscheidungsträgern in Nord und Süd bislang nicht überzeugend gelungen.

Für die Entwicklungsländer besonders enttäuschend ist, dass die Mittel der GEF in den vergangenen zehn Jahren äußerst bescheiden geblieben sind. 2002 stehen die Verhandlungen zur Wiederauffüllung (replenishment) der GEF wieder auf der Tagesordnung. Ohne eine drastische Erhöhung des GEF-Finanzrahmens der nördlichen Geber, werden die Entwicklungsländer sich weiterhin gegen natio-

nale Maßnahmen für den globalen Umweltschutz aussprechen.

Ähnlich wie bei der ersten Weltumweltkonferenz 1972 in Stockholm zeichnet sich ein Szenario ab, in dem die Entwicklungsländer argumentieren, dass die Industrieländer ihnen via Sustainable Development ihre Entwicklungsmöglichkeiten beschneiden wollen und ihnen gleichzeitig die notwendigen Finanzmittel vorenthalten. Auch bei der UNCED 1992 in Rio de Janeiro gab es deutliche Stimmen aus dem Süden, die Tagesordnung von 'Rio' sei im wesentlichen vom „Norden“ bestimmt worden. „Südliche Regierungen haben in Rio wie bockige Jugendliche teilgenommen, unzufrieden und genervt über die Standpauken und Vorlesungen der industrialisierten Länder“; konstatiert Sunita Narain, vom Centre for Science and Environment in New Dehli (CSE).

Vor diesem Hintergrund und weil sich eine große Zahl der Entwicklungsländer zunehmend als Verlierer der Globalisierung fühlt, ist es zu erklären, dass sie eine eher distanziertere Haltung zu den Vorbereitungen der beiden 2002 geplanten UN-Konferenzen einnehmen.

### Neue Impulse setzen

Die UN-Konferenz Financing for Development kann hier wichtige Impulse setzen, in dem sie die seit längerem anhaltende Diskussion um zusätzliche und innovative Finanzierungsinstrumente für die Zielsetzung einer global zukunftsfähigen Entwicklung vorantreibt und konkretisiert. Bewegen müssen sich dafür alle: der Norden muss neue Wege in der globalen Umverteilung beschreiten, in dem er zum Beispiel die Tür für internationale Steuern öffnet. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen endlich eingestehen, dass nachhaltige Entwicklung nur zu einem Teil aus externen Quellen zu finanzieren ist. Selbst eine hinreichende Finanzierung garantiert keine Problemlösung; politische Bereitschaft zum Umsteuern muss auch in den Entwicklungsländern verankert sein.

### Neue globale Finanzierungsinstrumente

Die zunehmende Diskrepanz zwischen rückläufiger Entwicklungshilfe bei gleich-



zeitig wachsendem Finanzierungsbedarf für globale soziale und umweltpolitische Aufgaben hat in den 90er Jahren zur verstärkten Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten geführt. Dabei ist eine Reihe von Vorschlägen entstanden, deren Grundidee es ist, neue globale Herausforderungen wie den globalen Umweltschutz, die Armutsbekämpfung oder die Stabilisierung der Finanzmärkte durch neue globale Mittel zu finanzieren. Öffentlich diskutiert werden derzeit – wenn auch mit Zurückhaltung der Regierungen – internationale Steuern auf Devisentransaktionen, auf Flugbenzin, auf den Fischfang in internationalen Gewässern, auf Luxusgüter oder auf die Nutzung der globalen Allgemeingüter (Global Commons). Im Gespräch sind auch Gebühren und Abgaben beim Tiefseebergbau, beim internationalen Gefahrguttransport oder bei der Nutzung des erdnahen Weltraums (Satellitengebühren) oder elektromagnetischer Frequenzen.

International erhobene Steuern und Gebühren haben den großen Vorteil, dass sie im Gegensatz zu direkter staatlicher Regulierung oder administrativer (Mengen-)Begrenzung über einen Marktmechanismus umweltbelastende Aktivitäten reduzieren helfen.

Hinzu kommt, dass angesichts der durch die Globalisierung aufgeworfenen neuen Fragen und Probleme, das Thema internationale Steuern ohnehin auf der Tagesordnung steht. Transnational agierende Unternehmen wählen immer häufiger das ihnen am günstigsten erscheinende nationale Steuersystem. Die Steuerbasis der Nationalstaaten und schrumpft und das, obwohl die weltweite ökonomische Tätigkeit der Unternehmen ökologische und soziale Kosten verursacht (z. B. Ölkatastrophen). Internationale Steuern wären schon allein deshalb die logische Konsequenz der Globalisierung, wenn die politischen Handlungsspielräume der Regierungen in Nord und Süd gewährleistet bleiben sollen.

Die Verwendung der Steuern wird mitentscheidend für ihre Akzeptanz sein. Eine Mischung aus nationaler und interna-

tionaler Verwendung dürfte auf die größte „Gegenliebe“ stoßen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), aber beispielsweise auch der indische Premierminister plädieren im Kontext der Diskussion um eine Devisenumsatzsteuer für eine entwicklungspolitische Verwendung der Steuern (z. B. über einen Fonds zur Armutsbekämpfung).

### Global Public Goods

Als neuer Aufhänger könnte sich das Konzept der Globalen öffentlichen Güter (Global Public Goods – GPGs) erweisen. Die Auseinandersetzung darüber hat in letzter Zeit an politischer Dynamik gewonnen. Auslöser war das von den UNDP-MitarbeiterInnen Inge Kaul, Isabelle Grunberg und Marc A. Stern 1999 herausgegebene Buch „Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century“. Globale öffentliche Güter sind nach ihrer Definition solche Güter, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinaus reicht. Unter diese breite Definition fallen die klassischen öffentlichen Güter Frieden und Sicherheit ebenso wie eine intakte Umwelt, Gesundheit, das kulturelle Erbe aber auch finanzielle Stabilität, Wissen und Information und selbst Fairness und Gerechtigkeit.

Die Auseinandersetzung über GPGs und ihre Finanzierung hat im Zuge der Vorbereitungen auf die Financing for Development Konferenz der UNO (März 2002) und den Rio+10-Gipfel (September 2002) neuen politischen Stellenwert erlangt, den es nun für die Diskussion um neue Wege in der Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung zu nutzen gilt. Denn sowohl die G-77 als auch die EU (sowie die Weltbank) haben dieses Thema zur Priorität erklärt, gleichzeitig aber erheblichen Diskussionsbedarf angemeldet.

Die Finanzierung globaler Güter wird dabei einer der zentralen Streitpunkte sein. So einleuchtend die Einführung einheitlicher internationaler Steuern sein mag, die (regierungs-)politischen Widerstände dagegen sind noch sehr hoch. Der Weg bis zur Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente zur Förderung nachhaltiger Entwicklung ist zweifellos

noch lang und schwierig, zumal die nationalen Parlamente ihre Budget- und Steuerhoheit mit Zähnen und Klauen verteidigen. Rasche Durchbrüche wird es hier nicht geben. Die beiden kommenden UN-Konferenzen in Mexiko und Johannesburg im Jahr 2002 könnten jedoch die Auseinandersetzung um innovative Finanzinstrumente beschleunigen und den gesellschaftlichen Konsens, die politische Mehrheitsfähigkeit und die internationale Akzeptanz dazu entscheidend fördern.

Die Aufteilung von Umweltproblemen in globale und lokale hat beständig Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen. Während letztere ein großes Interesse haben, ihre brennendsten und kurzfristigen Probleme wie Wasserknappheit, Entwaldung oder Bodenerosion zu lösen, sind die Industrieländer auf internationaler Ebene vor allem am Klimaschutz und am Erhalt der biologischen Vielfalt interessiert, die als globale Umweltprobleme klassifiziert werden. Diese Trennung ist jedoch für die Lösung der Probleme nicht angemessen. Jedes globale Umweltproblem hat lokale Ursachen und globale Probleme wie die Folgen der Erderwärmung haben gerade in Entwicklungsländern dramatische Wirkungen für die armen und ärmsten Bevölkerungsschichten (Stürme, Überschwemmungen, Verschiebung der Regenzone usw.).

„Unless all environmental problems are addressed within an integrated perspective that takes into account the local and the global - the local within global and the global within the local - there will be little confidence within the developing world that their concerns are being taken into account in the global environmental agenda.“ Sunita Narain, (CSE)

Die UN-Konferenz Financing for Development kann hier die richtigen Signale für Johannesburg setzen. Ideen dafür gibt es genug.

*Barbara Unmüßig*

Die Autorin ist Vorsitzende von WEED und Sprecherin des Leitungskreises des Forum Umwelt & Entwicklung



## Aus den Arbeitsgruppen

AG Handel

### GATS - Zu wessen Diensten?

*Internationale Konferenz zum Dienstleistungsabkommen der WTO*

**Unter diesem Motto fand am 21. und 22. Mai in Bonn ein internationale Konferenz des Forums Umwelt und Entwicklung zum Dienstleistungsabkommen der WTO statt. Die zahlreichen Teilnehmer diskutierten lebhaft umwelt- und entwicklungspolitische Auswirkungen des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) sowie seine Folgen für Demokratie und öffentliche Dienstleistungen. Auf den Venusberg kamen VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften, Wirtschaft und Regierung. EU-Kommission, OECD und UNCTAD waren anwesend, interessierte Privatpersonen und - wenn auch vereinzelt - Parlamentarier oder ihre Mitarbeiter. Organisiert wurde die Veranstaltung durch die AG Handel, unterstützt durch das Umweltministerium.**

Um die GATS-Verhandlungen entspann sich in den vergangenen Monaten eine heftige, internationale Debatte. Die GATS-Verhandlungen laufen seit letztem Jahr und traten im März in die zweite Phase. Seitdem wird konkret über Liberalisierungsverpflichtungen verhandelt. Obwohl die Verhandlungen sensible Bereiche wie Bildung, Energie oder Wasserversorgung betreffen, findet das Thema in Deutschland bislang wenig Aufmerksamkeit. Für die AG Handel ist GATS deshalb ein Schwerpunktthema; bereits Anfang April hatte sie einen NGO-internen GATS-Studentag in Hannover veranstaltet. Die Konferenz sollte nun die öffentliche Debatte anfachen und die problematischen Seiten des GATS beleuchten.

#### Gegen das GATS

Peter Fuchs (WEED) und Elisabeth Tuerk (Center for International Environmental Law) präsentierten erste Ergebnisse einer

Studie zu den Umweltauswirkungen des GATS. Dienstleistungen können danach nicht als saubere Alternative zur „schmutzigen Industrie“ betrachtet werden. Problematisch sind einerseits Liberalisierungen in sensiblen Sektoren, wie beispielsweise Energie, Transport oder Tourismus. Hier gibt es noch viel Forschungsbedarf. Ein zweites Problem sind die Auswirkungen des GATS für die nationale Regulierungskompetenz. Die Verhandlungen arbeiten daran, schärfere Regeln für innerstaatliche Regulierung zu entwerfen. So könnten vermehrt Umweltschutzregeln vor dem Schiedsgericht als Handelshemmnis angegriffen werden. Solange keine umfassende Folgenabschätzung (im Sinne nachhaltiger Entwicklung) vorliegt, dürfe nicht weiter verhandelt werden. Türk und Fuchs wandten sich gegen weitere Investitionsregeln im GATS und traten für weite umweltpolitische Ausnahmeregelungen ein. Christine Elwell vom kanadischen Sierra Club berichtete ergänzend über die Probleme, die die Liberalisierung der Wasserversorgung mit sich bringt.

Entwicklungspolitische Fragen diskutierte K. T. Suresh (Equations, Indien) anhand des Tourismussektors. GATS bedrohe die lokale Selbstverwaltung in ihrem effektiven Einfluss. Die Kommunen wissen nicht, was ihre nationalen Regierungen bei der WTO verhandeln. Tourismus wird von westlichen Großunternehmen dominiert; sie machen 80% des Weltmarktes aus und setzen ihre Marktmacht zu ihrem Vorteil ein. Man müsse sich immer fragen, wer Gewinne aus der Liberalisierung ziehe. Die lokalen Gemeinschaften gingen fast leer aus, während die Großunternehmen ihre Gewinne in die entwickelten Länder zurückholten. Indien habe von GATS nicht profitiert. Der aktuell diskutierte Tourismus-Annex spreche die fundamentalen GATS-Probleme nicht an und berge die Gefahr einer beschleunigten Liberalisierung.

Montagabend nach dem kleinen Buffet erschien ein besonderer GATS: ARD-Intendant Fritz Pleitgen trat engagiert für kulturelle Nachhaltigkeit und den Erhalt

des europäischen Rundfunkmodells ein. Audiovisuelle Dienstleistungen wie Hörfunk und Fernsehen seien nicht nur ökonomische Dienste. Pleitgen warb für die Idee, GATS mit einem kulturellen Abkommen im Rahmen der UNESCO zu verknüpfen.

Auf die gesellschaftlichen Auswirkungen des GATS ging auch Clare Joy von der englischen World Development Movement ein. Unter dem Titel „GATS und Demokratie“ beleuchtete sie zunächst das enge Verhältnis von Wirtschaft und Handelsdiplomaten. Ihre Sorge galt den öffentlichen Dienstleistungen: bei GATS werden Bildung, Gesundheit oder Wasserversorgung nur noch als Exportprodukte gesehen statt als grundlegende Menschenrechte. Diese „basic services“ sollten aber nach Bedürfnis verteilt werden, nicht nach Kaufkraft. GATS sei schließlich eine Gefahr für die Demokratie, weil es die Regulierungsfähigkeit der Regierungen aushöhle. Erstens erfordern theoretisch mögliche Liberalisierungsbeschränkungen in einzelnen Sektoren große Voraussicht und Kapazität. Sie werden außerdem später Ziel neuer Liberalisierungsverhandlungen. Zweitens laufen die neuen Verhandlungen über innerstaatliche Regulierung auf stärkere Kontrollmöglichkeiten der WTO hinaus.

#### Für das GATS

Es gab jedoch auch andere Stimmen: Jolita Butkeviciene (UNCTAD) zeichnete ein viel positiveres Bild des GATS. Es sei sehr flexibel und die Entwicklungsländer sollten es für sich nutzen. Im Tourismusbereich seien aber neue Regeln gegen wettbewerbswidrige Praktiken der Großunternehmen nötig.

Dietrich Barth von der EU-Kommission zeigte sich überzeugt, dass Liberalisierung Vorteile bringe. GATS sei ein Handelsabkommen, das man nicht für alle ökologischen oder sozialen Probleme verantwortlich machen könne. Herr Leier aus dem Wirtschaftsministerium wurde deutlicher: es gehe um wirtschaftliche Interessen. Auf die ökologischen oder sozialen



Folgen des GATS gingen die GATS-Befürworter kaum ein oder wiegelten ab. Stattdessen wiesen sie immer wieder darauf hin, dass auch die Regierungen der Entwicklungsländer für GATS und die Liberalisierung des Dienstleistungshandels seien.

Außerdem werde GATS von legitimierten Regierungen verhandelt. Barth betonte, das Europaparlament (EP) sei immer eingebunden. Dem widersprach jedoch Steve Emmot, WTO-Referent für die grüne Europafraktion: Das EP habe keine Kompetenz in der Handelspolitik und werde nur unzureichend informiert. Peter Wahl (WEED) kritisierte das Demokratie-defizit in der internationalen Politik: Demokratie bedeute auch Gewaltenteilung. Auf internationaler Ebene setze die Exekutive ihre Regeln selbst, ohne ein parlamentarisches Gegengewicht. Der Hinweis auf souveräne Staaten als Verhandlungsführer reiche deshalb nicht.

Patrick Kerneis vom European Services Forum behauptete, Liberalisierung sei gut für Entwicklung. GATS erlaube es den Mitgliedern, die eingegangenen Verpflichtungen selbst zu wählen. Auf die Machtasymmetrien in der WTO und ihre Intransparenz ging er nicht ein. Stattdessen griff er die NGOs an, dass sie nur

Kritik äußern, aber keine positiven Alternativen aufzeigen würden. Gegen diese Totschlagargumente regte sich Protest: zum einen gab es einzelne Reformvorschläge; zum anderen sei auch eine Forderung, Sektoren wie Bildung oder Gesundheit nicht zu liberalisieren, eine positive Alternative.

Differenzierter zeigte sich Herr Jaeckel vom Umweltministerium: Es gebe bislang zu wenig Untersuchungen über die Folgen von Dienstleistungsliberalisierungen. Beispiele zeigen aber, dass Liberalisierung ohne flankierende Maßnahmen zu negativen Ergebnissen führe, auch ökonomisch betrachtet. Die EU-Folgenabschätzung (Sustainability Impact Assessment) müsse parallel zu den Verhandlungen durchgeführt werden und die Ergebnisse müssen berücksichtigt werden.

#### Perspektiven

Alles in allem war die Konferenz anregend und erfolgreich: sie förderte den Austausch zwischen unterschiedlichen GATS-kritischen Gruppen, die Weiterentwicklung der Positionen und die Vernetzung. Die staatlichen Vertreter zeigten sich aber einer kritischen Perspektive wenig aufgeschlossen. Eine breitere öffentli-

che Diskussion anzuregen, ist also dringend notwendig.

Deshalb wurden nach dem Konferenzende zwei interne Workshops angeboten: In dem einen trafen sich GATS-AktivistInnen aus verschiedenen Ländern, um ihre Strategien und Aktionspläne zu koordinieren. Der zweite Workshop wandte sich an diejenigen, die sich erst kurz mit dem GATS beschäftigt hatten und wissen wollten, wie und wo man sich engagieren kann. Unterschiedliche Aktionsforen (Mitgliedschaft bei NGOs, Lokalgruppen von ATTAC, AG Handel) wurden vorgestellt und erläutert. Den Abschluss bildete eine kurze Präsentation und Diskussion der Gegenstrategien, mit denen NGOs immer stärker konfrontiert werden. Als Folge des erfolgreichen Widerstands in Seattle versuchen Unternehmen, PR-Agenturen, aber auch die WTO selbst offensiver gegen NGOs vorzugehen.

Die Workshops zeigten, dass die Besorgnis über GATS immer weitere Kreise zieht und die internationale Zivilgesellschaft diese Kritik gemeinsam vorantreiben wird.

Uli Müller

Der Autor ist Mitglied der AG Handel des Forum Umwelt & Entwicklung

## AG Biologische Vielfalt

# Zugang zu genetischen Ressourcen

## Die neue Verhandlungsrunde der CBD wird in Bonn stattfinden

Die AG Biologische Vielfalt des Forum Umwelt & Entwicklung befasst sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit dem Thema ‚access & benefit sharing (ABS)‘, also dem Zugang zu genetischen Ressourcen und der gerechten Aufteilung der (finanziellen) Vorteile. Hierzu wird im Oktober in Bonn eine große Veranstaltung stattfinden.

Lange Zeit fristete das Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (CBD) ein Schattendasein in der deutschen Politik und Öffentlichkeit. Dabei gilt es schon lange als politisch hochbrisantes Abkommen, da die CBD neben den „klassischen“ Zielen des Natur- und Arten-

schutzes ein viel weiteres Spektrum an Optionen zum Schutz und zur Nutzung der Biologischen Vielfalt in allen ihren Elementen von der genetischen bis ökosystemaren Ebene anbietet. Zur Ausgestaltung dieser Optionen haben die Mitgliedsstaaten bislang drei große Diskussions- und Verhandlungsrunden beschlossen:

- Die Arbeitsgruppe zur Biologischen Sicherheit (basierend auf Artikel 19.3 und dem Beschluß II/5) konnte im Januar 2000 das völkerrechtlich verbindliche Biosafety-Protokoll beschließen.
- Die Arbeitsgruppe zum Artikel 8j (Schutz und Nutzung des Wissens indigener und lokaler Bevölkerung über den Umgang mit biologischen Ressourcen,

basierend auf Beschluß IV/9) startete 1999 mit Beratungen, die in einem Katalog von Empfehlungen münden könnten.

- die Arbeitsgruppe Zugang und Vorteilsaufteilung (access & benefit sharing, ABS; basierend auf Beschluß V/26) wird zum ersten Mal im Oktober 2001 in Bonn tagen. Ihr Auftrag ist es Richtlinien oder andere internationale Instrumente zu erarbeiten, mit denen die Vorgaben der CBD im Bereich ABS umgesetzt werden können.

#### Die erste Verhandlungsrunde

wird vom 22. bis zum 26. Oktober 2001 in Bonn stattfinden, es werden 700 bis 1000 Teilnehmer erwartet. Es geht da-



bei nicht nur darum, wer unter welchen Bedingungen genetisches Material aus anderen Ländern für eigene Zwecke benutzen darf. Sondern die Regierungen müssen sich ebenfalls auf Regeln einigen, die einen gerechten Ausgleich der (finanziellen) Vorteile zwischen den Nutzern und den Ursprungsstaaten sowie den Bevölkerungsgruppen gewährleisten, die zur Erhaltung dieser Ressourcen beitragen.

**Biopiraterie - eine neue Form des Nord-Süd-Konfliktes**

In der Öffentlichkeit hat sich vor allem ein Begriff eingeprägt, der seit 1994 als eine Wortschöpfung der nordamerikanischen NRO RAFI schlagwortartig die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Staaten mit großer Biodiversität - zumeist Entwicklungsländern - und Sta-

ten mit mächtiger Bio- und Gentechnikindustrie und -forschung – zumeist Industriestaaten – benennt: Biopiraterie.

Vor allem in den USA ist es möglich und landläufige Praxis, genetische Ressourcen inklusive des mit ihrer Nutzung verbundenen Wissens zu patentieren, ohne dass ein Vorteilsausgleich stattfindet. Als Gründe gelten neben den rechtlichen Vorgaben der Patentgesetzgebung vor al-

**Optionen zu Access & Benefit Sharing in der CBD  
Welches sind die Vorgaben für Zugang und Vorteilsaufteilung?**

| Themenbereich  | Zugang   | Vorteilsaufteilung  |
|--|--|---|
| Traditionelles Wissen<br>Art 8j                                | <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat wird im Rahmen innerstaatlicher Rechtsvorschriften die breitere Anwendung traditionellen Wissens mit Billigung und unter Beteiligung der Wissensträger begünstigen.</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat wird im Rahmen innerstaatlicher Rechtsvorschriften die gerechte Teilung der aus der Nutzung des traditionellen Wissens entstehenden Vorteile fördern.</li> </ul>  |
| Genetische Ressourcen (GR)<br>Art 15                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat bemüht sich, den Zugang zu GR für eine umweltverträgliche Nutzung durch andere Mitgliedsstaaten zu erleichtern.</li> <li>◆ Geberstaaten sind entweder Ursprungsländer oder haben die GR CBD-gerecht erworben</li> <li>◆ Zugang erfolgt zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen</li> <li>◆ Zugang zu GR bedarf der vorherigen Zustimmung</li> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat bemüht sich, die Forschung mit GR unter Beteiligung und in dem Ursprungsland durchzuführen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat ergreift gesetzliche, administrative und politische Maßnahmen, Vorteile aus der Nutzung der GR mit dem Ursprungsland ausgewogen und gerecht unter einvernehmlich festgelegten Bedingungen zu teilen</li> </ul>  |
| Ergebnisse bio- und gentechnischer Forschung<br>Art 19.1, 19.2 |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat ergreift gesetzliche, administrative und politische Maßnahmen, um das Ursprungsland, insbesondere Entwicklungsländer, an der biotechnologischen Forschung an der GR zu beteiligen</li> <li>◆ Jeder Mitgliedsstaat ergreift alle durchführbaren Maßnahmen, um den vorrangigen Zugang des Ursprungslandes, insbesondere der Entwicklungsländer, zu Ergebnissen und Vorteilen der Biotechnologien, die sich aus der Nutzung der GR ergeben, ausgewogen und gerecht, unter einvernehmlich festgelegten Bedingungen zu fördern und zu erleichtern</li> </ul> |





- Erste Informationen zum Thema "Access & Benefit Sharing" (ABS) bieten die Internetseiten der CBD unter: <http://www.biodiv.org/socio-eco/benefit/default.asp>
- Einführung und Fallstudien (vgl. Tabelle 1) unter: <http://www.biodiv.org/socio-eco/benefit/case-studies.asp>
- First Panel of Experts, Oktober 1999 San José, Costa Rica <http://www.biodiv.org/socio-eco/benefit/ab-pe-01.asp>
- Second Panel of Experts, März 2001, Montreal, Kanada <http://www.biodiv.org/socio-eco/benefit/ab-pe-02.asp>

lem die politisch gewollte strukturelle Schwäche des US Patentamtes. Zahlreiche Patentanträge werden genehmigt, obwohl ihr rechtswidriger Charakter schon bei oberflächlicher Analyse deutlich wird. Es bleibt nur ein Weg zur Aberkennung des Patentschutzes: die Klage gegen den Antragssteller, die unkalkulierbare finanzielle Risiken mit sich zieht. Es gilt also das Recht des Stärkeren, des Reichereren - der Ausdruck Biopiraterie ist treffend gewählt.

#### Aktivitäten des FUE

Die AG Biologische Vielfalt des Forum Umwelt & Entwicklung wird in diesem Jahr ihren Arbeitsschwerpunkt auf den

Themenbereich ABS legen. Als Auftakt wurde am 11. Mai in Zusammenarbeit mit BUKO Agrar-Koordination, INFOE und dem Klimabündnis in Frankfurt ein NRO-Seminar mit internationalen Gästen zum Thema durchgeführt.

Auf der Tagesordnung standen:

- Einführung - François Meyenberg, Erklärung von Bern, Schweiz
  - Problematik und Lösungsvorschläge aus Sicht indigener Organisationen - José Nain Pérez, Consejo de Todas las Tierras Mapuche & Internationales Indigenes Forum Biodiversität, Chile
  - Traditionelle Strategien zur Lösung von Konflikten bei der Nutzung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen - Peter Toh Nja'ah, Ecumenical Youth Peace Initiative Commission, Kamerun
  - ABS-Gesetzgebung in Südafrika & das NGI/Ball-Abkommen - Mariam Mayet, Biowatch, Südafrika
- Die Beiträge werden in einer FUE-Publi-

kation auf deutsch veröffentlicht. Die Informationen des Seminars und Ergebnisse der Diskussionen in Frankfurt und innerhalb der AG Biologische Vielfalt werden zudem genutzt, um bis zum Sommer einen Entwurf für ein Positionspapier deutscher NRO im Bereich ABS zu erarbeiten und abzustimmen. Dieses Positionspapier wird in deutsch, englisch und spanisch vorliegen.

Im Vorfeld der ABS-Arbeitsgruppe wird vom 15. bis 19. Oktober in Bonn das 6. Internationale Indigene Forum Biodiversität durchgeführt, welches neben der Fortentwicklung der Diskussionsprozesse innerhalb der indigenen Völker auch dazu beitragen wird, deren Anliegen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und weitere Kontakte zu deutschen und anderen NRO zu knüpfen. In der Vorbereitung sind als Mitglieder der AG Biologische Vielfalt sowohl das Klimabündnis als auch INFO E beteiligt. *Hartmut Meyer*

Der Autor ist Koordinator der AG Biologische Vielfalt des Forum Umwelt & Entwicklung

## ABS-Fallstudien beim CBD-Sekretariat eingereicht von internationalen und Nichtregierungsorganisationen

- Access to genetic resources: An evaluation of the development and implementation of recent regulation and access agreements  
*Columbia University School of International and Public Affairs, Environmental Policy Studies, Working Paper #4*
- Bioprospecting in practice: A case study of the Suriname ICBG Project and benefits sharing under the Convention on Biological Diversity  
*Guerin-McManus, Marianne, Famolare, Lisa M., Bowles, Ian A., Malone, Stanley A.J., Mittermeier, Russel A. and Rosenfeld, Amy B.*
- Botanic Garden's collections and the CBD - Rio de Janeiro Botanic Garden case study  
*Pereira, Tânia Sampaio*
- Case studies from Cameroon: Contrasting benefit-sharing in the pharmaceutical and phytomedical industries  
*Laird, Sarah and Lisinge, Esterine*
- Case study no. 6: Bioprospecting: The impossibility of a successful case without a cartel  
*Vogel, Joseph Henry*
- Communal tenure, motivational dynamics and sustainable wildlife management in Zimbabwe  
*Madzudzo, Elias*
- Mechanisms for benefit sharing: Nigerian case study for the Convention on Biological Diversity  
*Moran, Katy*
- Sharing with the Kanis: A case study from Kerala, India  
*Anuradha, R.V.*
- The access and benefit-sharing policies of the United States National Cancer Institute: A comparative account of the discovery and development of the drugs Calanolide and Topotecan  
*ten Kate, Kerry and Wells, Adrian*
- The Genetic Resources Recognition Fund of the University of California, Davis  
*ten Kate, Kerry and Collis, Amanda*
- The International Cooperative Biodiversity Group: Drug development and biodiversity conservation in Africa: Case study of a benefit-sharing plan  
*Iwu, M. and Laird, Sarah A.*
- The International Cooperative Biodiversity Groups (ICBG) program  
*Rosenthal, Joshua P.*
- The role of a Fijian community in a bioprospecting project  
*Aalbersberg, William G., Korovulavula, Iso, Parks, John E. and Russell, Diane*
- Towards a law on the access and use of genetic resources in Mexico  
*Torres Nachon, Claudio and Cantoe, Gaby, Center for Environmental Law and Economic Integration of the South, DASSUR*
- Yellowstone National Park and the Diversa Corporation Inc  
*ten Kate, Kerry, Touche, Laura and Collis, Amanda*



AG Handel

# Die Agrarverhandlungen in der WTO

## *Die halbherzige Position der EU beim Umweltschutz*

**Wie in der letzten Ausgabe des Rundbriefs berichtet (s. Rundbrief Nr. 1 2001, S. 8-10), spielen die sogenannten "Nicht-handelsbezogenen Anliegen" (non-trade-concerns - NTC) eine zentrale Rolle bei den derzeit laufenden WTO- Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Weltagrarhandels. Eine interessante Frage ist hierbei, inwieweit Umweltschutzbelange berücksichtigt werde.**

Während die Mehrzahl der Entwicklungsländer die Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährungssicherheit betont, und die Anpassung der Regeln des Agrarabkommens fordern (vgl. o.g. Artikel zu entsprechenden Forderungen und für eine Darstellung des bestehenden Abkommens), konzentrieren sich Industriestaaten wie die EU, Japan, Norwegen und die Schweiz auf die Bedeutung der Landwirtschaft für die Erhaltung der Kulturlandschaft, der Biodiversität und die ländliche Entwicklung. Sie argumentieren, dass diese Leistungen für die Gesellschaft den Charakter "öffentlicher Güter" haben, für die kein Markt existiert. Daher sind staatliche Eingriffe notwendig, um ihre Bereitstellung zu sichern.

Im Agrarabkommen der WTO wird diese Besonderheit insoweit anerkannt, als sehr viel weitergehende Subventionen für die Landwirtschaft zulässig sind, als im allgemeinen Subventionsabkommen in der WTO, das alle anderen Sektoren regelt. Die im Anhang zwei des Agrarabkommens definierte "green-box" bezieht sich allerdings nur in einem von 13 Abschnitten auf umweltpolitische Ziele. Die grüne Farbe stammt vom grünen Licht der Ampel, nicht von einer naturnahen Landwirtschaft. Alle Maßnahmen der green-box unterliegen der Bedingung, dass sie aus öffentlichen Haushalten finanziert werden müssen, die Preise nicht direkt beeinflussen und folglich keine, oder höchstens minimale handelsverzerrende Wirkungen haben dürfen. Für Umweltprogramme gilt zusätzlich die Auflage, dass sie klar spezifizierten Umweltzielen dienen müssen, und Zahlungen nicht über die Kompensation der zusätzlichen Kosten oder entgangenen Erträge hinaus

gehen dürfen, die durch die Teilnahme an dem Programm entstehen.

Die Mitgliedsländer der WTO sind verpflichtet, ihre Unterstützungsleistungen für die Landwirtschaft, auch im Rahmen der green-box, jährlich beim WTO- Sekretariat anzugeben (Notifikation). Zwischen, 1995 und 1998 haben 47 Länder Maßnahmen im Rahmen der green box notifiziert, davon 20 Maßnahmen im Rahmen von Agrarumweltprogrammen.

1996 wurden insgesamt Ausgaben in Höhe von 127 Mrd. US-\$ für green-box-Maßnahmen notifiziert, davon entfielen 7,5 Mrd. US-\$ oder 5,9% auf Agrarumweltprogramme. Die mit Abstand höchsten Ausgaben für diese Programme gab die EU mit über 5 Mrd.US-\$ oder 68% der gesamten notifizierten Umweltausgaben an. So eindrucksvoll diese Zahl auch erscheint, sie macht zugleich nur 3,7% der gesamten internen Unterstützung aus, die die EU bei der WTO notifiziert hat. Für Exportsubventionen gab die EU im selben Jahr deutlich mehr, nämlich fast 6,7 Mrd. US-\$ aus. Zusammen tätigen die EU, Japan, die Schweiz und die USA 95% aller Ausgaben für Agrarumweltprogramme. Die bisherigen EU-Richtlinien, sehen eine Anreizkomponente vor, also Zahlungen, die über die unmittelbare Kosten für die Teilnahme an den Programmen hinausgehen. Dies steht zwar im Widerspruch zum Agrarabkommen, bisher hat aber noch kein anderes Mitglied ein entsprechendes Verfahren bei der WTO angestrengt. Neben der vergleichsweise geringen Ausgabenhöhe ist dies sicher auch auf die "Friedensklausel" in Art. 13 des Agrarabkommens zurückzuführen, die "gebotene Zurückhaltung" bei der Einleitung von Schiedsverfahren verlangt. Da Umfang und Bedeutung der an Umweltauflagen gebundenen Zahlungen bereits im Rahmen der Agenda 2000 wachsen, und dies zumindest nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft noch sehr viel stärker tun sollen, ist nicht davon auszugehen, dass die andren WTO-Mitglieder dies weiterhin tolerieren werden. Gerade dann, wenn die Anreizkomponente verstärkt wird, was im Sinne einer raschen "Agrarwende" hin zu einer naturnahen Landwirtschaft wünschenswert ist, ist mit Klagen zu rechnen.

In diesem Zusammenhang erscheint es auf den ersten Blick überraschend, dass

die EU in ihrem Verhandlungsvorschlag zwar den Tierschutz als zusätzliches Ziel in die Liste der NTC aufgenommen sehen will, ansonsten aber keine konkreten Änderungen im Bereich des Umweltschutzes fordert. Vielmehr sollen alle Maßnahmen in der "green-box" überprüft werden um sicherzustellen, dass sie höchstens minimal handelsverzerrend sind. Dies solle auch für den Umweltschutz gelten. Eine Änderung der Umweltbestimmungen in der green-box wird nicht verlangt. In anderen Bereichen legt die EU deutlich weniger Wert auf das Kriterium der "minimalen Handelsverzerrung". Die Beibehaltung der blue-box rechtfertigt sie einfach damit, dass diese "weniger" handelsverzerrend sei als andere Maßnahmen, wie die direkte Preisstützung. Für die Beibehaltung der Exportsubventionen wird überhaupt keine Begründung angeführt - sie wäre wohl auch schwer zu finden gewesen. Immerhin erklärt sich die Kommission großmütig bereit, über eine weitere Reduktion zu verhandeln, wenn auch die US-Exportkreditprogramme der WTO-Disziplin unterstellt werden. Geradezu peinlich geriet der Versuch des Agrarkommissars Fischler, den höchstens graduellen Abbau der Exportsubventionen während eines "Dialogs" mit der Zivilgesellschaft zu rechtfertigen: Die vollständige Abschaffung widerspräche dem Verhandlungsmandat im Art. XX des Agrarabkommens, der von einem Prozess fortschreitender Liberalisierung spreche. Geben man dies auf, wäre das ganze "Paket" des Art. XX in Frage gestellt, einschließlich der Berücksichtigung der Non-trade Concerns. Angesichts der Tatsache, dass die EU mittlerweile das einzige WTO-Mitglied ist, das in nennenswertem Umfang Exportsubventionen einsetzt, und zugleich zu den stärksten Verfechtern der non-trade-concerns gehört, wird deutlich, dass die Kommission mit diesen widersprüchlichen Vorschlägen vor allem versucht den konträren Interessenlagen innerhalb der EU gerecht zu werden. Einerseits eine Agrar- (industrie) Lobby die nach wie vor auf die Eroberung und Verteidigung von Exportmärkten setzt, andererseits eine zunehmend kritische Öffentlichkeit, die aufgerüttelt durch BSE und MKS eine naturnähere und extensivere Landwirtschaft fordert. So lange die EU, und das heißt vor allem die Regierungen



und Parlamente der Mitgliedstaaten, nicht eine klare Entscheidung treffen, wird die Kommission ihren Eiertanz bei der WTO fortsetzen müssen. Und zur Zeit scheinen die agrarindustriellen Exportinteressen noch zu dominieren. Eine glaubwürdige Reform der Agrarpolitik ist nicht auf die Verteidigung von Export- und blue-box-Subventionen angewiesen, ebensowenig wie auf das Dogma der minimalen Handelsverzerrung bei Agrarumweltprogrammen. Sinnvoller wäre es, die EU würde sich durch die Aufgabe der ersten beiden Instrumente weiteren Spielraum schaffen, um Anreize für den Umstieg auf eine umweltverträglichere Landwirtschaft zu gewähren. Für diese Position ließen sich auch unter den EL sicherlich mehr

Verbündete finden, als für den derzeitigen defensiven Kurs der Verteidigung überholter Instrumente.

Jordanien gibt beispielsweise überzeugendes Beispiel für Multifunktionalität: Olivenhaine stellen in den trockenen Berggebieten des Landes fast die einzige Form der landwirtschaftlichen Aktivität dar, bilden damit eine wichtige Einkommensquelle für arme Bevölkerungsgruppen. Da Jordanien fast keine natürlichen Wälder besitzt haben Olivenhaine eine wichtige Funktion als Naherholungsgebiete und tragen in der Regenzeit zum Erosionsschutz bei. Angesichts relativ hoher Produktionskosten gefährden Zollsenkungen für Olivenöl den Fortbestand dieser Produktionsweise. Jordanien ist es

aufgrund der angespannten Lage des Staatshaushalts nicht in der Lage, direkte Einkommensbeihilfen zu leisten, daher bleibt nur handelsverzerrender Außenschutz als Möglichkeit die Olivenbauern durch höhere Preise zu unterstützen. Langfristig sollte die EU anstreben, die "höchstens minimale Handelsverzerrung" als Kriterium für die Zulässigkeit von Unterstützungsmaßnahmen zu ersetzen durch die Frage, ob Maßnahmen geeignet darauf abzielen, "non-trade-concerns" zu befördern.

*Tobias Reichert*

Der Autor ist einer der Mitarbeiter der Projektstelle Handel im Forum Umwelt & Entwicklung und einer der Koordinatoren der AG Handel

## AG Landwirtschaft & Ernährung

# Welternährung, ein alter Hut?

**Das Sektorvorhaben "Aktionsprogramm Welternährung" des BMZ hat sich konstituiert und tritt jetzt in die Arbeitsphase ein (vgl. Rundbrief 1/2001) Das Forum Umwelt und Entwicklung war aufgerufen, sich als Vertretung der NGOs aktiv an der Ausgestaltung des Vorhabens zu beteiligen. Die AG-Landwirtschaft hat diese Beteiligung übernommen.**

Als das Sektorvorhaben "Aktionsprogramm Welternährung" ins Leben gerufen wurde bestand die Hoffnung auf einen Schulterchluss von Ministerium, Wissenschaft und NGOs um diesem wichtigen Thema wieder einen angemessenen Stellenwert zu geben. Alle anwesenden Fachleute waren sich einig darüber, dass es zwar Aufmerksamkeit verdient aber dass in der Öffentlichkeit sowie in der Fachöffentlichkeit zur Zeit genau der gegenteilige Prozess stattfindet.

Natürlich ist es spannender sich mit neuen Bereichen der Entwicklungspolitik wie Friedens- und Konfliktforschung, Konfliktprävention, Nothilfeprogrammen oder WTO-Fragen zu beschäftigen. Davon abgesehen, dass diese Fragen natürlich wichtig sind, erleben die Ernährungs-

fachleute zur Zeit wie ihr Thema zum "alten Hut" in der Entwicklungsdiskussion wird. So wurde zum Beispiel vor einem Monat der BMZ-Haushaltstitel "integrierte Ernährungssicherung" der mit 30 Mio. DM ausgestattet war, zugunsten von Friedenssicherung, Nothilfeprogrammen und anderen Maßnahmen gestrichen. Das Thema wird zwar weiter als wichtig erachtet, aber nicht mehr so wichtig, dass ihm auch Finanzen zugeordnet werden. Unter den Entwicklungsfachleuten ist ein schleichender Bewusstseinsverlust gegenüber dem hochkomplizierten Problem des Hungers zu beobachten.

Das Sektorvorhaben ist auch ein Versuch des "Inhouselobbying". Das Thema Ernährungssicherung muss in der aktuellen Armutsdiskussion ebenso eine Rolle spielen, wie bei den Themen Gentechnologie, Trips oder Zugang zu Land, Bildung, Krediten usw.

In der AG-Landwirtschaft, die das Sektorvorhaben "Welternährung" des BMZ begleitet, wurde beschlossen, ein gemeinsames Vorgehen der NGOs anzustreben und das Bündnis, das schon den ersten Welternährungsgipfel in Rom vorbereitet



hat, wieder zu aktivieren. Dazu sind verschiedene Veranstaltungen geplant, auf die wir noch im einzelnen hinweisen werden.

Ein Planungstreffen wird am 3./4. Juli, eine weitere Veranstaltung am 7. September 2001 im Anschluss an die VISION 2020-Konferenz im Haus der Evangelischen Kirche in Bonn stattfinden. Hier soll eine nationale NGO-Position und Strategie diskutiert werden.

Alle sind herzlich eingeladen mitzumachen, damit das Thema Hunger nicht zum "alten Hut" wird.

*Nicole Podlinski*

Die Autorin ist eine der Koordinatorinnen der AG Landwirtschaft & Ernährung des Forum Umwelt & Entwicklung



AG Wasser

## Internationale Wasserkonferenz

*Von Rio nach Johannesburg über Bonn*

**Vom 3.- 7. Dezember 2001 findet in Bonn die Internationale Wasserkonferenz 'Water for the Poor - Sustainable Solutions to the Water Crisis' statt. Die Bundesregierung hat sich im April 1998, auf der 6. Konferenz der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung, als Gastgeber für die Wasser-Konferenz angeboten.**

**W**ater for the Poor' reiht sich ein in eine Serie von Veranstaltungen, die sich seit 1992 mit dem Thema Wasser und Nachhaltige Entwicklung beschäftigen und soll den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (Rio +10) in 2002 in Johannesburg / Südafrika mit vorbereiten. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sind die verantwortlichen Ministerien. Für die Umsetzung der Konferenz und der vorbereitenden Aktivitäten ist das Konferenzsekretariat in Bonn zuständig.

### Ziele und Themen

Die Konferenz will Lösungen aufzeigen, mit denen die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat, bis zum Jahr 2015 halbiert werden kann. Ziele sind u.a. die Überprüfung von Fortschritten in der Implementierung von Süßwasser bezogenen Zielen wie sie in der Agenda 21 formuliert wurden (Kapitel 18) sowie die Identifizierung von noch bestehenden Hindernissen und die Definition von notwendigen Aktionen, die dazu beitragen, die Millennium Declaration der Vereinten Nationen umzusetzen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung auf die Konferenz wurden 5 Themen definiert:

- Innovative Strategien für die Wasserversorgung für die Armen
- Schutz von Wasserressourcen, Prävention vor Verschmutzung
- Konkurrierende Wassernutzungen: Wasser für Ernährung/Landwirtschaft, Wasser für die Natur
- Grenzüberschreitende Wassernutzung
- Überschwemmungen und Dürre

Als Querschnittsthemen werden unter anderem Governance, Management, Sta-

tholder Partizipation, neue Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie Mobilisierung finanzieller Ressourcen und Genderfragen behandelt.

### Multistakeholder - Dialogue

Um eine breitere Beteiligung verschiedener Interessensgruppen zu ermöglichen, hat das Steering Komitee beschlossen, den 'Multistakeholder Dialogue' als zusätzliches Konferenzelement einzuführen. In zwei jeweils dreistündigen Sitzungen erhalten verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft wie Firmen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Basisbewegungen etc. die Möglichkeit, kontroverse Themen zu diskutieren und die Ergebnisse in die Konferenz einzubringen. Mit der Organisation dieses Dialoges wurde UNED Forum beauftragt, eine aus verschiedenen Interessensgruppen gebildete Nichtregierungsorganisation, die als Folge der Rio-Konferenz entstanden ist und die sich hauptsächlich mit Fragen der Nachhaltigen Entwicklung innerhalb des UN-Systems befaßt.

Zur Vorbereitung dieses Dialoges wird derzeit ein internationales Advisory Committee gebildet, das sich in Telefonkonferenzen auf Themen und teilnehmende Interessensgruppen einigen soll.

### Wo bleiben NROs und Basisbewegungen?

Die überwiegende Anzahl der Delegierten wird sich aus RegierungsvertreterInnen und internationalen Organisationen zusammensetzen. Nichtregierungsorganisationen brauchen für ihre Teilnahme eine Akkreditierung. Die Teilnahme als BeobachterIn ist ebenfalls möglich.

Trotz des Konferenztitels 'Water for the poor' ist die intensive Beteiligung von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen aus den Betroffenen Ländern derzeit mehr Wunsch als Realität. Die Organisatoren weisen darauf hin wie wichtig ihnen diese Beteiligung ist und stellen für TeilnehmerInnen aus dem Süden Gelder für Reisen zur Konferenz zur Verfügung. Für die Durchführung einer breiten Debatte oder gar von regionalen Vorbereitungsprozessen sind jedoch kaum Mittel vorhanden.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für NROs, sich an der Konferenzvorbereitung zu beteiligen:

- Kommentierung der Themenpapiere im Internet
- Eigene 'Submissions', die dann auf der Konferenzhomepage einsehbar sind
- Multistakeholder Dialogue - Mitarbeit bei der Auswahl der Dialogthemen, der Vorbereitung der Positionspapiere und der Auswahl der InteressensvertreterInnen
- Teilnahme an der Konferenz als Delegierte oder Beobachter
- Begleitende Ausstellungen und Aktivitäten
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- durch Vorbereitungskonferenzen

Eine weitere wichtige Rolle besteht in der Information der Südpartner. Das Wissen über die Konferenz und ihre Ziele lässt sowohl national als auch international noch deutlich zu wünschen übrig. 6 Monate sind eine kurze Zeit, um NROs und Basisbewegungen zu informieren und zu organisieren. Dies gilt vor allem auch für jene Gruppen, die nicht über die Möglichkeiten zu Telefonkonferenzen und permanenten Internetzugang verfügen.

### Hinweise für Infos / Mitarbeit

Im Februar 2001 hat das Forum Umwelt und Entwicklung die AG Wasser eingerichtet (siehe Rundbrief 1/2001). In den nächsten Sitzungen wird die AG schwerpunktmäßig die Internationale Wasserkonferenz vorbereiten. Unter anderem sollen gemeinsame Positionen und begleitende Aktivitäten zur Wasserkonferenz abgestimmt werden. Weitere InteressentInnen sind herzlich willkommen!

*Birgit Zimmerle*

Die Autorin ist Mitarbeiterin von WEED, Koordinatorin der AG Wasser des Forum Umwelt & Entwicklung und Mitglied im Advisory Committee des Multistakeholder Dialogue

Infos: [www.water-2001.de](http://www.water-2001.de)  
Infos für NGOs zum Thema Wasser im Zusammenhang u.a. von Rio +10 [www.earthsummit2002.org/freshwater](http://www.earthsummit2002.org/freshwater)  
UNED-Forum (Vorbereitung Multistakeholder Dialogue): [www.unedforum.org](http://www.unedforum.org)



AG Wald

# Nationales Waldprogramm Deutschland

*Der Teufel steckt im Detail*

Wie schwierig es ist, die Verpflichtungen aus den internationalen Waldverhandlungen in die Tat umzusetzen, zeigt sich am Prozess zur Erarbeitung des Nationalen Waldprogramm Deutschland. Fast anderthalb Jahre lang hatten unterschiedliche Interessengruppen unter Federführung des Verbraucherschutzministeriums (damals noch BML) versucht, Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der deutschen Waldpolitik zu erarbeiten. Anfang April endlich einigte man sich auf einen "Leitfaden", der die Struktur des Prozesses sowie den Umgang der Teilnehmer miteinander umreißt.

Zuvor hatten eine Reihe von Teilnehmern, darunter eine Gruppe von Wissenschaftlern und auch die Umweltverbände massive Kritik am Prozess geäußert. Die AG Wald erarbeitete dazu den "Appell für ein Nationales Waldprogramm Deutschland", in dem Vorschläge für die Auswahl der Themen und zur Verbesserung des Verfahrens vorgelegt werden.<sup>1</sup>

Nationale Waldprogramme sind dazu gedacht, unter Beteiligung aller Interessengruppen eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie zum Umgang mit Wald zu entwickeln. Derzeit werden solche Prozesse in über 40 Ländern durchgeführt. Aufgrund der Zuständigkeiten der Bundesländer sind in Deutschland dazu auch Landeswaldprogramme geplant. Den Anfang machte vor zwei Jahren Baden-Württemberg, seit Mai 2001 wurde auch in Bayern mit der Erarbeitung eines Waldprogrammes begonnen.



## Waldstrategie unzulänglich

Der Prozess auf Bundesebene hat bisher nicht zu konkreten Handlungsempfehlungen geführt. Das liegt unter anderem daran, daß sich weder die Bundesregierung, noch die zuständigen Ministerien zur Erarbeitung und Umsetzung einer gemeinsamen, sektorübergreifenden und ganzheitlichen Waldstrategie bekannt haben. Ohne ein politisches Mandat aber wird der Erfolg eines jeden Waldprogrammes ungewiß bleiben.

Die Kritik an der Organisation des Prozesses durch das federführende Verbraucherschutzministerium war trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen dennoch berechtigt. Denn die Chance, ein starke Allianz für den Wald zu entwickeln, wur-

de bisher nicht genutzt. Immerhin sind am Prozeß alle 16 Landesforstverwaltungen und die wichtigsten Verbände der Forstwirtschaft, Holzindustrie, des Waldbesitzes und die Umweltverbände vertreten, die auch die Interessen mehrerer Millionen Menschen vertreten. Erst wenn es gelingt, gemeinsame Interessen zu formulieren und an einem Strang zu ziehen, kann eine Allianz für den Wald entstehen, die an die Politik appellieren und den nötigen Druck entwickeln kann, damit die Bundesregierung das Thema Wald ernst nimmt.

## Chancen des Prozesses

Trotz aller Mängel bietet der Prozeß somit auch Chancen. Immerhin wurde klar, daß neben heftigen Meinungsverschiedenheiten zahlreiche gemeinsamen Interessen vorhanden sind, wenn nicht gar überwiegen. Die Aufgabe, den mit Holz konkurrierenden Werkstoffen Aluminium, Beton oder PVC aufgrund ihres immens hohen Energiebedarfes und ihrer teilweise sehr problematischen Entsorgung entsprechend zu belasten (Abbau von Subventionen), dürfte mindestens für Waldbesitzer und Umweltverbände ein gemeinsames Anliegen sein.

Der Auftakt zur zweiten Runde, der Anfang April mit dem 10. Runden Tisch begann, brachte denn auch deutliche Fortschritte. Wesentliche Verfahrensfragen wurden geklärt und verbessert.

Großen Anteil am erreichten Fortschritt hatte eine Gruppe von Wissenschaftlern, die eine "Analyse und Bewertung des bundesdeutschen NFP-Prozesses" (= Nationales Forst Programm) vorlegten und darin auf zahlreiche Mißstände ebenso hinwiesen, wie auf Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens.<sup>2</sup> Vor allem Frank Hofmann, Mitarbeiter des Institutes für Forstpolitik der Uni Freiburg, appel-



lierte in seiner Präsentation der Analyse an die Beteiligten und insbesondere an die Vertreter des Ministeriums, den Prozess nach den Vorgaben der Handlungsempfehlungen des Intergovernmental Panel on Forests (IPF) durchzuführen.

Das Ergebnis des 10. Runden Tisches ist der "Leitfaden", der für die zweite Phase des Prozesses gelten soll und bei Bedarf weiter ergänzt bzw. konkretisiert werden kann:

#### A. Künftige politische Einordnung des Prozesses

- Die möglichst im Konsens erarbeiteten Ergebnisse des Nationalen Waldprogrammes sollen in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht werden. Die Ziele, Maßnahmen, Akteure, Zeitrahmen und Ressourcenbedarf sollen möglichst konkret formuliert und dokumentiert werden. Die angesprochenen Akteure sollen diese Handlungsvorschläge mit den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Instrumenten umsetzen: zum Beispiel eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung, oder Bundesratsinitiativen einiger Bundesländer.
- Im Sinne der Intersektoralität sind hierbei alle Akteure und die relevanten Ressorts der Bundesregierung einzubeziehen (z.B. BMWi, BMU, BMZ).

#### B. Verfahren und Organisation künftiger Runder Tische

- Alle Akteure haben sich ein erforderliches Verhandlungsmandat zu sichern und werden als Teilnehmer genannt. Der NWP-Prozess beruht auf einem partnerschaftlichen Vertrauensverhältnis. Der vorliegende Leitfaden ist bis auf weiteres Verfahrensgrundlage.
- Höchstmögliche Transparenz wird angestrebt, konkrete Zeitpläne für die Einrichtung von Positionspapieren und Stellungnahmen, sowie die rechtzeitige Bereitstellung aller erforderlichen Papiere wurden vereinbart.
- Sollte ein angestrebter Konsens nicht möglich sein, werden abweichende Meinungen auf Wunsch dokumentiert (Minderheitenvotum). Es gibt weder Stimmrechte noch Abstimmungen zu inhaltlichen Fragen.
- Grundlagenpapiere werden von paritätisch besetzten Arbeitsgruppen erstellt, die sich bei Bedarf externer Expertise bedienen. Die Moderation der

Runden Tische wird von externen Kräften übernommen. Dafür wird das Ministerium eine Finanzierung der kommenden 2 Jahre sicherstellen (jeweils 2-3 Plenarsitzungen pro Jahr).

- Sowohl das Monitoring des Prozesses, als auch der Umsetzung der Handlungsvorschläge ist vorgesehen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit werden möglichst gemeinsames Handeln und Positionen genutzt, um eine umfassende und schlagkräftige Allianz für den Wald und seine vielfältigen Funktionen zu bilden.

Nach Verabschiedung des Leitfadens wurde über die anstehenden Fachthemen diskutiert und entsprechende Arbeitsgruppen zu den kommenden Fachthemen gebildet.

#### Bewertung der erzielten Fortschritte

Es hat lange gedauert, bis man sich wenigstens auf diesen Leitfaden einigen konnte. Bis dahin war es ein langwieriger und aufwendiger Lernprozeß. Konkrete Auswirkungen hatte das Ergebnis auf das Bayerische Waldprogramm, das nur wenige Wochen später gestartet wurde. Gemäß dem bekannten Anspruch, anderen ein Stück voraus zu sein, will man dort die Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Bonn nutzen und verabschiedete zu Beginn einen Leitfaden, der auf dem Bonner Ergebnis aufbaut.

Rechtzeitig vor den Wahlen will man dort bis zum März 2002 ein Waldprogramm vorlegen. Inwieweit die Ergebnisse solcher Prozesse in die Tat umgesetzt werden, bleibt allerdings weiter offen. Zwar wurden die Handlungsempfehlungen des Baden-Württemberg Programmes von der dortigen Landesregierung behandelt und es wurde beschlossen, die erarbeiteten Leitsätze bei der Forstpolitik zugrunde zu legen. Auch in Bayern sollen die Ergebnisse dem Ministerrat vorgelegt werden. Papier ist aber bekanntlich gelduldig, und dies zeigt sich schon an der mangelhaften Umsetzung bestehender gesetzlicher Regelungen. Die teilweise sehr guten Waldgesetze auf Bundes- und Länderebene werden bis heute nicht konsequent angewendet. Zwar wird die gleichberechtigte Sicherung aller Waldfunktionen im Gesetz festgeschrieben, gefördert wird aber vorwiegend die holzwirtschaftliche Nutzung des Wälders. Es wird Aufgabe der NGOs bleiben, die

Umsetzung bestehender Regelungen und künftiger Programme einzufordern.

Dies führt uns zu einer weiteren Frage: Wie wichtig und sinnvoll ist es für NGOs, sich an solchen Prozessen zu beteiligen? Zum einen ist die Verpflichtung zur Erarbeitung Nationaler Waldprogramme (NWP) eines der Ergebnisse von Rio. Von den NGOs wäre zu erwarten, sich auch an deren Umsetzung zu beteiligen. Außerdem bieten NWP dem Konzept nach die Chance, eine sektorübergreifende und ganzheitliche Waldstrategie zu erarbeiten.

Auf der anderen Seite gibt es bisher keinerlei Garantien, daß die Ergebnisse solcher Prozesse auch umgesetzt werden. Auch andere Akteure haben wenig Verständnis dafür, ihre Zeit für die Erarbeitung unverbindlicher Positionspapiere zu verwenden. NGOs haben zwar gute Chancen, mit ihren Argumenten die Qualität der Programme entscheidend zu verbessern. Dazu bedarf es aber eines immensen Aufwandes, der von den meisten Umweltverbänden mangels personeller und finanzieller Kapazitäten kaum geleistet werden kann.

#### Ausblick

Es macht durchaus Sinn, sich an einigen der Prozesse auf Bundes- und Länderebene zu beteiligen. Es ist aber rasch zu klären, wie es mit der Verbindlichkeit und Konkretisierung der Handlungsvorschläge aussieht, wann und von wem sie umgesetzt werden sollen, wie die Partizipation geregelt ist und wie für eine Finanzierung dieser Arbeit gesorgt werden kann, damit den Beteiligten wegen des participation overkill nicht vorzeitig die Luft ausgeht. Nur dann ist das immense Arbeitspensum auch für die NGOs - und für den Wald - wirklich sinnvoll.

László Maráz

Der Autor ist Mitarbeiter bei Pro REGENWALD und Koordinator der AG Wald.

<sup>1</sup> László Maráz, Helmut Klein: Appell für ein Nationales Waldprogramm Deutschland. AG Wald im Forum Umwelt & Entwicklung

<sup>2</sup> Frank Hoffmann, Bernd-Markus Liss & Jürgen Pretzsch: "Analyse und Bewertung des bundesdeutschen NFP-Prozesses."



## Weitere Berichte

# Kommissionsmitteilung zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie

*Umweltschutz zentraler Bestandteil, Umweltintegration wird fortgeführt*

Am 15. Mai hat die EU-Kommissionspräsident Romano Prodi den lang erwarteten, in der Endphase mit heißer Nadel (und praktisch ohne Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeiteten) Entwurf für eine EU-Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Die Inhalte der Kommissionsmitteilung sind jedoch weitergehender, als von Umweltverbänden bis zuletzt erwartet - trotz einiger Nachbesserungswünsche sehen die NRO daher den Entwurf als einen guten Einstieg in die EU-Nachhaltigkeitspolitik der letzten Jahre.

Für Furore sorgte eine last-minute-Textergänzung pro Atomkraft. In Deutschland für Furore sorgte die Kommunikationsstrategie Prodis, die den Abbau der Kohlesubventionen auf eine Art ankündigte, die für sofortige Reaktionen in Berlin sorgte. Wie in vorangegangenen Papieren zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie beließ die EU es bei den sechs Themenfeldern Armut und soziale Ausgrenzung; Öffentliche Gesundheit; Demographische Perspektive und die Alterung; Klimaveränderungen und saubere Energien; Erschöpfung der natürlichen Ressourcen; Mobilität und die Nutzung des Raumes. Dabei enthält der Kommissionsvorschlag jedoch vor allem Inhalte zu den vier ökologischen Komponenten, mit der Begründung, zu den anderen beiden Themenfeldern hätten die Regierungschefs auf vorangegangenen Europäischen Räten (vor allem Lissabon) schon Strategien entwickelt.

Als Grundprinzipien betont die Europäische Kommission die politische Kohärenz/Integration der Sektorpolitiken, Aktivitäten auf allen politischen Ebenen und die globale Verantwortung. Die Strategie selber fällt in drei Teile:

### Querschnittsthemen und -maßnahmen:

Genannt werden u.a. die Agrar-, Fischerei-, Verkehrs-, und Kohäsionspolitik. Als Instrumente werden vorgeschlagen:

Marktinstrumente (die Ökosteuer wird an dieser Stelle nicht genannt, dafür aber die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen), Technologie (Forschungsrahmenprogramm, öffentliches Beschaffungswesen und privatwirtschaftliche Initiativen), Öffentlichkeitsarbeit (Partizipationsmechanismen, gesonderte Anhörung der 500 größten Unternehmen, Bildungswesen).

### Ziele und konkrete Maßnahmen:

Zu den von der Kommission vorgeschlagenen Zielen und damit verbundenen Maßnahmen gehört u.a.

- Die Reduktion von Treibhausgasemissionen um -1% zwischen 2012 und 2020;
- Die Einführung einer Richtlinie zur Besteuerung von Energieprodukten bis 2002, die langfristig auf eine volle Kosteninternalisierung abzielen soll;
- Auslaufen von Subventionen auf fossile Energieträger bis 2010;
- Ausbau des Anteils alternativer Treibstoffe, inklusive Bio-Treibstoffe, im Verkehrsbereich auf 7% bis 2010 und 20% bis 2020. Die Kommission will hierzu noch dieses Jahr einen Vorschlag vorlegen, der 2002 verabschiedet werden soll;
- Verbot aller gesundheitsgefährdenden Chemikalien bis 2020;
- Vorlage eines Aktionsplans zu Antibiotika bis Ende 2001;
- Vorlage einer Strategie zum Gesundheits- & Arbeitsschutz bis 2003;
- Abbau der Subventionen für den Tabakanbau;
- EU-Gesetzgebung zur strengen Umwelthaftung bis 2003;
- Einführung von Biodiversitäts-Indikatoren bis 2003 und Einhaltung des Artenschwundes bis 2010;
- Vorlage eines Überwachungssystem der Ressourceneffizienz bis 2003;
- Einfrieren des Anteils des Straßenverkehrs auf dem Niveau von 1998 bis 2010;
- Vorlage eines Rahmensystems für Straßengebühren bis 2002;
- (andererseits) weitere Liberalisierung der Verkehrsmärkte und Investition in fehlende Verkehrsverbindungen.

### Umsetzungsprogramm und Fortschrittsüberwachung:

#### Umweltintegration wird aufgewertet

Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie soll jährlich auf dem Frühlings-Rat der Regierungschefs einer Fortschrittsprüfung unterzogen werden. Dazu soll die Kommission Syntheseberichte vorlegen. Zur Evaluation sollen außerdem weitere Indikatoren festgelegt werden, die aus den in der Kommissionsmitteilung vorgeschlagenen Nachhaltigkeitszielen abgeleitet werden sollen. Alle zwei Jahre soll die jährliche Evaluation durch eine Anhörung der Zivilgesellschaft begleitet werden. Eine umfassende Evaluation soll bei Amtsantritt jeder neuen Kommission durchgeführt werden.

#### Weitere Informationen:

- Nachhaltigkeitsseite der GD Umwelt [europa.eu.int/comm/environment/eussd/index.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/eussd/index.htm)
- Das Beratende Forum der Europäischen Kommission zur Nachhaltigkeit hat ein 7-seitiges Memorandum zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie an den Göteborger Rat gerichtet: [europa.eu.int/comm/environment/forum/Goteborg.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/forum/Goteborg.pdf)

Zur Fortschrittsüberwachung gehört auch die Fortsetzung des Cardiff-Prozesses zur Umweltintegration, die gleichwertig zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den Beschäftigungspolitischen Leitlinien in den Nachhaltigkeitsprozeß einfließen soll – aus Sicht des DNR ein sehr begrüßenswertes Ergebnis, welches von den Regierungschefs in Göteborg politisch mandatiert werden sollte. Die sektoralen Umweltintegrationsstrategien sollen mit den Zielen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie konsistent sein.

### Subventionsdrohung sorgt für Interventionen der deutschen Kohlelobby in Brüssel

Die Anregung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die Subventionen für fossile Brennstoffe bis zum Jahr 2010 auslaufen zu lassen, hat nicht nur Energiekommis-



sarin Loyola de Palacio verärgert, sondern auch in Brüssel für Aufregung gesorgt - Bundesumweltminister Trittin begrüßte den Vorschlag, während Bundeswirtschaftsminister zeitgleich in Brüssel gegen den Vorschlag interveniert. Der Vorsitzende des Ruhrkohle-Konzerns, Karl Starzacher, und der Chef der Bergbau-Gewerkschaft, Hubertus Schmoldt, forderten Kommissionspräsident Prodi in deutlich formulierten Briefen auf, diese Pläne "sorgfältig" zu überdenken. (Quelle: Frankfurter Rundschau) Umweltverbände, u.a. das Europäische Umweltbüro (EEB) hatten die Frist 2010 als zu wenig ehrgeizig bezeichnet, vor allem vor dem Hintergrund, daß diese Subventionen schon lange abgebaut werden sollen.

#### **Last-minute Texteditierung pro Atomkraft**

Zum Entsetzen der NRO, aber auch vieler Regierungen, schafften es gewiefte Atomkraftfreunde, noch in den letzten Tagen eine Passage in die Kommissionsmitteilung einzufügen, die sich für die sichere Weiterentwicklung der Kernenergie ausspricht. Umweltverbände - vor allem FoE-E und Greenpeace - wandten sich umgehend gegen die Formulierung. Derzeit sieht es so aus, als würde sich eine Vielzahl von Regierungen, u.a. auch die Bundesregierung, ebenfalls gegen positive Aussagen zur Atomkraft in Göteborg einsetzen.

#### **Aktivitäten der Zivilgesellschaft zum und um den Göteborger Rat**

Die in Brüssel ansässigen europäischen Umweltverbände (Green 8: EEB, CNE, T&E, FoE-E, WWF, BirdLife, Greenpeace und NFI) haben in einem offenen Brief an die EU-Regierungschef generelle Kommentare zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie eingereicht. Dazu gehört u.a.:

- Entkopplung der Ressourcennutzung, vor allem durch Kosteninternalisierung, Subventionsreform, Öffentlichkeitsbeteiligung und Faktor 4/10-Analysen;
- Gleichstellung des Umweltministerrates mit ECOFIN (Wirtschafts- und Finanzminister) und Sozialministerrat im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen auf den Frühjahrs-Räten;
- Aufwertung der Europäischen Umweltagentur im politischen Prozeß;
- Fortführung der Umweltintegrationsstrategie (Cardiff-Prozess) inklusive regelmäßiger Fortschrittskontrolle durch die Frühjahrsräte;
- Integration von territorial-externen/globalen Effekten;

### **Vorschau auf den Göteborger Rat (15./16. Juni): Regierungschef reden über Nachhaltigkeit und Umweltintegration**

#### **Positionierung der Bundesregierung**

Die deutsche Bundesregierung setzt sich zur Nachhaltigkeitsstrategie vor allem für eine bessere Berücksichtigung der globalen Dimension sowie für ein weiteres Themenfeld "Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft" ein. Die Kommission will jedoch an ihrem Ansatz, die Agrarpolitik als Querschnittsthema unter den anderen Themenüberschriften zu behandeln, festhalten. Dies wird von der Bundesregierung als wenig sinnvoll angesehen, gerade aufgrund der hohen Vergemeinschaftlichung der Agrarpolitik auf EU-Ebene.

Kritik ertete die Bundesregierung von Umweltseite und aus anderen Mitgliedsstaaten für ihre Intervention gegen den Abbau der Kohlesubventionen (s. Artikel zur Nachhaltigkeitsstrategie in Teil 1). Ob und wie die Diskussion zu dem Thema in Göteborg verlaufen wird, war zu Redaktionsschluß noch nicht abzusehen (s. Pressehintergrundinformation zum ECOFIN-Rat der EU-Koordination am 5. Juni im Internet unter [www.dnr.de/neu/dnr\\_news/index\\_en.htm](http://www.dnr.de/neu/dnr_news/index_en.htm)). Begrüßenswert ist, dass sich die Bundesregierung in Göteborg wohl gegen Kernenergie-freundliche Aussagen aussprechen wird, wie sie kurzfristig noch in den Text der Kommissionsmitteilung geraten waren.

- Stärkung der globalen Dimension der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, und Zusammenführung mit der "Rio+10"-Mitteilung (RS /2001) der Kommission;
- Einführung von Nachhaltigkeitsprüfungen und Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfungen (S-UVP) im Rahmen des für den Laekener Gipfel (Dezember 2001) vorgesehenen Aktionsplans zur Verbesserung der gesetzgeberischen Aktivitäten auf EU-Ebene;
- Streichung der in letzter Minute in den Kommissionstext aufgenommenen Passagen zur "Förderung sicherer Atomenergie";
- Verbesserung der Partizipation der Zivilgesellschaft an der EU-Nachhaltigkeitsstrategie;
- Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstrategie, so daß diese wirklich den Titel "Strategie" verdient.

#### **Deutsche Umweltverbände**

Die DNR EU-Koordination im Verein mit DNR-Mitglieds- und Partnerorganisationen sowie mit in Koordination mit den "Green 8" befindet sich im Vorfeld von Göteborg in einem offen geführten Meinungsaustausch mit Bundeskanzleramt, Bundesumweltministerium und Bundestag. Der BUND ist aktiv an der oben dargestellten Konferenz von FoE-E beteiligt. Der WWF Deutschland ist im Rahmen von WWF International zur internationalen Klimapolitik auf und um den Göteborger Gipfel aktiv.

Aktionsbündnis "Göteborg 2001": Das

Aktionsbündnis Göteborg 2001 bereitet den Gegengipfel vor, an dem sich Gruppen aus der Anti-Globalisierungs- und Anti-WTO-Bewegung (u.a. ATTAC), aus Friedens- und Eine-Welt-Gruppen sowie sozialen Gruppen beteiligen. Das Aktionsbündnis ruft zu gewaltfreien Blockaden sowie aufgrund grundlegender Kritik an der EU-Wettbewerbs- und Sozialpolitik zum "Austritt aus der EU" auf. ([www.gbg2001.org](http://www.gbg2001.org))

Im Vorfeld des Göteborger Rates haben sich Europäisches Umweltbüro (EEB), die Naturfreunde Internationale (NFI) und Friends of the Earth Europe (FoE-E) in einem weiteren Brief an die EU-Regierungschefs gewandt, und darin die Ergebnisse einer gemeinsamen Veranstaltung verschiedenster gesellschaftlicher Akteure zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie im April dargelegt. Vom Göteborger Rat erhoffen sich die NRO die Festlegung folgender Zielsetzungen:

- Drastische Reduktion fossiler Energiequellen sowie Umstieg auf Erneuerbare;
- Gesundheitsschutz durch Reduzierung von Gefahrstoffen;
- Schutz der Biodiversität sowie der ländlichen Gebiete;
- Steigerung der Ressourceneffizienz um Faktor 10;
- Armutsbekämpfung und soziale Kohäsion;
- Übergang zu einer nachhaltigen Altersversorgung und hohen Lebensqualität im Alter;





- Stabilisierung des Verkehrsaufkommens durch spezifische Maßnahmen sowie Regionalisierung;
- Berücksichtigung der globalen Effekte;
- Verantwortbarkeit gegenüber Bürgern und Zivilgesellschaft.

Neben einer Reihe von schon oben genannten Forderungen fordern die Verbände auch eine Einbeziehung der nationalen Parlamente und der Beitrittsstaaten.

Friends of the Earth Europe veranstaltet eine Konferenz zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie und Rio+10.

Vertreter/innen des derzeit suspendier-

ten Transatlantischen Umweltdialogs (TA-ED,) werden – zusammen mit Vertretern des Transatlantischen Wirtschaftsdialogs (TABD) – am Rande des EU/US-Gipfels kurz mit US-Präsident G.W. Bush sowie den Repräsentanten der EU zusammentreffen. Dabei wird es vor allem um die internationale Klimapolitik sowie die Handelspolitik und WTO gehen.

Climate Network Europe (CNE) und Climate Action Network US (CAN-US) haben sich an die EU-Regierungschefs gewandt, und diese dazu aufgerufen, sowohl auf dem EU/US-Gipfel als auch auf dem Göteborger Rat klare Signale zur in-

ternationalen Klimapolitik zu geben, und – zusammen mit Russland, Japan, den G77 und den Beitrittsstaaten – die Ratifizierung des Kioto Protokolls bis 2002 weiter voranzubringen.

Anja Köhne

Die Autorin Leiterin EU-Koordination & Internationales des DNR und eine der Koordinatorin der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung  
Mehr zum Thema: EU-Rundschreiben des DNR, bes. Nr. 6/2001

## Projekt Mahlzeit von "Brot für die Welt"

### *Biokost im Landeskirchenamt Rheinland*

**Gerichte aus ökologischem Anbau und artgerechter Tierhaltung bietet ab jetzt die Kantine des Landeskirchenamts Rheinland. Diese Umstellung steht in Verbindung mit der Kampagne Mahlzeit von "Brot für die Welt", mit der sich das evangelische Hilfswerk für ein neues Qualitätsbewusstsein in der Ernährung einsetzt.**

Mit dem Projekt Mahlzeit will "Brot für die Welt" die Verknüpfung zwischen unseren Essgewohnheiten und der Ernährungssituation in Entwicklungsländern deutlich machen und ein neues Qualitätsbewusstsein fördern. Qualität bedeutet, dass Lebensmit-

tel gesund sind und gut schmecken. Qualität bedeutet aber auch, dass beim Anbau und bei der Weiterverarbeitung dieser Lebensmittel soziale und ökologische Mindeststandards berücksichtigt werden. "Brot für die Welt" möchte alle dazu ermutigen, sich bei ihrer Ernährung für Qualität zu entscheiden und beim Einkauf möglichst regionale ökologisch angebaute und fair gehandelte Produkte zu wählen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland setzt diese Gedanken und Ziele jetzt in die Praxis um: Ab diesen Mai bezieht die Kantine des Landeskirchenamtes Fleisch und Geflügel von einem regionalen Metzger, der die Schlachttiere nur von Höfe aus der nächsten Umgebung kauft, die keine Massentierhaltung betreiben. Ge-

müse, Eier und Käse bezieht die Küche soweit möglich in Bio-Qualität. Bereits im Januar hatte die Landessynode Rheinland einen Beschluss gefasst, der dazu aufruft, sich in konkreten Schritten für eine Wende in der Agrarpolitik einzusetzen und den ökologischen Landbau zu fördern.

Nähere Informationen gibt es auf der Homepage [www.projekt-mahlzeit.de](http://www.projekt-mahlzeit.de) oder bei der Projektstelle Mahlzeit, c/o FAKT, Franziska Krisch, Gänseheidstr. 43, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711 / 21095 25, Fax: 0711 / 21095 55, [Mahlzeit@fakt-consult.de](mailto:Mahlzeit@fakt-consult.de).





## Rat für Nachhaltige Entwicklung

**Am 4. April dieses Jahres hat sich der Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung konstituiert. Nachdem lange wertvolle Zeit verstrichen war, bis der Rat endlich seine Arbeit beginnen konnte, stellt sich zunächst die Frage, welche Möglichkeiten diesem Gremium überhaupt gegeben sind. Was kann – was muss dieser Rat leisten? Johannesburg wird nur ein Meilenstein sein auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung. Befürchtet wird, dass die Bundesregierung "nur" ein Vorzeigobjekt benötigt – gerade in Wahlkampfzeiten – um in Johannesburg einen nationalen Beitrag vorlegen zu können. Der Rat ist jedoch für drei Jahre berufen, d.h. die Arbeit geht dann weiter und wird die Umsetzungsphase begleiten. Daran wird sich der Erfolg messen lassen müssen, dass das Thema danach nicht im Sande versiegt.**

### Zusammensetzung

Siebzehn Persönlichkeiten aus wichtigen Bereichen der Gesellschaft sind im Nachhaltigkeitsrat vertreten. Wer sind diese Persönlichkeiten? Sie wurden ausgewählt, da sie sich bereits in der einen oder anderen Form um das Thema "Nachhaltige Entwicklung" verdient gemacht, einen Beitrag geleistet haben. Nun darf man mit Spannung erwarten, ob sie es schaffen, aus Wirtschaftsinteressen, Umweltschutz- und Sozialanforderungen Schnittmengen zu finden und Lösungen anzubieten, die nicht nur einen kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen, sondern mutige Schritte vorangehen – oder ob nur wieder Lobby-Interessen im Vordergrund stehen.

### Arbeitsweise

Der Nachhaltigkeitsrat hat die Aufgabe, den Staatssekretärsausschuss beider Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten und eigene Beiträge beizusteuern. Aus Sicht des NABU ist es besonders wichtig, quantifizierte Ziele und konkrete Maßnahmen festzulegen, damit eine genaue Messbarkeit und Überprüfbarkeit der Nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden kann. Neben der Strategieentwicklung steht die Benennung von

Nachhaltigkeits-Projekten im Vordergrund, durch die eine praxisorientierte Darstellung in der Öffentlichkeit erreicht werden soll. Der Nachhaltigkeit "ein Gesicht geben" – so lautet das Motto. Hier wiederum ist es notwendig, nicht nur zahlreiche bestehende Initiativen aneinander gereiht aufzulisten, sondern geeignete Kriterien zu finden, nach denen die Verknüpfung sozialer, wirtschaftlicher und umweltverträglicher Aspekte aufgezeigt werden.

### Internationaler Kontext

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie darf nicht isoliert betrachtet werden. Sie muss Baustein sein in einem Puzzle, zu dem jedes Land der Erde seinen Beitrag leistet. Nach ihrer globalen Verantwortung stehen die Industrieländer in der Pflicht, eine Vorreiterrolle zu spielen. Ein Scheitern der Bonner Klimakonferenz im Juli 2001 wäre nicht nur besorgniserregend für die Zukunft des Weltklimas, sondern auch katastrophal für die weiteren Verhandlungen in Johannesburg. Aber auch die mangelnde Bereitschaft der Staatengemeinschaft, die ärmsten Länder der Erde zu entlasten und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, gibt Anlass zu größter Skepsis. Berücksichtigung der Erfahrungen von Entwicklungsländern, die teilweise auf dem richtigen Weg in Richtung Nachhaltigkeit sind, wie auch Einbettung der deutschen Strategie in die EU-Nachhaltigkeitspolitik ließen den globalen Rahmen deutlich werden. Nachhaltige Entwicklung darf nicht mehr im Schatten der Globalisierung stehen, sondern muss sie in allen Bereichen durchdringen.

### Ausblick

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung soll Akzente zu setzen, zu einerverbindlichen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung beitragen, und außerdem den gesellschaftlichen Dialog zu diesem komplexen Thema, das in der Bevölkerung erst wenig bekannt – geschweige denn verankert ist – befördern. Ein Erfolg der Arbeit des Rates wäre, wenn bis Johannesburg in Deutschland wieder der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung sowohl auf der politischen Agenda als auch im Bewusstsein der Bevölkerung ganz oben stünde. Politische Entscheidungen in allen Ressorts sowie die Rahmenbedingungen, die die Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger beein-

flussen, müssten unter der Schablone der "Nachhaltigkeit" betrachtet, d.h. ihre Verträglichkeit auf wirtschaftliche, soziale und umweltrelevante wie auch internationale Auswirkungen geprüft werden. Ich wünsche mir, dass vor allem diejenigen, die seit vielen Jahren an Themen der Nachhaltigen Entwicklung arbeiten, sich an dem offenen Prozess beteiligen und ihre Erfahrungen und ihr know how einbringen. Wir fangen nicht bei Null an, sondern es ist bereits viel Arbeit geleistet worden – besonders im Forum Umwelt & Entwicklung, das seit Rio engagiert zu allen Themenbereichen der Agenda 21 politisch Stellung bezogen und Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat. Die Debatte um die Nachhaltigkeitsstrategie darf nicht im stillen Kämmerlein stattfinden – "Nachhaltige Entwicklung" lebt von Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen!

*Jochen Flasbarth*

Der Autor ist Präsident des NABU



**Tödliche Geschäfte**

Diamanten und Öl finanzieren Kriege in Afrika: Wir informieren über Hintergründe und Akteure.

**m)**  
medico international

Obermainanlage 7  
60314 Frankfurt  
Tel. 069-944380  
www.medico.de

Spendenkonto  
1800 Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01



# Hermes-Reform - eine Farce

*Die Kampagne geht weiter!*

**Im April 2001 wurden neue "Leitlinien zur Berücksichtigung ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Gesichtspunkte" beschlossen. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob diese Leitlinien tatsächlich eine Reform bringen, die ihren Namen verdient.**

1997 haben sich rund 120 Organisationen in Deutschland zu einer Hermes-Reform-Kampagne zusammengeschlossen. Anlass war eine Lieferbürgschaft für den umstrittenen 3-Schluchten Staudamm am Yangtze in China. Kernanliegen der Kampagne war und ist, das bedeutendste staatliche Exportförderinstrument endlich im Einklang mit einer sozialen und ökologischen zukunftsfähigen Entwicklung zu bringen. Das vielbeschworene Prinzip der Nachhaltigkeit sollte endlich auch in der Außenwirtschaftsförderung verankert werden, weshalb die Kampagne u.a. verbindliche soziale und ökologische Standards, Ausschlusskriterien für besonders bedenkliche Projekte (Umsiedlungen, Projekte in sensiblen Ökosystemen) und mehr Transparenz bei der Entscheidungsfindung für die Hermes-Bürgschaften gefordert hat.

Die Hoffnung auf eine umfassende Reform wurde durch den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von 1998 genährt. Dort war eine Reform nach ökologischen, sozialen und entwicklungsverträglichen Gesichtspunkten vereinbart worden.

Nach mehr als zweieinhalb Jahren hat nun eine Parlamentarierarbeitsgruppe der Regierungsfractionen einen Kompromiss für die Überarbeitung der Vergaberichtlinien verabschiedet. Das Ergebnis entspricht indessen in keinsten Weise der langen Arbeitsphase des Parlaments: in nahezu allen zentralen Punkten folgt der erarbeitete Kompromiss den Vorgaben des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums. Massiver Druck des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und zahlreicher Einzelwirtschaftsverbände verhinderte eine umfassende Reform, die diesen Namen auch verdient hätte.

Der für die Bürgschaftsvergabe zuständige Interministerielle Ausschuss (IMA) hat am 26.4. 2001 neue "Leitlinien zur Berücksichtigung ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Gesichtspunkte" beschlossen. Damit findet die "offizielle" Reformdebatte in dieser Legislaturperiode ihr vorläufiges Ende.

Die neuen Leitlinien werden in den nächsten Monaten den Beweis antreten müssen, ob sich überhaupt etwas an der gängigen Vergabep Praxis ändern wird. Für zahlreiche umstrittene Projekte wie die Großstaudämme Ilisu in Ostanatolien und Tehri in Indien liegen Anträge vor, die entschieden werden müssen. Auch für neue Atomkraftwerke im Ausland könnten bald konkrete Entscheidungen für Bürgschaften anstehen. Dann wird sich zeigen, was die Regierungskoalition unter Nukleartechnologie versteht, die u.a. in Zukunft von der Bürgschaftsvergabe ausgeschlossen bleiben soll.

## Die Einwände im Einzelnen

Bündnis 90/Die Grünen halten sich zu gute, dass sie durchgesetzt haben, dass Nukleartechnologien zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen von der Exportförderung ausgenommen werden sollen. Es wurde versäumt, genau zu definieren was darunter zu verstehen ist. Ob darunter die wichtige Leittechnik fällt, wird sich in den nächsten Monaten, wenn Anträge dafür vorliegen, klären müssen. Auch andere Zulieferungen zu neuen Atomanlagen sind nicht ausgeschlossen. Wirtschaftsminister Müller hat immer wieder betont, dass er an der Lieferung zum Beispiel einer Kantinenbestellung für ein Atomkraftwerk nichts Verwerfliches finden kann.

Zunächst begrüßenswert ist, dass das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung und die "Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Projekte, insbesondere regenerativer Energien" erstmals in den sogenannten Grundsätzen der neuen Leitlinien verankert wurden.

Dass in diese Grundsätze nun erstmals solche Selbstverständlichkeiten wie die "Berücksichtigung von Umweltrisiken in der Kreditrisiko-Analyse" aufgenommen wurden, verweist darauf, wie sehr dies in der Vergangenheit missachtet wurde.

## Verfahren mit Hintertüren - Umweltprüfung nach Plausibilität

Um eine Risiko-Analyse glaubwürdig und ernsthaft durchführen zu können müssten die neuen Durchführungsbestimmungen klare, eindeutige und vor allem verbindliche Standards und Verfahrensregeln - wie sie international üblich sind - enthalten.

Die Leitlinien zeichnen sich jedoch durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit aus:

Im künftigen sogenannten Screening und Review Prozess werden Verfahren wie das der Prüfung nach "Relevanz des Lieferanteils", nach "Plausibilität" oder nach der "Umweltrelevanz" benannt, die große Interpretations- und Ermessensspielräume schaffen. Aufgrund des Informationsvorsprungs der Entscheider werden diese im einzelnen für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar sein.

Solche offenen Kriterien sind nicht geeignet, die Kohärenz deutscher Politiken in den Bereichen Entwicklungspolitik, Umwelt- und Menschenrechtsschutz einerseits und Außenwirtschaftsförderung andererseits zu gewährleisten. Mit dem "Hintertürchen Lieferrelevanz" besteht vielmehr die Gefahr, dass ökologisch und sozial desaströse Mammutprojekte, die gerade im Verbund mit anderen Exportkreditagenturen umgesetzt werden, weiterhin Bürgschaften erhalten werden.

Während der neue Leitfaden problemlos "bestimmte Geschäfte" (zum Beispiel Flugzeuglieferungen und weitere Verkehrsinfrastruktur) als nicht weiter prüfungsrelevant erachtet, werden dort - außer dem Neubau von Atomanlagen - keinerlei weitere Ausschlusskriterien genannt. Statt ökologische Schutzgebiete ganz aus der Bürgschaftsvergabe herauszunehmen, werden unspezifiziert weitere Prüfungen in Aussicht gestellt.

Weitere Prüfungen sollen künftig auch dann gelten, "wenn Menschen in großem Umfang umgesiedelt werden müssen". Dieses Vorgehen ist aus sozialen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten nicht verantwortbar. Wer definiert denn den "großen Umfang" an Umsiedlungen?



Es ist völlig unverständlich, dass sich der neue Leitfaden zum Beispiel bei Staudambauten nicht zur Einhaltung der Empfehlungen der World Commission on Dams (WCD) verpflichtet. Diese enthalten detaillierte Prinzipien und Kriterien, nach denen künftig Großstaudambauten bewertet werden sollen. Dass der Leitfaden die bahnbrechenden Empfehlungen der WCD noch nicht einmal erwähnt, geschweige denn als verbindlich für die Prüfung von Großstaudammprojekten erklärt, ist nicht akzeptabel.

Die Kernforderung der Hermes-Reform Kampagne war und ist die Einführung verbindlicher Standards für die Prüfung und Bewilligung von Hermesbürgschaften für Großprojekte und Projektfinanzierungen. Der neue Leitfaden erwähnt jedoch lediglich die Umweltstandards des Bestellerlandes (deren Einhaltung ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein sollte). Die Praxis zeigt jedoch, dass es finanzkräftigen Sponsoren auch in Entwicklungsländern mit einer relativ guten Umweltgesetzgebung immer wieder gelingt, Genehmigungen für Projekte zu erwirken, die die lokalen Gesetze und Richtlinien unterlaufen und die Umweltgesetzgebung vieler Entwicklungs- und Transformationsländer große Lücken aufweist.

Um trotzdem zu gewährleisten, dass Hermesbürgschaften nicht missbraucht werden, um Projekte abzusichern, die z.B. die Gesundheit und die Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungsgruppen bedrohen, wäre es notwendig gewesen, qualitative und quantitative Standards bei der Prüfung und Bewilligung von Bürgschaften zugrunde zu legen.

Statt dessen schlägt der Leitfaden vor, Bestellerlandvorschriften - sofern sie weit unter international üblichen Standards liegen - mit internationalen Standards z.B. der Europäischen Entwicklungsbank (EBRD) oder der Weltbank abzugleichen (Benchmarking). Wenn die Umweltgesetzgebung eines Empfängerlandes als ausreichend beurteilt wird, entfällt das Benchmarking Verfahren. Hier ist völlig unklar, wie so ein Abgleich eigentlich aussehen soll. Wer überprüft in welchem Zeitfenster die Bestellerlandvorschriften und wer nimmt den Abgleich vor?

Die oben genannten im Leitfaden ver-

ankerten Verfahren, bringen - wenn sie denn ernst gemeint sind - einen enormen bürokratischen Aufwand mit sich. Klare und verbindliche Standards wurden immer wieder mit dem Argument der Bürokratisierung der Bürgschaftsvergabe zurückgewiesen. Klare Standards behinderten die Flexibilität des Instruments und unterhöhlten die Planungssicherheit der Antragssteller. Sollten die in den neuen Leitlinien genannten Prinzipien, Verfahren und Grundsätze tatsächlich angewendet werden, dann dürften Umständlichkeit und Zeitverzögerungen die Regel sein. Die Übernahme von Weltbank- oder EU-Standards wäre hier wesentlich einfacher zu handhaben gewesen. Statt dessen besteht nun die Gefahr, dass sich die Exportkreditversicherer willkürlich den allerschwächsten Standard herausgreifen, um im internationalen Wettbewerb besser bestehen zu können.

Am gravierendsten erscheint jedoch die Tatsache, dass im Leitfaden jegliche Kriterien und klare Verfahrensschritte für eine möglich Ablehnung von Bürgschaften fehlen.

Auffallend am gesamten Verfahren ist, dass Umwelt- oder Sozialverträglichkeitsprüfungen überhaupt nicht mehr vorkommen. Frühere Vorlagen des Wirtschaftsministeriums und der Hermeskreditversicherungs-AG enthielten noch solche Vorschläge. Sie sind wohl dem Lobbydruck der Wirtschaftsverbände gänzlich zum Opfer gefallen. Dabei sind unabhängige Umweltverträglichkeitsstudien das Kernelement jeder sachgerechten ökologischen Prüfung.

Überhaupt wird im Leitfaden nicht deutlich, was unter einer "vertieften Prüfung" tatsächlich zu verstehen ist. Der Leitfaden spricht lediglich von "gegebenenfalls eingereichten Gutachten/Umweltstudien", ohne sich festzulegen, welchen Qualitätsanforderungen diese Gutachten gerecht werden müssen (z.B. UVP nach EU- oder Weltbankstandard).

### **Mangelnde Information und Transparenz**

Völlig unzureichend bleibt der Leitfaden auch in Bezug auf das Themenfeld "Transparenz". Eine rechtzeitige (mindestens 60 Tage vor der Entscheidung) In-

formierung der Öffentlichkeit vor der Vergabe der Grundsatzzusage für umweltsignifikante Projekte ist nicht vorgesehen. Dabei hat sich die Bundesregierung inzwischen mit der Unterzeichnung der Aarhus-Konvention zum Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Umweltinformationen bekannt. Als private Mandatare, die im Auftrag des Staates tätig sind und öffentliche Aufgaben wahrnehmen, die auch den Bereich Umweltschutz betreffen, zählen auch Exportkreditagenturen zu den auskunftspflichtigen Instanzen im Sinne der Konvention. Die Öffentlichkeit erhält somit nach der Ratifikation der Konvention automatisch ein Zugangsrecht zu umweltrelevanten Informationen zu Projektvorhaben. Das Wirtschaftsministerium sollte diese bevorstehende Änderung der Rechtslage berücksichtigen und Antragsteller zur rechtzeitigen Veröffentlichung von Projektvorhaben und deren umweltrelevanten Basisinformationen verpflichten.

Des weiteren sollte bedacht werden, dass die Ausweitung der Transparenz auch für die Unternehmen Vorteile bietet, nämlich die Ausweitung ihrer eigenen Informationsbasis und der Schutz vor (image-) schädigenden Geschäften und Fehlinvestitionen.

Beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua im Juli werden die G 7 Regierungschefs auf über gemeinsame Richtlinien bei der Bürgschaftsvergabe reden. WEED und urgewald, die beiden Initiatoren der Hermeskampagne, haben eine massive Protestaktion (über eigene Homepage und über Postkarten gestartet).

*Barbara Unmüßig*

Die Autorin ist Vorsitzende von WEED und Sprecherin des Leitungskreises des Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Informationen: [www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org),  
[urgewald@koeln.netsurf.de](mailto:urgewald@koeln.netsurf.de)  
Homepage: [www.gang-nach-genua.de](http://www.gang-nach-genua.de)



# Festgefahrene Fronten bei der CSD-9

## *Nachhaltige Energiewirtschaft nicht konsensfähig*

**Zugegeben: Energie und Verkehr sind nicht gerade Themen, die sich zuerst anbieten, wenn man zu einem Konsens über nachhaltige Politik kommen will. Das kennen wir schließlich aus den innenpolitischen Debatten fast aller Länder: Die Lobby nicht-nachhaltiger Politik und Wirtschaft ist gerade in diesen Sektoren am stärksten. Und Energie war schon in Rio so kontrovers, dass es selbst in der Agenda 21 kein eigenes Energiekapitel gibt. Alles in allem standen die Vorzeichen also nicht sonderlich günstig dafür, dass die neunte CSD-Sitzung in diesem Jahr eine Sternstunde in der Geschichte der CSD werden würde, da sie genau diese beiden Schwerpunktthemen hatte.**

Was dann allerdings real ablief, war schon fast ein Schwanengesang auf die CSD in ihrer bisherigen Form: es dürfte das letzte Mal gewesen sein, dass sich Minister, Diplomaten und Vertreter der Zivilgesellschaft in dieser Form in der CSD zusammengefunden haben. Schon die - im Falle des Energiethemas zweijährige - Vorbereitungsphase hatte nichts Gutes erwarten lassen, so festgefahrene waren die Fronten und so wenig waren die Vertreter etwa der OPEC, aber auch der meisten anderen Staaten bereit, auch nur Trippelschrittchen in Richtung nachhaltiger Entwicklung zu gehen.

Die Erkenntnis am Anfang des Textes »Current patterns of energy production, distribution, and utilization are unsustainable« war dann leider kaum von irgendwelchen Konsequenzen begleitet. Umstritten - sprich: nicht konsensfähig - war bei der CSD-9 so ziemlich alles, was zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft gehört, sofern es über allgemeine Bekundungen hinausging. Die G-77 standen wie schon in den meisten Vorjahren wieder unter der Präsidentschaft eines OPEC-Landes (diesmal Iran). Dementsprechend waren klare Aussagen, dass die fossilen Brennstoffe allein schon aus Klimagründen keine Zukunft haben, natürlich nicht durchsetzbar. Zu Fragen wie Energieeffizienz, der Einführung erneuerbarer Energien

oder der Integration von Nachhaltigkeit in Energiepolitik blieb es bei Lippenbekenntnissen; Konkretisierungen scheiterten rasch.

### **Atomenergie**

Nur bei der Frage der Atomenergie entstanden etwas andersartige Fronten: mit die härtesten Kämpfer gegen die Atomkraft waren seit jeher die Saudis, während in der EU die beiden rot-grünen Koalitionen aus Frankreich und Finnland sich als Atom-Freunde profilierten, gegen die Anti-Atom-Hardliner wie dem rot-grünen Deutschland, dem schwarzbraunen Österreich sowie Irland, so dass die EU nicht zu einer klaren Position kam. Am Ende gab es nur die Alternative, ob man sich entweder zur Atomenergie gar nicht äußern soll oder schlichtweg konstatieren soll, dass es verschiedene Positionen gibt. Die zweite Variante setzte sich schließlich durch, aber so groß ist der Unterschied faktisch nicht.

### **Subventionen für fossile Brennstoffe**

Aufschlussreich über die Arbeitsweise der CSD war die Frage der Subventionen für fossile Brennstoffe. Bei den Dialogue Sessions der gesellschaftlichen Gruppen wurde einhellige Kritik an diesen Subventionen geäußert, selbst von den Gewerkschaften (die IG Chemie & Bergbau war nicht dabei), nur die Vertreter der Wirtschaft äußerten sich ausgesprochen ambivalent. Bei einem Side Event der Internationalen Energieagentur IEA und von UNEP zu Energiesubventionen wurde über regionale Tagungen beider Organisationen zu diesem Thema berichtet. Alle diese Tagungen richteten sich an Regierungsbeamte, und es waren Regierungsbeamte aus allen Kontinenten, die bei dem Side Event darüber berichteten. Alle waren sich einig: diese Subventionen nützen vor allem den Reichen, sie leeren die Staatskasse, sie führen zu Verschwendung. Ein indonesischer Regierungsvertreter berichtete, in seinem krisengeschüttelten Land (OPEC-Mitglied) würden sage und schreibe 25% des Staatshaushalts zur

Subventionierung fossiler Brennstoffe verwendet, mehr als für Bildung, Gesundheit oder selbst für den Schuldendienst. Auf die Frage, ob die vortragenden Regierungs-Vertreter irgendeinen Kontakt mit ihren real existierenden CSD-Delegationen hätten, mussten sie mit nein antworten. Es war dann prompt nahezu unmöglich, in den Beschluss-Text irgendwelche Aussagen zu Energiesubventionen einzufügen, außer einem Stück »agreed language« aus dem Jahr 1997 - stattdessen wurde beispielsweise empfohlen, die Kohleverflüssigung voranzutreiben, die wie kaum eine andere fossile Technologie nur in einem rundherum subventionierten Umfeld bestehen kann. Textpassagen, die versuchten, eine nachhaltige Energiewirtschaft etwas genauer einzugrenzen, scheiterten routinemäßig an den G77. Begründung: all dies sei für Entwicklungsländer irrelevant, zunächst einmal müssten sich diese nämlich entwickeln, bevor sie irgendwelche Gedanken an Nachhaltigkeit verschwenden könnten. Um so heftiger wurde dort allerdings betont, wie dringend die Entwicklungsländer auf Entwicklungshilfe für ihre Energiebedürfnisse angewiesen seien und wie wichtig Energiepolitik ist, die die Armutsbekämpfung unterstützt (Zyniker würden hier wohl anmerken, dass eine von Ölimporten abhängige Energiestruktur der meisten Entwicklungsländer sicherlich zur Armutsbekämpfung in den OPEC-Staaten beiträgt). Alles in allem ist der Energie-Beschluss der CSD-9 wahrlich kein wegweisendes Dokument für Rio+10.

### **Sondersitzung des UNEP-Verwaltungsrats**

Ein interessantes Highlight am Rande der CSD war eine Sondersitzung des UNEP-Verwaltungsrats, die aus Anlass der Anwesenheit der vieler Umweltminister im UN-Hauptquartier parallel stattfand. UNEP-Exekutivdirektor Klaus Töpfer präsentierte dort seinen von der UNEP-Verwaltungsratssitzung im Februar angeforderten Bericht zum Status der »International Environmental Governance«<sup>1</sup>. Dabei geht es um die Frage, wie im Rahmen des Rio+10-Prozesses institutionelle Fragen vorangebracht werden können, allen voran die Frage, wie UNEP so hand-



lungsfähig gemacht werden kann, dass es seinen Aufgaben einigermaßen gerecht werden kann. Eine Welt-Umweltorganisation, wie sie von einigen Staaten gefordert wird, dürfte als Resultat dabei sicherlich nicht herauskommen, aber eine Aufwertung und Stärkung von UNEP ist realistisch und dringend erforderlich. Töpfers Bericht umschiffte meisterlich alle Klippen, die in diesem rauen Fahrwasser lauern, und er schaffte das Kunststück, dass sich alle auf den Bericht positiv bezogen - auch die Entwicklungsländer, von denen viele in der internationalen Umweltpolitik fast nur noch ein Komplott der Industrieländer zur Schwächung der Entwicklungschancen des Südens sehen. Immer noch wird nachhaltige Entwicklung viel zu oft als eine ganz traditionelle »Entwicklung« (sprich: den Norden kopieren) verstanden, statt darin einen Prozess zu sehen, in dessen Rahmen sich Nord und Süd diese nicht-nachhaltigen Entwicklung der Vergangenheit überwinden. Hauptanliegen von Töpfer und der UNEP ist es, endlich eine gesicherte Finanzbasis zu bekommen, also weg von den freiwilligen Beiträgen hin zu geregelten Beiträgen wie in einer normalen UN-Sonderorganisation (die UNEP ja nach wie vor nicht ist).

### Hindernisse auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung

Zusammenfassend kann man sagen, dass es den meisten Staaten bei dieser CSD nicht darum ging, schwierige Hindernisse auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung anzupacken, sondern im Gegenteil darum, zu verhindern, dass diese Hindernisse angepackt werden. Die nationale Souveränität, nicht-nachhaltig zu handeln, wird von fast allen Staaten intensiv bemüht, wenn es zu konkreten Beschreibungen der Versäumnisse der letzten Jahre und der anstehenden Taten der nächsten Jahre kommt, da stehen die Amerikaner bei weitem nicht so alleine wie es manchmal aussieht. Apropos USA: Während die Amerikaner genauso wie die außereuropäischen Industriestaaten und Russland ihre gewohnte Zurückhaltung an den Tag legten (die man auch als Desinteresse an der CSD auslegen kann), war diese CSD mehr noch als in der Vergangenheit von der Polarisierung zwi-

schen der EU auf der einen Seite, die sich wenigstens um nach vorne weisende Beschlüsse bemühte, und den Entwicklungsländern gekennzeichnet. Der Hauptgrund dafür dürfte die Tatsache sein, dass fast keine Vertreter aus den Entwicklungsländern zur CSD anreisen, sondern die New Yorker UN-Vertretungen dort die Politik machen. Diese »New York Mafia« funktionalisiert die CSD dazu, ritualisierte Schaugefechte aus einem Dutzend anderer UN-Gremien hier zu wiederholen, zumal diese Diplomaten von den verhandelten Themen in der Regel nicht viel Ahnung haben. Das geht sogar soweit, dass es ausgerechnet viele G77-Vertreter waren, die Wert darauf legten, dass über die institutionelle Zukunft von UNEP in New York entschieden werden muss und nicht in Nairobi am Sitz von UNEP - dem einzigen UN-Standort in einem Entwicklungsland...

### Der Weg zum Gipfel

Die CSD-10, deren Auftaktsitzung unmittelbar nach der CSD-9 Anfang Mai stattfand, unterscheidet sich von den vorhergehenden allein schon dadurch, dass sie keine thematischen Schwerpunkte hat, sondern in vier verschiedenen Einzelsitzungen als Vorbereitungskommission für den Johannesburg-Gipfel fungiert. Die Tatsache, dass die vierte und letzte dieser Sitzungen in Indonesien stattfindet - um dieses Land als den unterlegenen Mitbewerber Südafrikas für den entgangenen Gipfel zu entschädigen - könnte dabei von größerer Bedeutung sein als zunächst angenommen: zunehmend mehr Beobachter kommen zu dieser Ansicht, dass es für die CSD von großer Bedeutung sein könnte, künftig außerhalb New Yorks zu tagen.

Sicherlich ist es zutreffend, dass viele Entwicklungsländer es sich nicht leisten können, Fachbeamte oder Experten zur CSD nach New York zu schicken, um dort ernsthaft über Fragen nachhaltiger Entwicklung zu verhandeln. Aber selbst jene, die dennoch anwesend sein können, werden oft genug von ihrer New York-Vertre-

tung kaltgestellt. Dafür gibt es potentiell nur eine Lösung: Grundsätzlich außerhalb New Yorks tagen und einen Reisekostenfonds erstellen, der für die New York-Mafia nicht zur Verfügung steht, sondern für Fachleute aus den Entwicklungsländern. Allerdings kann dies sicherlich nicht das einzige Element einer CSD-Reform sein.

Für den Rio+10-Gipfel in Johannesburg war die CSD-9 jedenfalls wahrlich keine Inspiration. Wenn dort irgendwelche Fortschritte erzielt werden sollen, dürfte es wohl unumgänglich sein, Mittel und Wege zu finden, wie man den lähmenden Konsenszwang umgehen kann. Am erfolgversprechendsten scheint mir dabei, wenn sich gleichgesinnte Staaten zusammenfinden, idealerweise aus Nord und Süd, die in Johannesburg gemeinsame politische Initiativen ankündigen, denen sich andere anschließen können. Wie wäre es beispielsweise damit: Eine Reihe Industrieländer verpflichten sich, ihre Subventionen für fossile Brennstoffe innerhalb eines festen Zeitrahmens auslaufen zu lassen, und gleichzeitig einen Teil der eingesparten Haushaltsmittel bestimmten Entwicklungsländern zugute kommen zu lassen, die sich ihrerseits verpflichten, ihre Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen. Solche Initiativen können keine Amerikaner und keine OPEC blockieren, und sie würden den vielbeschworenen »Geist von Rio«, nämlich eine Partnerschaft von Nord und Süd für ein neues Entwicklungs-Paradigma, vielleicht wirklich wiederbeleben können. Gerade Deutschland als einer der Welt-Spitzenreiter in Sachen Subventionierung fossiler Brennstoffe könnte hier Zeichen setzen...

Jürgen Maier

Der Autor ist Leiter der Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

<sup>1</sup> Töpfers Bericht ist im Internet verfügbar unter [www.unep.org/IEG/WorkingDocuments.asp](http://www.unep.org/IEG/WorkingDocuments.asp)



# Der NGO Sustainable Transport Caucus und die CSD 9:

## Verkehrspolitische Eindrücke von der 9. UNO Nachhaltigkeitskonferenz

**Neben der Energie stand der Verkehr als das zweite sektorale Arbeitsthema der diesjährigen CSD Konferenz der UNO auf dem Plan. Zum Zwecke der adäquaten NGO Repräsentation auf dieser Veranstaltung wurde im letzten Sommer der NGO Caucus für nachhaltigen Verkehr (UN NGO Caucus for Sustainable Transportation) re-aktiviert.**

Der Caucus hatte sich 1996 im Vorfeld der UNO Habitat-Konferenz gebildet. Doch anders als während der Habitat-Konferenz vor fünf Jahren, wo der Caucus (zu)viel Zeit damit verbracht hatte, Verbesserungsvorschläge für die offiziellen Konferenztexte einzubringen (die besonders im Falle der CSD dann leider doch meistens nur zu den Akten gelegt werden), konzentrierten die Caucus Mitglieder ihre Energien diesmal auf die sogenannten Multi-Stakeholder Dialoge und auf mehrere side-events, d.h. die sogenannten Nebenveranstaltungen, die ironischerweise oft die Hauptattraktionen der CSDs sind.

Dank der organisatorischen Vorleistung des New Yorker Instituts für Verkehrs- und Entwicklungspolitik (ITDP) konnte der Verkehrscaucus dann in New York auch mit einer sehr diversen und kompetenten Arbeitstruppe aufwarten. Asien und der Pazifische Ozean waren zum Beispiel durch das SUSTRAN Netzwerk vertreten (Sustainable Transport Action Network for Asia and the Pacific), welches innerhalb der Entwicklungsregionen das zur Zeit grösste und leistungsstärkste verkehrsspezifische NGO Netzwerk ist. Aus Afrika war ein kenianischer Vertreter der ITDG (Intermediate Technology Development Group) mit von der Partie, und aus Lateinamerika war ein chilenischer Vertreter der lokalen Bürgerinitiative Ciudad Viva gekommen, um den UNO Ländervertretern von deren erfolgreicher Kampagne gegen eine innerstädtische Autobahn in Santiago zu berichten. Europäische NGOs waren im Verkehrscaucus durch das Forum Umwelt und Entwicklung und durch Transport & Environment (T&E) vertreten, dem europäischen Dachverband der Verkehrsclubs, der mittlerweile auch mehrere ostmitteleuropäische Verbände in seinen Vorstand aufgenommen hat.

Dafür, daß auch Gender- und ethische Aspekte in der Arbeit des Verkehrscaucus nicht zu kurz kamen sorgte u.a. die Tatsache, daß sowohl der UNO NGO Women's Caucus als auch der Weltkongress der Kirchen durch Vertreterinnen repräsentiert waren.

### Multi-Stakeholder Dialoge

Während der Multi-Stakeholder Dialoge bekamen die Teilnehmer des Verkehrscaucus dann im Wettstreit mit den anderen sogenannten major groups (d.h. Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaften, Städte- und Gemeindevertreter, und — erstmalig dabei - Wissenschaftler) die Gelegenheit, den nationalen Delegationsabgeordneten ihre Beiträge zu zwei von dem Vorsitzenden der CSD vorher festgelegten Verkehrsthemen zu präsentieren. Zum einen ging es um "Partnerschaften für nachhaltige Energie im Verkehrsbereich" und zum anderen um das Thema "Nachhaltige Verkehrsplanung: Modelle für alternative Siedlungs- und Fahrzeugentwicklungen." Die NGOs erinnerten wiederholt daran, daß es letztendlich darum gehen muß, einen Paradigmenwandel in der Verkehrspolitik zu erreichen, der darauf abzielt Menschen und nicht Fahrzeuge in den Mittelpunkt der Planung zu stellen. Außerdem machte der Verkehrscaucus eine Fülle konkreter Vorschläge, wie die zum Beispiel Frauen- und Fussgängerbelange bereits in der Datenerhebung besser beachtet werden könnten, wo und wie strategische UVPs eingesetzt werden sollte, und wie der nichtmotorisierte Verkehr insgesamt attraktiver gemacht werden kann und so an Bedeutung gewinnen kann. Vor allem rief der Caucus nachdrücklich dazu auf, innerhalb der UNO Länder globale Mindeststandards für Luftqualität und Lärm, sowie für Fahrzeug und Straßensicherheit festzulegen und an deren Implementierung zu arbeiten. Wie zu erwarten war, schlugen Gewerkschaften und Gemeindevertreter in vielen Einzelpunkten in die gleiche Bresche, wohingegen die Wirtschaftsvertreter typischerweise an ihrer 'Windschutzscheiben-Perspektive' festhielten. Die Beiträge der Wissenschaftler waren von sehr unterschiedlicher ideologischer Färbung.

Trotz des inhaltlich relativ hohen Niveaus dieser Multi-Stakeholder Veranstaltung ist aber leider festzuhalten, daß sich

die verschiedenen Beiträge keineswegs zu einem Dialog fügten, sondern am Ende - in typischer UNO Manier - nur eine Aneinanderreihung von Einzelstatements blieben. Dies ist aber weniger den einzelnen Teilnehmern als dem mangelnden moderatorischen Geschick des Vorsitzenden, dem ehemaligen tschechischen Umweltminister Moldan, zuzuschreiben, der an keiner Stelle konkrete Vorschläge aufgriff, nachbohrte oder Vertreter gegensätzlicher Positionen zu weiterer erklärender Argumentation herausforderte.

### Side-Events

Aus der Fülle der Nebenveranstaltungen sind von Seiten des Verkehrscaucus vor allem der wundervoll inspirierende Vortrag des dynamischen bogotensischen Ex-Bürgermeisters Enrique Peñalosa sowie die vom Caucus selbst organisierte Earth Day Radtour für die Delegationsvertreter erwähnenswert. Bogotá hat in den letzten Jahren unter Peñalosa eine erstaunliche Verkehrswende eingeleitet, die unter anderem bereits in einen umfassenden Radwege-Masterplan und in einen nagelneuen, hocheffizienten und dabei auch noch profitablen Expressbus Korridor gemündet hat. Dem Wort wie üblich Taten folgen lassend stellte sich Peñalosa dann auch während der späteren Earth Day Rad-Demo sofort an die Spitze der drahteselgewandten Politprominenz. Und er stand der neugierigen Presse auf dem Vorplatz auch dann noch Rede und Antwort über die Vorzüge des Fahrrads als städtisches Fortbewegungsmittel als alle anderen Vertreter schon längst wieder im muffigen, tageslichtberaubten UNO Hauptquartier verschwunden waren, um an ihren Nachhaltigkeits-Wortheulen weiterzubasteln.

Inhaltlich brachte die CSD zum Verkehr insgesamt nicht viel neues. Für die NGOs war die Teilnahme an dieser Konferenz dennoch wichtig, vor allem da sich durch die große Internationalität und Qualität der Caucus-Teilnehmer nun die Chancen auf einen zukünftigen Zusammenschluß von verkehrsinteressierten NGOs in einem weltweiten Netzwerk erheblich verbessert haben.

*Deike Peters*

Die Autorin ist Koordinatorin des NGO Caucus für nachhaltigen Verkehr



## Themenlos in New York ...

*Die Vorbereitungen auf Johannesburg 2002 haben begonnen!*

**Vom 30. April bis 2. Mai tagte im UN-Hauptquartier in New York die erste vorbereitende Sitzung für den Rio+10 Gipfel, der im September 2002 in Johannesburg, Südafrika stattfinden wird. Nach den ernüchternden Ergebnissen der 9. Sitzung der Commission for Sustainable Development, die z. B. von nächtelangen Diskussionen um die Sicherheit oder eben doch "potentielle Gefahr" der Atomindustrie charakterisiert war, war die Rio+10 Veranstaltung eher aufmunternd.**

Der offizielle Name des Rio+10 Gipfels ist der "World Summit on Sustainable Development" und dieser Name, so wurde immer wieder betont ist der UN sehr viel lieber als "Rio+10". Die erste vorbereitende Sitzung für den Rio+10 Gipfel war nach der CSD-9 eine Erleichterung. Entscheidungen wurden ohne großen Dissenz und sogar noch vor dem offiziellen Ende der Veranstaltung getroffen. Alle Teilnehmer konnten mit den Beschlüssen nach Hause fahren.<sup>1</sup> Die Termine der nächsten vorbereitenden Sitzungen wurden bereits festgelegt (siehe Kasten) Und doch: Auch bei den Rio+10 Vorbereitungen gab es Streitpunkte und gleich zu Anfang eine Kampfabstimmung. Bei den Wahlen zum Büro des Gipfels fiel der deutsche Kandidat, Reinhard Krapp, einer der permanenten Repräsentanten Deutschlands in New York, (leider) durch. Als Stellvertreter des "Chairman", Prof. Emil Salim aus Indonesien, der auch schon in Rio mit von der Partie war, wurden Ägypten, Nigeria, Japan, die Tschechische Republik, Rumänien, Brasilien, Jamaica, Kanada und - aus Westeuropa - Schweden gewählt.

### Festlegung der Themen

Streit gab es in New York vor allem darüber, wie man die Beteiligung der Sozialpartner am World Summit organisieren will, sowie wann und wie die Hauptthemen für den Gipfel festgelegt werden sollen. Die G77 und China drangen darauf, dass die Themen erst Anfang 2002 und auf Grundlage der nationalen und regionalen Vorbereitungstreffen für den Gipfel festgelegt werden. Sie wollten, so hieß es immer wieder, einen Prozess "von den Graswurzeln aufwärts". Da viele der

nationalen und regionalen Vorbereitungsprozesse eher mäßig und unter einer geringen Beteiligung der Sozialpartner laufen, ist diese Position mit großer Skepsis zu betrachten. Trotzdem gelang es der EU nicht, zumindest eine erste Festlegung auf Themengebiete bereits bei diesem Treffen durchzusetzen. Bei den inhaltlichen Stellungnahmen der teilnehmenden Staaten gab es allerdings ironischerweise viel Übereinstimmung. So soll sich der Johannesburg Gipfel vor allem mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien beschäftigen. Seine Aufgabe wird nicht die Initiierung neuer Prozesse, sondern die Ermöglichung der politischen Durchsetzung des bereits Beschlossenen sein. Einmütig wurde somit von verschiedensten Staaten gefordert, die Beschlüsse von Rio nicht noch einmal nachzuverhandeln.

### Stärkung der internationalen institutionellen Strukturen

Gleichzeitig war die Stärkung der internationalen institutionellen Strukturen für die nachhaltige Entwicklung ein immer wieder aufkommendes Thema. Klaus Töpfer, dessen Bericht zur Zukunft der UNEP bereits die CSD 9 sehr stark beschäftigt hatte, war erneut anwesend und konnte mit sichtbarer Freude eine breite Unterstützung für eine Stärkung der UNEP vermerken. Der Teufel liegt bei dieser Frage aber im Detail. Bei einem Expertenworkshop zur Frage der Zukunft der UNEP, gab es nach der grundlegenden Unterstützung für das Anliegen doch noch sehr viel Diskussionsbedarf - und auch Dissens - über die Frage des wie. Übereinstimmung herrschte auch darüber, dass der Johannesburg Gipfel kein reiner Umweltgipfel sein wird und kann. Die Frage der Armutsbekämpfung und die mögliche Abhängigkeit des erfolgreichen Gelingens des Gipfels von einem positiven Abschluss der Financing for Development Diskussion im Frühjahr 2002 wurden vor allem von der G77 betont, aber von keiner Seite in Frage gestellt. Um so ironischer war es, dass die vorbereitenden Konferenz zu Financing for Development zur gleichen Zeit wie die Johannesburg Vorbereitungen in New York tagten. Diskussionen zwischen den Teilnehmern der zwei Veranstaltungen fanden allerdings gerade auf NGO-Seite nur am Rande und eher zufällig statt. Die Herausforderung Umwelt und Entwicklung zusammen

zu denken wird sich durch den Vorbereitungsprozess für Johannesburg und dem zeitgleichen Financing for Development Prozess in besonderer Weise stellen.

### Globalisierung

Dies ist um so dringlicher, da ein weiteres Thema, das von fast allen offiziellen Rednern angesprochen wurde, die für Umwelt und Entwicklung so entscheidende Frage der Globalisierung war. "Making globalisation sustainable" war der meistgenutzte Satz von Regierungsdelegationen wie NGOs. Leider blieb unklar, was genau damit gemeint sein soll<sup>2</sup>. Insbesondere die Frage wie das gegenwärtige Welthandelssystem in nachhaltige Schranken gewiesen werden soll, wurde mehr durch blumige Formulierungen umgangen als ernsthaft diskutiert. Auch unter den NGOs überwogen die generellen Stellungnahmen gerade zu diesem Punkt. Das Papier von Friends of the Earth International: Towards Sustainable Economies<sup>3</sup>, das bald beim BUND auf Deutsch erscheinen wird, war noch das konkreteste, was es zu diesem Thema an Diskussionsbeiträgen von NRO-Seite aus gab. Die Diskussion im Hinblick auf Johannesburg gibt zumindest die Chance, eine informierte und kritische Diskussion über die Globalisierung zu führen. Um diese zu Nutzen, müssen NGOs aber noch mehr fundierte Positionen einbringen. Schließlich wurden die Themen Wasser und Energie immer wieder als Schwerpunktthemen genannt. Eine gut besuchte Präsentation der von der Bundesregierung geplanten Wasserkonferenz im Dezember 2001<sup>4</sup> gab hier einen konkreten inhaltlichen Impuls.

### Beteiligungsverfahren für den Gipfel

Aber zurück zum Dissens. Diskussionen gab es über die Beteiligungsverfahren für den Gipfel. Thesen der G77 und China eine Definition der Gipfelthemen "von den Graswurzeln aus" zu wünschen (siehe oben), wurden bei dieser Diskussion besonders scheinheilig. Denn gerade diese Länder, allen voran Saudi Arabien, Ägypten und China, setzen sich für ein restriktives Akkreditierungssystem ein, ja forderten sogar ein Veto gegenüber der möglichen Zulassung einzelner NGOs. In diesem Punkt konnte sich die EU mehr oder weniger durchsetzen, so dass die für die CSD gültigen Akkreditierungsregeln





auch für Johannesburg gelten werden. Die Beschlüsse von New York betonen aber immer wieder, dass in Johannesburg wenig Zeit sein wird und dass deshalb die Beiträge der Sozialpartner kurz gehalten werden müssen. Und über die Akkreditierung hinaus gibt es sicher weitere Probleme der Demokratisierung des Johannesburg-Prozesses. So stellte die EU zwar z.B. Gelder für die Beteiligung von Süd-NGOs an den Vorbereitungstreffen in Aussicht (finanziert aus nationalen Haushaltsmitteln). In New York fehlten aber auch viele europäische NGOs (aus Deutschland war ich der einzige NGO Vertreter!) und das sicher auch aus finanziellen Gründen. Auch auf Nachfrage stellte aber niemand Gelder für die Beteiligung von Nord-NGOs beim Vorbereitungsprozess in Aussicht. Hier fällt dem Forum Umwelt und Entwicklung deshalb sicher eine große Verantwortung zu.

Die bisherige Planung für den Gipfel selber gibt, was die Beteiligung der Sozialpartner angeht, auch zu denken. Der Gipfel soll in einem Stadion mit einer Großveranstaltung mit 50.000 Leuten beginnen (und auch enden). Das Tagesgeschäft wird dann in drei verschiedenen Konferenzzentren angesiedelt sein, die alle mindestens 25 km voneinander entfernt sind. Es besteht die Gefahr, dass die

NGOs nur in einem der drei Zentren, weit ab vom offiziellen Geschehen, untergebracht werden. Nach einmütigen Protesten aller Sozialpartner, NGOs wie Wirtschaft, versprachen die südafrikanischen Veranstalter allerdings die nochmalige Prüfung dieser geplanten Ghettoisierung.

Die Vorbereitungen für Rio+10 laufen nach dem Treffen von New York nun konkreter und mit mehr Nachdruck an als sie das noch vorher taten. Das erste Treffen hat zumindest genügend Grundlagen geschaffen, um sicher zu stellen, dass der Prozess nun weitergeht. Zum Ende kam sogar ein bisschen der Geist von Rio auf, als sich die Landesvertreter gegenseitig aufforderten aktiv zusammen zu arbeiten und vor allem sicher zu stellen, dass ihre jeweiligen Regierungschefs auch wirklich nach Johannesburg kommen. Sowohl bei der inhaltlichen wie bei der partizipativen Ausgestaltung des Prozesses bis Johannesburg gibt es aber noch viel zu tun. Wenn NGOs hier Einfluss nehmen wollen, dann müssen sie die nächsten Monate nutzen, um Beteiligungsrechte einzufordern und thematische Schwerpunkte zu setzen. Alle im Forum zusammen geschlossenen Verbände, müssen es dabei gemeinsam schaffen, Umwelt und Entwicklung zusammen zu denken. Packen wir's an?  
*Daniel Mittler*

## Jetzt vormerken:

### weitere Termine!

**Regionale Vorbereitung für Europa:**  
24.- 26. September 2001, Genf

**PrepComm 2:**  
28.1 - 8.2. 2002, New York

**PrepComm 3:**  
25. März- 5. April 2002, New York

**PrepComm 4 (mit Ministersegment):**  
27.5.-7.6., Bali, Indonesien

**World Summit on Sustainable Development,**  
2. -11. September 2002,  
Johannesburg

Der Autor ist Fachreferent für internationale Umweltpolitik beim BUND, Rio+10 Koordinator von Friends of the Earth International und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.

(1) Die Beschlüsse sind unter <http://www.johannesburgsummit.org> einzusehen.

(2) Siehe auch einen Bericht des Autors auf Englisch: [http://www.foei.org/campaigns/Rio\\_10/indexrio10.html](http://www.foei.org/campaigns/Rio_10/indexrio10.html)

(3) Siehe: <http://www.foei.org/Publications/indexgeneralpublications.html>

(4) <http://www.water-2001.de>

## BSE und internationale Gerechtigkeit

### Forderungskatalog zu einem Umgang mit der Krise in Weltverantwortung

AG Landwirtschaft und Ernährung, macht mit den nachstehenden Schlussfolgerungen auf eine vernachlässigte Dimension der europäischen BSE-Auseinandersetzung aufmerksam: die entwicklungspolitischen Konsequenzen. Die AG ist besorgt darüber, dass mit dem Export von Risikomaterial und dem teilweisen Zusammenbruch der Rindfleischmärkte internationaler Schaden angerichtet wurde, und dass die Lösungsansätze im Alleingang - ohne große Rücksicht auf die armen Länder, die stark betroffen sind - entwickelt werden.

#### Zusammenfassung der Forderungen:

- Für die EU-Exporte dürfen keine anderen Standards gelten als für die Inverkehrbringung innerhalb der EU.
- Kurzfristige Maßnahmen der Überschussbeseitigung sind nur akzeptabel, wenn sie mit mittel- und langfristigen Konzepten zur Überschussvermeidung und Produktionsdrosslung einhergehen.
- Die BSE-Krisenbewältigung darf zu kei-

nen neuen, unnötigen Importbeschränkungen führen.

- Der Ersatz des jetzt verbotenen Tiermehls durch Sojaimporte und die Nachfrageverschiebung von Rindfleisch hin zu Schweine- und Geflügelfleisch darf nicht zu einer Verschärfung der sozialen und ökologischen Probleme in den Herkunftsländern der Ölsaaten führen. Zudem soll der Selbstversorgungsgrad an Eiweißfuttermitteln in der EU gesteigert werden, um Kreisläufe wieder lokal zu schließen.
- Die LDC, die wesentlich von Rindfleischexporten abhängig sind, dürfen auf Grund der BSE-Krise nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommen.
- Minimumstandards bei Verbraucherschutz und BSE-Vorsorge müssen multilateral festgelegt und dürfen nicht als technisches Handelshemmnis missbraucht werden. Aufwendige Standards müssen nicht unbedingt weltweit gelten; ein differenziertes Vorgehen ist

angebracht.

- Die angekündigte "Agrarwende" in Deutschland als Lehre aus der BSE-Krise (und anderen Skandalen) soll den Trend zur weiteren Industrialisierung korrigieren und Landwirtschaft und Tierhaltung auf das Leitbild ökologische Landwirtschaft hin orientieren.
- Die "EU-Agrarwende" kann bei den anstehenden WTO-Verhandlungen nur abgesichert werden, wenn sich die EU nicht nur für ihre eigenen "nicht-handelsbezogenen Anliegen" einsetzt, sondern auch für die der Entwicklungsländer, und gezielt neue Bündnisse anstrebt.
- Der Einsatz für ein anderes Paradigma der deutschen Agrarpolitik erfordert auch ein gleichgerichtetes Engagement bei allen internationalen Organisationen für eine globale Agrarwende im Sinne der Nachhaltigkeit.

Eine ausführliche Version des Forderungskatalogs kann im Internet unter [www.forumue.de](http://www.forumue.de) heruntergeladen werden.



## Veranstaltungen/Termine



### Wald und Klima

Seminar der AG  
Wald des Forums

Umwelt & Entwicklung  
22. (18.00 Uhr) - 24. (13.00  
Uhr) Juni 2001  
Akademie Frankenwarte -  
Würzburg

Ziel des Seminars ist (in Zusammenarbeit mit der AG Klima des Forum U&E), Beiträge der AG Wald und der einzelnen Umweltverbände zur nächsten Klimakonferenz vorzubereiten, und dabei insbesondere Möglichkeiten der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu erörtern. Die Klimakonferenz findet vom 16. bis 27. Juli 2001 in Bonn statt. Das Seminar ist zu einem günstigen Zeitpunkt angesetzt: Die Klimakonferenz naht, über die Vorgänge in den USA schütteln selbst konservative Journalisten den Kopf, und die Lobby der Kohlenstoff-Händler ist, zusammen mit Vertretern der Forst- und Holzwirtschaft, dauernd präsent. Beispiele: 1. Jeder Hektar Waldfläche, auf dem dauerhaft kein Holz mehr genutzt werden soll, belastet die Atmosphäre mit einer zusätzlichen Emission von 2,8 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. (Helmut Brandl, Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Februar 2000). 2. Die Japanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung wird in den kommenden 5 Jahren 5 Millionen Dollar für ein Entwicklungshilfe-Projekt in Indonesien bereitstellen. Damit sollen bei Umwandlungen von Regenwald in Plantagen die anfallenden Holzreste nicht einfach verbrannt, sondern optimal verkohlt werden. In den Boden eingearbeitet, soll die Holzkohle Kohlenstoff speichern und als Nährstoffaustauscher dafür sorgen, dass die Plantagen mit mehr Kunstdünger versorgt werden können. (Holz-Zentralblatt, 15.12.2000). 3. Der häufig als Idealbild gepriesene Urwald kann solche Senkenfunktionen wie die der nachhaltigen Forstwirtschaft nicht erfüllen, da er kein Holz liefert. (Michael Prinz zu Salm-Salm, Präsident der Ar-

beitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände am 16./17. Mai auf der Jahrestagung des Klima-Bündnis). Mit derart eingängigen Argumentationen sind Journalisten und andere Bundesbürger durchaus zu beeindrucken. Wer weiß schon, dass der deutsche Forst pro Hektar nur noch etwa ein Drittel soviel Kohlenstoff speichert als der Urwald, der hier einst stand. Oder dass für jedes Kilogramm Papier (als eines der wichtigsten Holzprodukte) ein zusätzlicher Ausstoß von 0,7 bis 1,1 Kilo Kohlendioxid verursacht wird (netto, im Laufe seiner Lebensdauer). Und dass in der Geschichte der letzten paar Hundert Jahre die Wälder weltweit Netto-Emittenten von Kohlendioxid waren und sind, dank der regen Aktivität des Menschen. Fazit: Erst zerstört man den Wald, dann soll er auch noch das Klima retten! Die Zusammenhänge aufzuzeigen, falsche Argumente richtigzustellen und mit eigenen Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen, das wird und muss unsere Aufgabe sein. Erarbeitet werden sollen Aussagen und Hintergrundinformationen zu den häufigsten Behauptungen und Fragen, mit denen dann ein, zwei Fact-Sheets herausgegeben werden sollen. Wichtig ist, dass die Information zu den teilweise sehr komplexen Problemen sehr gut und leicht verständlich aufbereitet werden und im Vorfeld für die Pressearbeit genutzt werden können. Zur Diskussion stehen drei inhaltliche Schwerpunkte, über die jeweils ein Referent informieren wird:

1. Die Rolle des Waldes in den Klimaverhandlungen, Strategien verschiedener Regierungen und Interessenverbände - Referat und AG-Moderation: Gerald Knauf, AG Klima des Forum Umwelt und Entwicklung
2. Welche ökologischen und sozialen Folgen haben Plantagen, die zur Kohlenstoffspeicherung und oder zur Holzproduktion angelegt werden? - Referat und AG-Mode-

ration: László Maráz, AG Wald/Pro REGENWALD

3. Welche Rolle spielen Wälder für das Klima und wie tun sie das? Welche Rolle spielt die Klimaänderung für den Wald? - Referat und AG-Moderation: Dr. Helmut Klein, AK Wald/waldpolitischer Sprecher des BUND.

Die TeilnehmerInnen sind für An- und Abreise selbst verantwortlich. Kosten für Tagung, Kost und Logis entstehen nicht.

Informationen:  
Pro Regenwald  
László Maráz  
Frohschammerstr. 14  
80807 München  
Tel.: 089-3598650  
Fax: 089-3596622  
E-mail: info.wald@gmx.de

### Welternährung durch Ökolandbau? - Facetten der europäischen Umstellungsdebatte

Internationale Tagung  
22. - 24. Juni 2001  
Berlin

Diese internationale Tagung wird von der AG Agrar-Kultur und Sozialökologie an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin ausgerichtet. Es finden u.a. Podiumsdiskussionen, Panels etc. zu folgenden Themen statt: Ist der Ökolandbau die nachhaltigere Form, die Welternährung zu garantieren? Öko-Landwirtschaft in Europa - Wo liegen die Haupthindernisse für seine rasche Ausweitung? Warum machen in Österreich manche Biobauern schon wieder dicht? Was wird aus der kleinen und größeren Landwirtschaft Polens nach dem Beitritt zur EU? Die Entwicklung des ökologischen Landbaus in Frankreich. Agrarpolitik gegen oder zugunsten der Welternährung? Ökolandbau als Ausweg? Inwiefern unterstützt die verschleierte Politik in der EU-Administration das Verbreiten von BSE? Etc.

Informationen:  
Humboldt Universität zu Berlin  
LGF - AG Agrar-Kultur und So-

zialökologie  
Philippstr. 13, Haus 12  
10115 Berlin  
Tel. und Fax: 030-20936268  
E-Mail: sozial-oekologie@rz.hu-berlin.de

### Lebensmittelqualität und -sicherheit

Diskussionsveranstaltung  
26. Juni 2001 - 19.19 Uhr  
Café des Kunstmuseums Bonn,  
Friedrich-Ebert-Allee 2

Diese Diskussionsveranstaltung findet im Rahmen des Salon International statt und wird von der Stadt Bonn ausgerichtet. Es kann mit folgenden Gästen diskutiert werden: Dr. Th. Griesse - Staatssekretär des Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW Düsseldorf; Dr. A. Preuß - Vorsitzender der Lebensmittelchemischen Gesellschaft; Prof. Dr. R. Galesa - Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, Institut für Lebensmittelwissenschaft und -chemie; Prof. Dr. P. Stehle - Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Bonn, Institut für Ernährungswissenschaft.

Informationen:  
E-mail: sabine.inden@bonn.de

### Die "2. Säule" Europäischer Agrarpolitik im Spiegel moderner Pflanzenzüchtung - konventionelle und ökologische Zuchtmethoden

Seminar  
26. Juni 2001  
Stuttgart

Der NABU spricht mit diesem Seminar Landwirte, Berater, Öko-Verbände, Presse und die interessierte Öffentlichkeit und möchte Informationen über Grundprinzipien und Maßnahmen der EU-Agrarreformpolitik vermitteln. Darüber hinaus werden angewandte Züchtungstechniken vorgestellt und in Bezug auf ihre Bedeutung im Hinblick auf eine nachhaltige Landwirtschaft diskutiert. U. a. wird folgendes Referat



## Veranstaltungen/Termine

vorgetragen: Reformansätze im Europäischen Landwirtschaftsmodell - die 2. Säule der GAP - Chancen für eine ökologische Pflanzenzüchtung und die genetischen Ressourcen. Der praktische Teil des Seminars sieht eine Laborbesichtigung und Demonstrationen im Feld vor.

Informationen:

NABU-Bundesverband

Cornelia Wiethaler

Rauensteinstr. 69

88662 Überlingen

Tel.: 07551-91200

Fax: 07551-91201

E-mail: NABU.kulturpflanzen-  
vielfalt@t-online.de

### Die nachhaltige Gestaltung der Globalisierung

2. Entwicklungspolitisches Forum der Heinrich-Böll-Stiftung

29. - 30. Juni 2001

Berlin

Die Länder des Nordens und des Südens haben eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der globalen Umwelt und für eine nachhaltige Entwicklung, an der alle teilhaben können. Dies ist die Botschaft der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Daraus entstanden viele Hoffnungen und Herausforderungen. 10 Jahre nach der UN-Konferenz findet nun 2002 in Johannesburg ein Weltgipfel statt. Die entscheidende Frage wird sein, ob Umweltprobleme und Entwicklungsprobleme weiter als Gegensätze gesehen werden oder ob es gelingt, einen Ausgleich zu finden zwischen dem Schutz der Biosphäre und dem Verlangen nach Entwicklung und Gerechtigkeit. Die Heinrich-Böll-Stiftung will im Vorfeld der UN-Konferenz inhaltliche und strategische Impulse geben. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden einige der beteiligten Persönlichkeiten und das Konzept vorgestellt.

Informationen:

Heinrich-Böll-Stiftung

Tagungsbüro - Hackesche Höfe

Frank Roger

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel.: 030-28534-240

Fax: 030-28534-109

E-mail: [Entwicklungspolitik@boell.de](mailto:Entwicklungspolitik@boell.de)

Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

### "Schule des Sanften Reisens" - Tourismus als Fokus einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Ausbildungswoche

30. Juni - 7. Juli 2001

Bildungshaus Maria Luggau, Le-

sachtal - Kärnten

Diese Ausbildungswoche richtet sich an StudentInnen (Landschaftsplanung, Raumplanung, Geographie, Tourismus...), SchülerInnen (Fachschulen, HT-BLAs,...), Tourismus-Verantwortliche auf lokaler u. regionaler Ebene, RegionalmanagerInnen, Lehrende...! Es möchte theoretische und praktische Erfahrung unter Anwendung verschiedener didaktischer Methoden vermitteln. Es sollen Umsetzungsstrategien erarbeitet werden und die verschiedenen Aspekte des Tourismus in ihrer ökologischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Auswirkung diskutiert werden.

Informationen:

Institut für Integrativen Tourismus

und Freizeitforschung (IITF)

Diefenbachg. 36/3

A-1150 Wien

Tel.: ++43-1-892387719

Fax: ++43-1-8129789

E-mail: [Christian.Hlavac@iitf.at](mailto:Christian.Hlavac@iitf.at)

Internet: [www.iitf.at](http://www.iitf.at)

### Der Wunsch nach einem gesunden Kind

Tagung

16. - 17. Juli 2001

Ev. Akademie Tutzing

Wenn der Wunsch nach einem gesunden Kind nicht in Erfüllung geht, ist dies für die betroffenen Menschen eine leidvolle Erfahrung. Die Reproduktionsmedizin weckt Hoffnungen auf eine Minderung oder sogar Behebung sol-

chen Leids. Tatsächlich verdanken ihr viele Elternpaare die Erfüllung ihrer Wünsche. Die neuen Möglichkeiten werfen aber auch Probleme auf, die in Fachkreisen seit langem intensiv diskutiert werden. Neuerdings bewegen sie verstärkt auch die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit. An den Gesetzgeber stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was er unter welchen Voraussetzungen wie regeln soll oder muss und was nicht. Welche Maßstäbe sollen dabei gelten? Worüber besteht in unserer Gesellschaft (noch) Konsens und worauf kann man sich bei Dissens verständigen? Zum notwendigen und von der Politik zunehmend gesuchten breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese Fragen soll die Tagung einen Beitrag leisten. Namhafte Referentinnen und Referenten, die kontroverse Standpunkte vertreten, werden sich u.a. mit folgenden Themen auseinandersetzen: Stand und Perspektiven in Forschung und Praxis; Die Perspektive der Betroffenen - Hoffnungen, Ängste, Erwartungen, Befürchtungen; Ethische Problemfelder der Reproduktionsmedizin - Wo besteht Konsens, wo Dissens? Worauf kann man sich einigen und was bleibt strittig? Kontroverse Kurzvorträge aus verschiedenen Perspektiven; Gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen der Reproduktionsmedizin; Was können Gesetze bei ethischem Dissens in einer Gesellschaft leisten und was nicht?; Regelungsbedarf und Regelungsmöglichkeiten zu spezifischen Fragestellungen bzw. in spezifischen Bereichen (Arbeitsgruppen: Embryonenforschung und Embryonenschutz, Stammzellgewinnung und Stammzellverwendung, Präimplantationsdiagnostik, Hilfen für die Betroffenen: Aufklärung, Beratung, Begleitung; Perspektiven, Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen für die Politik - Gespräch mit einem Vertreter des Bundesministeriums. Fachleute, Betroffene, gesellschaftlich und politisch Verantwortliche sowie alle sonst Interessierten sind zur Teilnahme eingeladen.

Informationen:

Ev. Akademie Tutzing

Schlossstr. 2+4

82327 Tutzing

Tel.: 08158-251125

Fax: 08158-996424

E-mail: [brosch@ev-akademie-tutzing.de](mailto:brosch@ev-akademie-tutzing.de)

Internet: [www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

### Der KlimaKinderGipfel - Die Klimapiraten entern das sinkende Schiff Erde

17. - 18. Juli 2001

Bonn

Auf dem Kindergipfel 2000 am 2. Oktober 2000 in Hannover haben 200 Kinder aus ganz Deutschland in einem Zukunftsvertrag ihre Forderungen aufgeschrieben. Viele davon betreffen den Klimaschutz. Diese werden am 17. und 18. Juli 2001 während des KlimaKinderGipfels in Bonn als Vorlage genutzt, um einen Klimaappell der Kinder zu erarbeiten. Darin werden die Forderungen der Kinder an die Politiker der Weltklimakonferenz formuliert. Diese werden während des Weltklimagipfels in Bonn vom 16. - 27. Juli 2001 ihnen als Aufgabe zur Erledigung übergeben.

Informationen:

Naturfreundejugend Deutschland

Haus Humboldtstein

53424 Remagen


Tel.: 02228-94150

Fax: 02228-941522

E-Mail: [nfjd@naturfreundejugend.de](mailto:nfjd@naturfreundejugend.de)

Internet: [www.naturfreundejugend.de](http://www.naturfreundejugend.de)

## Publikationen



### Entwicklung durch Handel? Special and Differential Treatment (SDT) - Die Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer in der WTO

In dieser Studie wird die Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer innerhalb der internationalen Handelsregeln der WTO beschrieben und bewertet. Nach der Darstellung der wichtigsten Bestimmungen gehen die AutorInnen vor allem der Frage nach, welchen tatsächlichen Nutzen Entwicklungsländer aus dem heterogenen und inkohärenten System der Ausnahmen und Bevorzugungen ziehen können. In den Schlussfolgerungen und Empfehlungen wird deutlich, dass für die Wirksamkeit des SDT mehrere Schwachpunkte korrigiert werden müssten. Besonders betrifft das die Verbindlichkeit, Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen und Differenzierung bezüglich unterschiedlicher Bedürfnisse verschiedener Entwicklungsländer.

Bezug: *Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, (kostenlos).*

### Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess

Private Akteure mischen sich immer stärker direkt in die Weltpolitik ein. Häufig übernehmen transnationale Unternehmen und nichtstaatliche Organisationen vormals staatliche Aufgaben. Neben den Herausgebern Tanja Brühl, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel und Jens Martens (alle Mitglieder der Projektgruppe Global Policy of Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.) hat sich ein internationales Autorenteam mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Die einzelnen Beiträge des Bandes legen dar, wie sich der Privatisierungstrend in verschiedenen Politik-, Wirtschafts- und Lebensbereichen bemerkbar macht. Dabei stellt sich heraus, dass die "Privatisierung der Weltpolitik" doppelgesichtig ist. Die Autoren blicken auf beide Seiten der Medaille: Sie untersuchen kritisch und doch aufgeschlossen, ob sich dieser Trend als Hemmnis oder als Chance für eine gerechte und wirksame Regelung globaler Probleme erweist. Und sie kommen zu dem Schluss, dass Privatisierung - wenn sie zu einer fairen und gerechten Weltpolitik beitragen soll - eines öffentlichen Rahmens bedarf, der noch geschaffen werden muss.


Bezug: *Im Buchhandel erhältlich für DM 24,80 - ISBN 3-8012-0299-2, Verlagshinweis, Inhaltsverzeichnis, Vorwort und Einleitung auf der SEF-Website: www.sef-bonn.org.*

### Umweltstandards im ÖPNV - Leitfaden für Entscheidungsträger

Ausschreibungen von ÖPNV-Leistungen werden auch in Deutschland bald vorherrschende Praxis sein. Über den Wettbewerb im ÖPNV wird daher derzeit intensiv diskutiert. Kommunen und Verkehrsunternehmen müssen sich jetzt zielgerichtet auf den Ausschreibungswettbewerb vorbereiten. Damit der Wettbewerb nicht zu Lasten der Qualität erfolgt, müssen Kommunen in der Lage sein, sowohl rechtssichere als auch qualitativ hochwertige Ausschreibungen durchzuführen. Die gesellschaftliche Akzeptanz der künftigen ÖPNV-Finanzierung hängt dabei wesentlich vom Erhalt des Umweltvorteils ab. Der ÖPNV braucht deshalb klare Umweltziele und -standards. Für Entscheidungsträger aus Verkehrsunternehmen, Kommunen und Politik hat der VCD deshalb einen Leitfaden zur ÖPNV-Qualitätssteuerung durch Umweltstandards herausgegeben. Der Leitfaden zeigt auf, wie im Vergabeverfahren fahrzeugbezogene Umwelt- und Qualitätsstandards festgeschrieben werden

können. Erklärt wird, was bereits heute rechtlich möglich ist und welche Änderungen insbesondere auf europäischer Ebene zu erwarten sind. Anhand von Beispielen aus Europa werden die Möglichkeiten sowie die damit verbundenen Chancen aber auch Risiken dargestellt.

Bezug: *Verkehrsclub Deutschland (VCD) e. V., Postfach 170160, 53027 Bonn, Tel.: 0228/98585-32, Fax: 0228/98558-10, E-Mail: versand@vcd.org, Internet: www.vcd.org, DM 10.*



### Food without farmers? - Agricultural research needs a profoundly changed CGIAR

Diese Dokumentation gibt die Beiträge folgender Workshops wieder: Internationaler Workshop in Dresden, Mai 2000 "Non-Government and Small Farmer Organisations on Research for Poverty Alleviation" und Internationaler Workshop in Schorfheide-Chorin, Mai 2000 "Experiences in Farmers Biodiversity Management". Beide Workshops fanden in englisch statt und so liegt diese Publikation nur in englisch vor. Sie fanden beide im Vorfeld des Global Forum on Agricultural Research in Dresden, Mai 2000 statt.

Bezug: *Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, (kostenlos).*

### Zahlen und Einführendes zum weltweiten Tourismus - Info-Mappe

"Touristen sind wie Devisen - sie kommen und gehen"! Der internationale Tourismus gilt als eine der wichtigsten Wachstumsbranchen weltweit. Unaufhörlich steigt die Anzahl der Reisenden und der Reisen - zunehmend auch die der Fernreisen. Die von FernWeh aus unterschiedlichen Studien und Datenquellen zusammengestellte In-

fomappe gibt einen Überblick über die Ausmaße dieser "Wachstumsbranche". Sie versammelt Daten und Fakten mit dem Schwerpunkt Tourismus in die Dritte Welt, die sowohl aktuelle Entwicklungen veranschaulichen, wie auch wichtige Hintergrundinformationen für inhaltliche Argumentationen liefern. Ein Anliegen der Infomappe ist es, Einsichten zu vermitteln, die es ermöglichen, hinter die erfolgverheißenden Tourismusstatistiken zu gucken. Neben den vermeintlichen objektiven Daten werden Informationen geboten, die eine kritische Interpretation der Statistiken erlaubt. Dabei wird einleitend darauf eingegangen, warum die versammelten Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind. In 6 Kapiteln veranschaulichen Cartoons, Tabellen und Graphiken eindrücklich, wie sich der weltweite Tourismus entwickelt und welche Rolle insbesondere die Länder der Dritten Welt dabei einnehmen: 1. Schrumpfende Ferne - Expandierender Tourismus: eine kritische Einführung in den 3. Welt Tourismus - 2. Wohin geht die Reise? Internationale Ankünfte im Überblick - 3. Deutsche in aller Welt - 4. Geldquelle Tourismus? Wer verdient wieviel am Tourismus? - 5. Klimakiller Flugverkehr - Wie reisen? Urlaubsreisearten, Reiseabsichten...

Bezug: *FernWeh - Forum Tourismus & Kritik, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel.: 0761-7075125, Fax: 0761/7075123, E-Mail: fernweh-iz3w@t-online.de, DM 5,- zzgl. Porto.*




### Der internationale Agrarhandel und die Entwicklungsländer

Im Rahmen der Globalisierung der Wirtschaft gerät auch die Landwirtschaft immer mehr in die Zwänge des Weltmarktes. Doch im Zeichen des Weltmarktes werden nicht nur immer fragwürdigere industrielle Agrarproduktionsmethoden begünstigt, sondern wird auch die vorwiegend von Kleinbauern sichergestellte

## Publikationen

Ernährungssicherheit vieler Entwicklungsländer gefährdet. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen setzt sich dafür ein, dass das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in den internationalen Agrarverhandlungen endlich umgesetzt wird. Dies ist nicht nur im Interesse von Verbrauchern und Bauern in den Industrieländern. Auch die Kleinbauernorganisationen in den Entwicklungsländern brauchen Unterstützung, da ihnen oft Ressourcen, politische und vor allem wirtschaftliche Macht fehlen, um ihre Interessen angemessen einbringen und durchsetzen zu können. Dabei ist die Festsetzung der Regeln im Welthandelsrat für Alle überlebenswichtig. Es geht schließlich um die Sicherstellung des Zugangs zu Nahrungsmitteln. Das betrifft Alle. Um das Menschenrecht auf Nahrung - gerade für die Menschen in den ärmsten Ländern - umzusetzen, muss die nächste Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO, in der die Richtschnur für die Agrarpolitik aller Länder neu festgelegt wird, genau beobachtet werden. Mit dieser Broschüre soll allen Interessierten ein Überblick über die WTO und die bevorstehenden Agrarverhandlungen ermöglicht werden.

*Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, (kostenlos).*



### Viele kleine Schritte sind noch kein großer Sprung - Eine Analyse des deutschen Klimaschutzprogramms

Mit der Vorlage und dem Beschluss des 5. Berichts der Interministeriellen Arbeitsgruppe "CO<sub>2</sub>-Reduktion" (IMA-Bericht) hat die Bundesregierung ein Programm vorgestellt, mit dem die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland um 25% bis

2005 gegenüber dem Jahr 1990 erreicht werden soll. Die Umsetzung des Klimaschutzprogramms muss zügig und konsequent erfolgen, denn die bislang durchgeführten Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus, wie der Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2000 belegt. Das Programm besteht aus über 100 Einzelmaßnahmen, die alle energieverbrauchenden und -umwandelnden Sektoren in der Bundesrepublik betreffen. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die vor allem auf die Nutzung von Effizienzpotenzialen ausgerichtet sind und eine umweltverträgliche Stromerzeugung ausbauen sollen. Neben der kurzfristigen Zielorientierung auf das Jahr 2005 sollte das nationale Klimaschutzprogramm ein zentraler Baustein einer umfassenden verbindlichen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland sein und die Grundlage für eine dauerhafte Verringerung der Treibhausgase legen. Auch wenn ein nachhaltiges Gesellschaftssystem und der dafür notwendige Paradigmenwechsel nicht von oben herab verordnet werden können, so muss doch die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung setzen. Hierfür sollte das Klimaschutzprogramm einige grundsätzliche Vorgaben liefern. In wie weit der vorliegende 5. IMA-Bericht dies leistet wurde in dieser Veröffentlichung analysiert.

*Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, (kostenlos).*

### Einkauf verändert die Welt - Die Auswirkungen unserer Ernährung auf Umwelt und Entwicklung

Der globale Supermarkt, aus dem wir uns bedienen, wird immer undurchschaubarer. Über die Produktionsbedingungen, die Herstellung der Lebensmittel und ihre Inhaltsstoffe wissen wir immer we-

niger Bescheid. Auf der anderen Seite wächst das Bedürfnis, die Herkunft der Nahrungsmittel zu kennen und ihren Weg nachvollziehen zu können. Der Verein Partnerschaft 3. Welt Gießen hat mit dieser Broschüre die Zusammenhänge zwischen dem Konsum im Norden und den Problemen der Entwicklungsländer verdeutlicht. Die Broschüre "Wegweiser durch den Supermarkt" der Arbeitsgemeinschaft 3. Welt Läden (jetzt: Weltladendachverband) hat sich vor allem auf die Geschäftspraktiken und Verflechtungen von Lebensmittelindustrie und -handel konzentriert. In diesem Buch wurden beide Ansätze vereinigt und neu Entwicklungen ergänzt. Ziel ist es zu zeigen, welche weitreichende, oft im Verborgenen bleibenden Folgen unsere Ernährung

in anderen Teilen der Welt, vor allem der "Dritten Welt", hat. Die Hintergründe in der Produktion, der Verarbeitung und im Handel werden anhand konkreter Beispiele aufgezeigt. Dabei ist es den AutorInnen wichtig, Alternativen anzubieten, die eine Entscheidungsgrundlage beim Einkauf sein können. Nicht Verzicht steht im Vordergrund, sondern Lebensfreude und Genuss durch bewussten Konsum. Verantwortlicher Einkauf und Genuss sind auf Dauer nur gleichzeitig möglich. Zur Zeit bieten der ökologische Landbau und der Faire Handel hierfür die besten Möglichkeiten.

*Bezug: Weltladen-Dachverband, Postfach 100205, 64223 Darmstadt oder im Buchhandel - ISBN 3-89657-006-4, DM14,80.*

## PRAKTIKUM

### Bei der Projektstelle Handel im Forum Umwelt & Entwicklung "Handel, Umwelt und nachhaltige Entwicklung"

Die Projektstelle Handel arbeitet eng mit der AG Handel des Forum Umwelt & Entwicklung zusammen zu Fragen von internationalem Handel, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung. Für die Vor- und Nachbereitung von Konferenzen und Tagungen und die Begleitung unserer politischen Arbeit für die WTO-Ministerkonferenz in Doha suchen wir ab sofort eine Praktikantin oder Praktikant.

#### Wir erwarten:

- Interesse und Kenntnisse in den Bereichen Umwelt, Entwicklung und Ökonomie
- Organisationstalent
- Gute Computerkenntnisse
- Eigenständiges Arbeiten
- Kontaktfreudigkeit

#### Wir bieten:

- Kreatives und selbständiges Arbeiten
- Verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich von Umwelt- und Entwicklungs-NRO, Wissenschaft und Politik
- Büro mit kompletter Struktur

Bewerbungen bitte an: Martina Schaub  
Projektstelle Handel im  
Forum Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn  
Tel.: 0228/3681010;  
e-mail: handelsprojekt@forumue.de